

UNTERSUCHUNGEN ZUR REVOLUTION VON 1848/49 IN KONSTANZ

Magisterarbeit im Hauptfach Geschichte, vorgelegt von:

Marliese Hermann

1. Gutachter: Prof. Dr. Bernd Wunder
2. Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Schuller

Universität Konstanz, April 1998

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. EINLEITUNG	1
II. VORMÄRZ	4
1. Baden	4
1.1. Vormärzliberalismus	4
1.2. Die Spaltung der Liberalen	5
2. Konstanzer Vereine im Vormärz	6
2.1. Das „Bürgermuseum“	6
2.2. Der Gesangverein	8
2.3. Der Hilfsverein	9
3. Das Verlags- und Pressewesen	10
3.1. Der Belle-Vue Verlag	10
3.2. Die Konstanzer Presse	11
4. Der Schweizer Sonderbundskrieg	11
III. MÄRZBEWEGUNG	13
1. Die Auswirkungen der Februarrevolution	13
1.1. Die Konstanzer Petition	13
1.2. Die Wahl eines revolutionären Komitees	14
1.2.1 Die Zusammensetzung des Komitees	16
2. Konzessionen der großherzoglichen Regierung	18
2.1. Amtsenthebungen	18
2.2. Märzerrungenschaften	19
2.3. Beschwichtigungsreden und -reisen	21
3. Gerüchte forcieren die Volksbewaffnung	24
3.1. Das Gerücht vom Bündnis der reaktionären Großmächte	24
3.2. Der „blinde Franzosenlärm“	26
3.3. Organisation und Aufgaben der Bürgerwehr	29
4. Die Offenburger Versammlung vom 19. März 1848	30
4.1. Vorbereitungen in Konstanz	30
4.2. Auswirkungen der Offenburger Versammlung in Konstanz	31
5. Vereinsgründungen 1848	32
5.1. Der Turnverein	32
5.2. Der Arbeiterverein	33

IV. APRILAUFSTAND	35
1. Vorgeschichte	35
1.1. Truppenzusammenziehung an der badischen Grenze	35
1.2. Heckers Scheitern im Vorparlament	36
1.3. Die Verhaftung des Konstanzer Redakteurs Fickler	37
1.4. Warum wählte Hecker Konstanz als Ausgangspunkt?	38
2. Legionen aus der Schweiz und aus Frankreich	40
2.1. Zur Konspiration Ficklers	42
3. Der Hecker-Putsch	44
3.1. Heckers Agitation in Konstanz	44
3.2. Zur Beteiligung der Konstanzer am Heckerzug	47
3.3. Folgen des Aprilaufstands	48
V. DIE REVOLUTION 1849	50
1. Vorgeschichte	50
1.1. Die Petitionskampagne für eine badische Verfassungsreform	51
1.2. Die revolutionäre Agitation des Konstanzer Volksvereins	52
2. Der Vaterländische Verein in Konstanz	54
3. Die Rolle der Konstanzer <i>Seebblätter</i>	56
4. Von der Reichsverfassungskampagne zur Mairevolution	57
4.1. Die Reichsverfassungskampagne in Konstanz	58
4.2. Die Reorganisation der Bürgerwehr	59
4.3. Der Landesausschuß übernimmt die Regierungsgewalt	61
4.4. Die Umsetzung der revolutionären Beschlüsse in Konstanz	62
4.5. Das Ende der Revolution	65
5. Die Aktivitäten der Konstanzer Frauen	68
VI. ZUSAMMENFASSUNG	71
Quellen- und Literaturverzeichnis	75
Abkürzungsverzeichnis	85

I. EINLEITUNG

Die Feierlichkeiten zum Jubiläum der Revolution von 1848/49 werfen ihre Schatten voraus. Nicht nur eine Fülle von Darstellungen zur Revolution wird rechtzeitig zu deren 150. Jahrestag erscheinen, sondern es werden endlich auch Archivbestände des Generallandesarchivs (Karlsruhe) sowie gesammelte Daten zur Revolution einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, zum Teil mittels modernster Technologie, wie etwa auf CD-ROM.¹

Der momentane Forschungsstand sieht allerdings noch anders aus. Es sind zwar viele überregionale Studien zur Revolution von 1848/49 vorhanden, doch die „lokale, gemeindliche Basis der deutschen Revolution von 1848/49 ist bisher kaum systematisch erforscht worden“, ebensowenig der Verlauf der Revolution auf lokaler Ebene.²

Als Gesamtdarstellung der Revolution ist immer noch das Monumentalwerk Veit Valentins herausragend und als neuere Arbeit die Analyse von Wolfram Siemann, der die Brennpunkte des Revolutionsverlaufs in einer Mischung aus chronologischen und systematischen Kapiteln analysiert. Zur Revolution in Baden sind die Untersuchungen von Franz X. Vollmer und Willy Real hervorzuheben, wobei die Darstellung von Real sich hauptsächlich auf die militärischen Großereignisse (Hecker- und Struveputsch und die Revolutionskämpfe von 1849) konzentriert, was dem bisherigen Trend in der Forschung zur badischen Revolution entspricht.³ Während die Bedeutung des Pressewesens in den Arbeiten von Norbert Deuchert und insbesondere in dem umfangreichen Werk von Hanno Tauschwitz gut erforscht wurde, blieb das badische Vereinswesen lange Zeit vernachlässigt. Umso erfreulicher, daß endlich eine Darstellung zum politischen Vereinswesen in Baden erscheinen wird.⁴

¹ Als wichtige Quellenbestände wären hier die Datenbank zur badischen Revolution 1848/49 von Irmtraud Götz von Olenhusen zu nennen sowie die sogenannte Raab-Kartei, eine Kartei aller Revolutionsteilnehmer, die von GLA-Mitarbeiter Heinrich Raab in jahrelanger Pyrrhusarbeit zusammengestellt wurde. Sie soll im Frühjahr 1998 auf CD-ROM erscheinen.

² Nolte, Gemeindebürgertum, 306. Vgl. Langewiesche, Forschungsstand, II, 352, 354, 436ff.

³ Langewiesche bezeichnete 1991 den Forschungsstand zur badischen Revolution als desolat, was Rudolf Muhs unter anderem mit der Fixierung auf den Heckerkult begründete.

⁴ An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Herrn Kurt Hochstuhl bedanken, der mir die Vorabesichtnahme des von ihm mit Regine Schneider verfaßten Aufsatzes zum badischen Vereinswesens ermöglichte. Der Aufsatz erscheint voraussichtlich im Frühjahr 1998 in der ZGO. Daneben gilt mein Dank Frau Irmtraud Götz von Olenhusen, die mir unter anderem wichtige

Erst in den letzten Jahren und insbesondere jetzt im Rahmen des 150-jährigen Jubiläums der Revolution ist ein Anstieg der Arbeiten zu verzeichnen, in denen die Geschehnisse während der Revolutionsjahre auf lokaler Ebene erforscht werden. Insgesamt zeichnet sich in der Geschichtsforschung ein Trend ab, der den „Blick weg von den Großereignissen auf den Alltag der Menschen richtet“⁵. Für Konstanz liegen zwar einige Einzeluntersuchungen vor - hervorzuheben ist hier die lokalhistorische Studie zum Aprilaufstand von Reinhold Reith, sowie die Darstellungen von Elmar B. Fetscher und Alfred Diesbach -, einen komprimierten Überblick über die Gesamtzusammenhänge liefert aber einzig Gerd Zang in seinem Kapitel zur Revolution in der Konstanzer Stadtgeschichte.⁶

Die vorliegende Arbeit beansprucht keineswegs eine Gesamtdarstellung über die Revolution von 1848/49 in Konstanz zu geben, sondern versucht wichtige chronologische Ereignisse von 1848/49 und systematische Punkte, wie etwa das Vereinswesen, herauszuheben. Untersuchungsgegenstand sind die Revolutionsereignisse von 1848/49 auf lokaler Ebene. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verlauf und den Trägern der Revolution in Konstanz. Daneben gilt es, die Bedeutung des Presse- und Vereinswesens im Prozeß der Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung herauszuarbeiten und schließlich konkret die revolutionären Ereignisse und deren Auswirkungen in Konstanz darzustellen.

Im Kapitel zum Vormärz soll der Frage nachgegangen werden, warum sich in Baden der Liberalismus (sowie die Spaltung der Liberalen) früher und entschiedener ausbildete als in anderen deutschen Staaten. Anschließend werden die Auswirkungen der Februarrevolution auf Konstanz nachgezeichnet, wobei die politischen Handlungsformen und deren Akteure in Konstanz hervorgehoben werden sollen. Bei den Untersuchungen zum Aprilaufstand wird nicht der schon vielfach beschriebene militärische Verlauf des Heckerzuges im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr die Frage nach Heckers Motivation. Die

Datensätze zur Revolution 1848/49 zur Verfügung stellte, und Herrn Norbert Fromm vom Konstanzer Stadtarchiv.

⁵ Hartmann Wunderer: Der 150. Jahrestag der Umbrüche von 1848/49 im Blick der Forschung. Widersprüche einer facettenreichen Revolution, in: Das Parlament 13/ 20.3.1998, I.

⁶ Einen kurzen, aber guten Überblick über die Revolutionsereignisse in südwestdeutschen Orten bietet das kürzlich erschienene, hervorragende Nachschlagewerk „Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden und Württemberg“, das von der

Agitation der Vereine, insbesondere die Rolle des Konstanzer Volksvereins, bildet den roten Faden in den Untersuchungen zur Revolution 1849. Nicht unberücksichtigt bleibt dabei die Bedeutung der republikanischen Presse⁷, da insgesamt die Rolle des Presse und Vereinswesens im Prozeß der Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung interessiert. Das radikal-demokratische Engagement der republikanischen *Seebblätter* sowie die Agitation der Volksvereine steht hier im Vordergrund. Abschließend sollen die Aktivitäten der Frauen in der Revolution beleuchtet werden.

Aufgrund der unzureichenden Quellenlage im Konstanzer Stadtarchiv stützt sich die vorliegende Untersuchung im Wesentlichen auf die zeitgenössischen Lokalzeitungen. Als Hauptquellen dienen die republikanischen *Seebblätter* des radikal-demokratischen Agitators Josef Fickler, die liberal-konstitutionell gesinnte *Konstanzer Zeitung* und der konservative, regierungstreue *Tagesherold*. Eine weitere wichtige Quelle sind die (Großherzoglich-Badischen) Regierungsblätter, das offizielle Organ des Großherzogs, sowie die amtlichen Verkündungs-, Anzeigen- und Verordnungsblätter für den Seekreis. Ergänzend werden die zeitgenössischen Memoiren und Briefe herangezogen.

Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archiare im Städtetag Baden-Württemberg herausgegeben wird.

⁷ Die Untersuchungen zum Pressewesen werden nicht vertieft, weil hierzu bereits zahlreiche Untersuchungen vorliegen (Deuchert, Tauschwitz, Diesbach etc.); dafür soll das in der Forschung eher vernachlässigte Vereinswesen genauer betrachtet werden.

II. VORMÄRZ

II.1. Baden

II.1.1. Vormärzliberalismus

Von den Staaten des deutschen Bundes ging Baden mit dem am weitesten entwickelten öffentlichen Leben in die Revolution hinein.⁸ Der vormärzliche Vorsprung, den Baden anderen Staaten gegenüber hatte, ist zum einen in der liberalen Verfassung und zum anderen in der „historischen Selbstverwaltungstradition“⁹ begründet. Im „liberalen Musterland“ Baden konnte sich erstmals politischer Wille von unten artikulieren, was erklärt, warum sich hier Hochburgen der Liberalen und Demokraten herausbilden konnten.

Baden hatte bereits 1818 eine Verfassung bekommen, die als „liberalste Verfassung ihrer Zeit im deutschen Bund“¹⁰ angesehen war. Dem Zweikammer-Parlament wurden weitreichende Rechte eingeräumt. Ohne die Zustimmung der zwei Kammern durften keine Steuern erhoben oder Gesetze erlassen werden. Die Wahlberechtigung zu diesen Kammern hing allerdings von einem je nach Vermögen und Stand gestaffelten Wahlzensus ab. Trotzdem war das Dreiklassenwahlrecht für diese Zeit ein fortschrittliches Wahlgesetz.

Die liberale Gemeindeordnung von 1831, die den Gemeinden ihre Selbstverwaltung zugestand, erforderte häufige Wahlen, welche wiederum eine enorme politisierende, mobilisierende und parteibildende Wirkung entfalteten.¹¹

So vollzog sich in Baden in den 30er Jahren eine fundamentale Politisierung des Gemeindebürgertums, es entwickelte sich ein Gemeindeliberalismus, der die eigentliche Massenbasis des vormärzlichen Liberalismus bildete. Die „Fundamental-politisierung des Gemeindebürgertums“¹² zeigt sich in Konstanz beispielsweise in der Gründung des politisch-geselligen Vereins „Bürgermuseum“, der sich die Unterstützung der liberalen Gemeindeverwaltung zur Aufgabe gemacht hatte. Die Politisierung im Vormärz in den Gemeinden war ganz wesentlich für den Verlauf der Revolution in der Gemeinde, der von

⁸ Botzenhart, Baden, 62.

⁹ Langewiesche, Forschungsstand II (1991), 351.

¹⁰ Dannenmann, Landeskirche, 59.

¹¹ Nolte, Gemeindeliberalismus, 61.

¹² Nolte, Gemeindeliberalismus, 93.

den politischen Aktivitäten an der Basis, das heißt von der Gemeindeführung und den Vereinen, abhängig war.¹³

II.1.2. Die Spaltung der Liberalen

Ab Mitte der 40er Jahre zeichnete sich die Spaltung der Liberalen in Baden ab.¹⁴ Großherzog Leopold hatte 1846 die Kammern aufgelöst, wodurch die Agitation und die Opposition gestärkt wurde. Als die Wahlen von 1846 den Liberalen eine deutliche Mehrheit in der Zweiten Kammer brachten, sah sich die Regierung zum Einlenken gezwungen. An die Stelle des reaktionären Blittersdorf trat der gemäßigt liberale Kammerpräsident Johann Baptist Bekk, der im Dezember 1846 von Großherzog Leopold zum Innenminister ernannt wurde. Die Ablösung des konservativen Blittersdorf durch die „liberale Gallionsfigur“¹⁵ Bekk signalisierte, welchen Einfluß die Kammer und die Kammeropposition mittlerweile besaßen. Gleichzeitig vollzog sich mit dem Eintritt Bekks in die Regierung die Spaltung der Liberalen in einen entschiedenen und einen gemäßigten Flügel, die sich mit den programmatischen Erklärungen von Offenburg und Heppenheim im Herbst 1847 auch politisch profilierten.¹⁶

Die radikalen Demokraten der Zweiten Kammer stellten auf der Volksversammlung in Offenburg am 10. September 1847 ein Programm auf, das „fast schon sozialdemokratische Forderungen“¹⁷ erhob. Kern des radikalen Programms war die Forderung, ein deutsches Parlament auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts zu berufen. Daneben forderten die Radikalen „Preßfreiheit“, „Gewissens- und Lehrfreiheit“, „persönliche Freiheit“, die „Abschaffung aller Vorrechte“, eine „gerechte Besteuerung“, die „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital“, sowie eine „volkstümliche Staatsverwaltung und Wehrverfassung“.¹⁸

Wenige Wochen später, am 10. Oktober 1847, trafen sich in Heppenheim die Vertreter des gemäßigten Liberalismus. In ihrem Programm wurde nicht auf die

¹³ Vgl. Nolte, Gemeindeliberalismus, 79ff.

¹⁴ Vollmer, Vormärz, 51.

¹⁵ Borst, Aufruhr, 60.

¹⁶ Botzenhart, Baden, 64.

¹⁷ Dreßen, Chronik, 22.

¹⁸ Huber, Dokumente, Bd. I, 261f.

soziale Frage eingegangen, sondern alte liberale Forderungen, wie Freiheit der Person, Schutz des Eigentums, Gleichheit vor dem Gesetz und die Bildung einer Nationalvertretung, vertreten.

Struve und Hecker, die Initiatoren der Offenburger Versammlung und des radikalen Manifests, verstanden sich aufgrund ihrer unterschiedenen Forderungen als „Ganze“. Die gemäßigten Liberalen bezeichneten sie dagegen abwertend als „Halbe“.¹⁹

Der gemäßigt liberale Konstanzer Bürgermeister Huetlin hatte schon im März 1847 (in einem Brief an den Konstanzer Abgeordneten Karl Mathy) „die Katzbalgerei der ‘Ganzen’ und ‘Halben’“ beklagt und insbesondere bei Fickler, dem Herausgeber und Redakteur der radikalen Konstanzer *Seeblätter*, „das Unsinnige dieses Treibens“ kritisiert: „Struve und Fickler! - Giebt es noch eine größere Unvernunft!“²⁰ Das „Offenburger Manifest“ der Demokraten, das aufgrund seiner radikalen demokratischen Forderungen als unerhört empfunden wurde, verurteilte Huetlin als „rücksichtslose, wirklich freche Kriegserklärung der drei Zeitungsschreiber“²¹ gegen das Ministerium Bekk.²² Paul Nolte betrachtet die Offenburger Versammlung vom 12. September 1847 gar als „Prolog“²³ der badischen Revolution und die extremen politischen Zuspitzungen des Jahres 1847 allgemein als Beginn der deutschen Revolution: „So markierte die Offenburger Versammlung mit ihren ‘Forderungen des Volkes’ die Schwelle zur Revolution“.²⁴

II.2. Konstanzer Vereine im Vormärz

II.2.1. Das „Bürgermuseum“

Auch in Konstanz kam es 1846 zum Wahlsieg der Liberalen. Unter den 32 Konstanzer Wahlmännern befand sich nicht ein Beamter und nur ein Konservativer.²⁵ Bedeutenden Einfluß auf das liberale Klima der Stadt hatte das Konstanzer „Bürgermuseum“, ein Verein, der unter dem Deckmantel der

¹⁹ Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. II, 449.

²⁰ Mathy, Nachlaß, 17.

²¹ Gemeint waren hiermit „warscheinlich Fickler, Hoff, Struve“, in: Mathy, Nachlaß, 66.

²² Mathy, Nachlaß, 65.

²³ Nolte, Radikalisierung, 34.

²⁴ Nolte, Radikalisierung, 37.

²⁵ Laible, Geschichte, 195.

Geselligkeit liberales Gedankengut verbreitete.²⁶ Der bürgerliche Verein wurde im September 1834 (auf Initiative des Konstanzer Arztes und Archivars Johann Mamor) von freisinnigen Bürgern als Gegenpol zu dem 1830 gegründeten, ständisch orientierten „Casino“, in dem nur Adlige und höhere Beamte verkehrten, ins Leben gerufen. Im „Bürgermuseum“ trafen sich „alle wohlhabenden, intelligenten und freisinnigen bürgerlichen Bürger der Stadt“²⁷, also hauptsächlich bürgerliche Honoratioren, was der große Anteil an Museums-Mitgliedern, die zugleich in Gemeindegremien vertreten waren, zeigt. Das Interesse des bürgerlichen Vereins galt „der Geselligkeit in Bürgerkreisen, der Fortbildung, aber auch der Unterstützung der freisinnigen Stadtverwaltung“.²⁸

In der Bibliothek des Vereins lag fortschrittliche politische Literatur aus, wie etwa die *Seebblätter* oder auch die im Exil-Verlag Belle-Vue bei Kreuzlingen redigierte radikale *Deutsche Volkshalle*. Die Gesellschaft war also keineswegs so apolitisch wie die meisten vormärzlichen Lesegesellschaften²⁹, sondern „in Wirklichkeit auch ein politischer Verein“³⁰. Als Hauptzweck galt offiziell „die Beförderung des Gemeinsinns, sowie des zeitgemäßen Fortschritts in geistiger Bildung“³¹. Das liberale Denken des politischen Klubs spiegelte sich in der Satzung sowie in der Vereinsführung wieder.

Die politische Dimension dieser Gesellschaft äußerte sich nicht zuletzt in der Konfrontation mit dem reaktionären Staat. Zu den staatlichen Repressionen gehörte die „Beschlagnahme von Zeitungen, die Beschränkung in der Wahl der Lokalitäten“ etc.³² 1841 wurde etwa die Gedächtnisfeier für den verstorbenen liberalen Abgeordneten von Rotteck untersagt³³; 1847, während des Schweizer Sonderbundkriegs, wurde die *Neue Züricher Zeitung* von der Polizei beschlagnahmt.³⁴

²⁶ Spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und dem Bundesbeschuß vom 5. Juli 1832 wurden politische Vereine auf dem Gebiet des ganzen Deutschen Bundes systematisch unterdrückt. Politische Verbindungen mußten daher im geheimen oder unter der Tarnung scheinbar unpolitischer Vereine geschaffen werden. Der Bundesbeschuß war nach dem Hambacher Fest (Mai 1832) erlassen worden, dem bedeutendsten politische Fest im Vormärz, auf dem ein einiges und freies Deutschland in Form einer föderativen Republik gefordert wurde.

²⁷ Laible, Chronik, 11.

²⁸ Laible, Geschichte, 175.

²⁹ Vgl. dazu z.B. Hardtwig, Gesellschaft, 339ff.

³⁰ Laible, Chronik, 64.

³¹ Satz 1 der Gesellschaftsgesetze, zit. nach: Laible, Chronik, 60.

³² Laible, Chronik, 32.

³³ Laible, Chronik, 33.

³⁴ Laible, Chronik, 57.

Ein Blick auf die politischen Aktivitäten seiner Mitglieder offenbart die politische Bedeutung des Vereins. Zuerst fällt auf, daß ein großer Teil seiner Vorstandsmitglieder der 40er Jahre in Gemeindegremien vertreten waren, wie im Gemeinderat und im Engeren Ausschuß, der während Hütelins Amtszeit (1832-1849) „das liberalste Gremium“³⁵ war. Daß die Vereinsführung zugleich die politische und soziale Führungsschicht der Stadt repräsentierte, war nichts außergewöhnliches. Bedeutender ist die Tatsache, daß relativ viele Mitglieder des kryptopolitischen Vormärzvereins dann auch in der Revolution 1848/49 politisch aktiv waren.³⁶ Einige Mitglieder des bürgerlichen Vereins waren sogar am Aprilaufstand beteiligt.³⁷

Maßgeblichen Anteil an der Politisierung des Bürgermuseums hatte die Mitwirkung des Konstanzer Obergerichtsadvokaten Ignatz Vanotti³⁸, der seit Ende der 30er Jahre die ersten Konstanzer Oppositionsblätter verlegte und Anfang der 40er Jahre die politische Exildruckerei und Verlagsbuchhandlung „Belle-Vue“ gründete.³⁹

II.2.2. Der Gesangverein

In engem Zusammenhang mit dem „Bürgermuseum“ stand der Konstanzer Gesangverein⁴⁰, der 1835 der Gesellschaft angeschlossen wurde.⁴¹ Daß der Gesangverein ebenfalls nicht apolitisch gewesen sein kann, sondern wie die meisten Gesangvereine im Vormärz schon aufgrund ihres nationalen Liedguts „Teil einer umfassenden national-liberalen Bewegung und insoweit ‚politisch‘“⁴² war, zeigen die politischen Anfeindungen, denen der Konstanzer

³⁵ Fetscher, Bürgermeister, 105.

³⁶ So etwa die im Juli 1849 entlassenen Gemeinderäte Augustin Schmidt, Theodor Schmid, Heinrich Poinsignon, Karl Zogelmann und Josef Stitzenberger. Kurzbiographien bedeutender Konstanzer Revolutionsteilnehmer erfolgen in den anschließenden Kapiteln.

³⁷ Unter anderem der Malermeister Joseph Eschbacher, die Anwälte Ignatz Vanotti und Ludwig Stephani, die Kaufmänner Karl Zogelmann und Nepomuk Katzenmayer, und Augustin Schmidt, der Bierbrauer und Eigentümer der Gasthäuser „Zur Sonne“ und „Badischer Hof“. (Beide Gasthäuser waren bevorzugte Wirtshäuser der Liberalen und wurden in der Revolution zu Treffpunkten der Republikaner.)

³⁸ Ignatz Vanotti war, wie sein Bruder Eduard Vanotti, 1848 am Aprilaufstand beteiligt und auch in der Revolution 1849 politisch aktiv. Der Republikaner wurde im Mai 1849 von der revolutionären Regierung zum provisorischen Vorstand für Überlingen ernannt.

³⁹ Vgl. Keller, Verlagsanstalten, 33ff.; Deuchert, Hambacher Fest, 101.

⁴⁰ Die Initiative zur Gründung des Gesangvereins kam von Musiklehrer Carl Ferdinand Schmalholz, der Mitglied im „Bürgermuseum“ war.

⁴¹ Vgl. Laible, Chronik, 24; Nägele, Kulturschaffen, 60.

⁴² Hochstuhl/ Schneider, Vereine; (Vorabdruck), erscheint vorauss. in der ZGO 1998.

„Gesangverein am Bodensee“ ausgesetzt war. Insbesondere von konservativer Seite wurde die Sängervereinigung „verdächtigt, eine verdeckte politische Organisation zu sein, die unter dem Deckmantel des harmlosen Gesangs das Volk ideologisch zu bearbeiten und Parteigänger für den Liberalismus zu gewinnen trachte“.⁴³ Aus diesem Grunde weigerten sich auch die Kirchen, ihre Pforten für den Chor zu öffnen. Das dritte Gesangsfest von 1839 konnte nur durch den Einsatz des liberal gesinnten Dekan Kuenzer abgehalten werden. Die nationalen Sängerkongresse waren den reaktionären Kräften freilich suspekt, da sie „immer auch ein attraktives Medium zur Herstellung bürgerlicher Öffentlichkeit“⁴⁴ darstellten. So mußte sich der Konstanzer Gesangverein 1839 wieder auflösen.⁴⁵ 1842 bildete sich erneut ein Gesangverein aus den Mitgliedern des Bürgermuseums, der Männerchor „Fidelia“, der sich 1845 in „Sängerrunde Bodan“ umbenannte.⁴⁶

II.2.3. Der Hilfsverein

Die Jahre 1846/47 waren von Mißernten und Hungersnot gekennzeichnet. Von der Teuerungskrise, als Folge der Agrarkrise, waren insbesondere die Handwerker betroffen, die zudem unter der gewerblichen Krise zu leiden hatten. Der 1847 in Konstanz gegründete „Hilfsverein“⁴⁷ versuchte die größte Not zu lindern⁴⁸. Bei diesem Verein handelte es sich noch um einen klassischen Wohlfahrtsverein, der keine politische Meinungsbildung betreiben wollte, sondern einzig dem sozialen Zweck der Wohltätigkeit gewidmet war.⁴⁹ In einer Broschüre des Vereins, dem „Aufruf zur Bildung eines Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Einwohner der Stadt Konstanz und ihrer Vorstädte“, vom 28. Jan. 1847, wird auch explizit darauf hingewiesen, daß „gegen die Errichtung des (...) Hilfsvereins (...) von Polizeiwegen nichts zu finden“⁵⁰ ist. Das bewahrte ihn aber nicht vor politischen Verdächtigungen, woraufhin der Arzt Johann Mamor (der auch das Bürgermuseum initiiert hatte)

⁴³ Zang, Konstanz, 103.

⁴⁴ Hochstuhl/ Schneider, Vereine, (Vorabdruck), erscheint vorauss. in der ZGO 1998.

⁴⁵ Maurer, Freisinn, 4; Nägele, Kulturschaffen, 60.

⁴⁶ Klenk, Geschichte, 95. Von politischen Aktivitäten des Vereins oder seiner Mitglieder ist weiter nichts bekannt.

⁴⁷ Aufruf zur Gründung eines Hilfsvereins im Januar 1847, in: STAK Ai 37.

⁴⁸ Zang, Konstanz, 151f.

⁴⁹ Vgl. Zang, Konstanz, 152.

öffentlich erklärte, daß den Verein „weder politische, noch religiöse, noch nationale, sondern nur rein menschliche Rücksichten“⁵¹ leiten würden.

Als im Mai 1847 die ersten Nachrichten von den Hungerunruhen in Württemberg die Stadt erreichten, war auch hier die Stimmung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten schon sehr gespannt. Am 15. Mai 1847 wurden in Konstanz aufgrund eines ministeriellen Erlasses nachts freiwillige Bürgerwachen durch die Stadt geschickt, die möglichen Ausschreitungen gegen Konstanzer Kornhändler vorbeugen sollten.⁵²

II.3. Das Verlags- und Pressewesen

II.3.1. Der Belle-Vue Verlag

Anfang der 40er Jahre gründete der Konstanzer Hofgerichtsadvokat Ignatz Vanotti, Herausgeber der republikanischen Zeitschrift *Der Leuchtturm* (1838-39) und der von J.G.A. Wirth verlegten Zeitschrift *Deutsche Volkshalle* (1839-41), die „Verlags- und Sortimentsbuchhandlung zu Belle-Vue bei Konstanz“⁵³. 1843 war der Verlag aus Schutz vor der badischen Zensur von Konstanz in die Schweiz verlegt worden. Die verbotenen Schriften wurden von deutschen Exilanten heimlich über die Schweizer Grenze nach Deutschland geschmuggelt. Der Belle-Vue Verlag gilt als einer der bedeutendsten politischen Verlage und Exildruckereien in der Schweiz während des Vormärz.⁵⁴ Zu den Druckwerken des politischen Verlages gehört unter anderem die politische Vormärzlyrik von Gerorg Herwegh und Ferdinand Freiligrath. Der Verlag war bis 1847 ein „Zentrum der deutschen Emigrantendruckerei“⁵⁵. 1845 übernahmen der Konstanzer Arzt und Archivar Johann Mamor und der Konstanzer Bierbrauer und Stadtrat Augustin Schmidt den Verlag. Dennoch mußte der Belle-Vue Verlag noch vor Ausbruch der Revolution aus finanziellen Gründen schließen.

⁵⁰ Gründungsaufruf, 11, in: STAK Ai 37.

⁵¹ Zit. nach: Zang, Konstanz, 151.

⁵² Zang, Konstanz, 153; Gailus, Straße, 214f.

⁵³ Vgl. Keller, Verlagsanstalten, 32ff.; Venedey, Belle-Vue.

⁵⁴ Vgl. z.B. Südkurier vom 20.1.98.

⁵⁵ Arbeitsgemeinschaft, Revolution, 326.

II.3.2. Die Konstanzer Presse

1848 gab es in Konstanz drei Tageszeitungen: den konservativen, regierungsfreundlichen *Tagesherold*, der bis 10. April 1848 erschien, die gemäßigt liberale *Konstanzer Zeitung* und die radikal-demokratischen *Seebblätter*. Die bedeutendste Zeitung waren die *Seebblätter*, die von Redakteur Josef Fickler herausgegeben wurden.⁵⁶ Die seit 1837 herausgegebenen *Seebblätter* bildeten neben der *Mannheimer Abendzeitung* den zweiten Pol der revolutionären Presse in Baden.

Die *Seebblätter* waren das Hauptorgan der Radikalen im Seekreis und wurden ab Februar 1848 immer mehr zur „Brandfackel“⁵⁷ der Revolution. Josef Fickler war nicht nur eifriger Redakteur der radikalen *Seebblätter*, er war auch ein begabter Redner, der in der Revolution von einer Volksversammlung zur nächsten zog, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Erhebung gegen die reaktionären Kräfte zu überzeugen.

In Ficklers politisches Engagement fügte sich auch sein religiöses in der Deutschkatholischen Bewegung. Hierbei handelt es sich um eine 1844 begründete Bewegung, die für eine von Rom unabhängige nationale deutsche Kirche eintrat, den Zentralismus und das hierarchische System der katholischen Kirche verwarf und insgesamt politisch dem Linksliberalismus verpflichtet war. Die Anhänger dieser Bewegung zählten während der Revolution 1848/49 häufig zu den radikalen Demokraten, wie etwa ihr Begründer Ronge oder auch Struve und Fickler. Neben Fickler, dem Vorsteher der Konstanzer Deutschkatholiken, waren auch andere Redakteure der *Seebblätter* Mitglieder der deutschkatholischen Gemeinde in Konstanz.⁵⁸

II.4. Der Schweizer Sonderbundskrieg

Im November 1847 brach in der Schweiz der Sonderbundskrieg aus, der mit dem Sieg der liberalen Kantone über die katholisch-konservativen Kantone endete. Die Bedeutung dieses Krieges für die deutsche, insbesondere die

⁵⁶ Fickler hatte bereits 1832/33 das kämpferische Konstanzer Wochenblatt herausgegeben, das permanent mit der Zensur in Konflikt gekommen war und schließlich eingestellt werden mußte.

⁵⁷ Diesbach, Redakteure, 139.

⁵⁸ Vgl. dazu: Diesbach, Deutschkatholische Gemeinde; Fetscher, Bürgermeister, 145ff.

badische Revolution, sollte zwar nicht überschätzt werden.⁵⁹ Nicht unterschlagen werden sollte aber, daß der Sieg der Liberalen in der Schweiz nicht nur den Konstanzer Liberalen Mut und Hoffnung machte, wo sich der neugewonnene Optimismus unter anderem in Glückwunschadressen an die Schweizer Nachbarn entlud.⁶⁰ Einige Konstanzer zogen sogar nach Tägerwilen, um die zurückkehrenden Truppen zu begrüßen und den Sieg der Liberalen mit ihnen zu feiern.⁶¹ Als die feiernden Musiker wieder zurück nach Konstanz kehrten, fand ihr Hochgefühl jedoch ein jähes Ende, da sie nun zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt wurden.⁶² Die *Seebblätter* erschienen anlässlich der Berichterstattung über den Sonderbunds-Krieg sogar sechsmal die Woche, was die rege Anteilnahme am Schweizer Geschehen und wiederum dessen Bedeutung für die Konstanzer widerspiegelt.

Die badischen Demokraten hegten nicht nur Sympathien für den Schweizer Freiheitskampf, sie schöpften vor allem Mut durch die Vorgänge im Nachbarland. Der Schweizer Sonderbundskrieg „wirkte auf die Radikalen Süddeutschlands wie ein Modell für den eigenen Freiheitskampf“⁶³. Der Sieg der Schweizer Demokraten bewies, was ein Volksheer erreichen konnte, wenn es Unterstützung aus der Bevölkerung erhielt. „Der Sonderbundskrieg, der möglich gewordene Sieg der Radikalen und ihrer Demokratie über die Reaktion, verleitete die deutschen Demokraten zu der Annahme, auch ihr Sieg wäre möglich.“⁶⁴ Republik und Demokratie schienen am Jahreswechsel 1847/48 erreichbar.⁶⁵ Die Schweiz galt seit dem Sonderbundskrieg als „Bollwerk der Freiheit“⁶⁶ und war deshalb nicht nur aufgrund der Grenznähe ein attraktiver Zufluchtsort für die politischen Flüchtlinge.

⁵⁹ Elmar B. Fetscher wertet den Sonderbundskrieg als ersten und erfolgreichsten Teil der 1848er Revolution, in: Fetscher, Bürgermeister, 152. Für den Schweizer Redakteur Thomas Massen wirkte das Schweizer Vorbild gar „als Auslöser der bürgerlichen Revolutionen von 1848“, in: *Neue Züricher Zeitung* 1/ 3.1.1998, B2.

⁶⁰ Fetscher, Bürgermeister, 152.

⁶¹ Zang, Konstanz, 157.

⁶² Zang, Konstanz, 158.

⁶³ Deuchert, Hambacher Fest, 244.

⁶⁴ Die Schweizer Freiheitskämpfer hatten schließlich erreicht, daß der restaurative Staatenbund von 1815 in einen föderalistischen und demokratischen Bundesstaat umgewandelt wurde. Vgl. Müller, Schweiz, 284.

⁶⁵ Leuenberger, Republik, 200.

⁶⁶ Zit. nach: Leuenberger, Republik, 199.

III. MÄRZBEWEGUNG

III.1. Die Auswirkungen der Februarrevolution

Wie in anderen Städten, so lieferten auch in Konstanz die Nachrichten von der Februarrevolution in Paris den Startschuß für den Ausbruch der Revolution. Der Umsturz in Frankreich löste in ganz Baden eine Volksversammlungs- und Petitionswelle aus. In Konstanz reagierte man allerdings nicht ganz so schnell wie etwa in Mannheim, der Hochburg des badischen Liberalismus, wo die badischen Radikaldemokraten Hecker und Struve bereits am 27. Februar eine Volksversammlung organisiert hatten, auf der zum ersten Mal in Deutschland die zentralen 'Märzforderungen' verabschiedet wurden: Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und ein deutsches Parlament.⁶⁷

Die Nachrichten von den Pariser Ereignissen erreichten Konstanz erst am 28. Februar. Die Presse berichtete erstmals am 1. März von der Proklamation der Republik in Paris.⁶⁸ Wie die *Seebblätter* berichteten, fanden die Nachrichten aus Frankreich „hier überall freudige Aufnahme“⁶⁹. Selbst der konservative *Tagesherold* berichtete enthusiastisch von den Ereignissen, die die Februarrevolution in Konstanz ausgelöst hatte. Großherzog Leopold war sich des Ernstes der Lage bewußt und appellierte zur gleichen Zeit (am 2. März) an das badische Volk, es bedürfe „nie mehr als in solchen Zeiten“, zusammenzuhalten.⁷⁰

III.1.1. Die Konstanzer Petition

Die erste Reaktion in Konstanz auf die revolutionären Ereignisse in Frankreich, war die Einberufung einer Versammlung des großen Bürgerausschusses für den 4. März, „worin die Abfassung kräftig gehaltener Petitionen beschlossen und weitere darauf bezügliche Anträge erledigt werden“ sollten.⁷¹

Die „Petition der Stadtgemeinde Konstanz, die Freigebung und Ertheilung von Volksrechten und die Errichtung eines deutschen Parlaments betr.“ an die Zweite Kammer, enthielt folgende Forderungen: „Vollständige Preßfreiheit,

⁶⁷ Vgl. Boldt, Anfänge, 99.

⁶⁸ TH 61/ 1.3.1848, 247; SB 52/ 1.3.1848, 225f.

⁶⁹ SB 54/ 3.3.1848, 231.

⁷⁰ Ghgl. Bad. Reg.bl. XI/ 2.3.1848,41f.; TH 66/ 6.3.1848, 267.

vollständige Freiheit des Glaubens und seiner Kulte, Trennung von Schule und Kirche, Schwurgerichte und öffentliche Rechtspflege überhaupt, durchgreifende Unterhaltungsfürsorge für die Klasse der Arbeiter, vollständige Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere (...), deutsches Parlament“⁷². Die Konstanzer Petition ging über die allgemeinen Märzforderungen hinaus und verwies insbesondere hinsichtlich der Forderung nach sozialer Versicherung für die Arbeiter auf die sozialrevolutionären Forderungen des Offenburger Programms der Demokraten von 1847.

Am 1. März, noch bevor die Konstanzer ihre Petition verabschiedet hatten, hatte der Großherzog die Pressefreiheit bewilligt und damit eine der wichtigsten Märzforderungen erfüllt. Die *Seebblätter* kritisierten aber die von Leopold offiziell verkündete „Preßfreiheit“, die nur „das Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 (...) wieder in Wirksamkeit gesetzt“⁷³ hatte. Für die *Seebblätter* bedeutete das noch nicht die Abschaffung der Zensur, da jenes Pressegesetz einige noch „sehr drückend(e)“ Paragraphen enthielt.⁷⁴ So ist es auch zu verstehen, daß die Konstanzer in ihrer Petition eine *vollständige* Pressefreiheit fordern.

„Am Schlusse der Verhandlungen der (...) Gemeindeversammlung wurde ein Mißtrauensvotum gegen den Geh. Rath, Regierungsdirektor v. Vogel ausgesprochen, mit dem Wunsche, es möchte an das großh. Ministerium die Bitte um Entfernung desselben gestellt werden.“⁷⁵ Der verhaßte Beamte Vogel kam diesem Wunsch mit seiner Flucht aus Konstanz am 10. März 1848 zuvor und wurde am 14. März 1848 offiziell durch den Linksliberalen Ignatz Peter ersetzt.

III.1.2. Die Wahl eines revolutionären Komitees

Für den nächsten Tag wurde in Konstanz eine Volksversammlung einberufen. Auf dieser Versammlung am 5. März wurde ein „permanentes Komite“⁷⁶ gewählt, das sich als „Ausschuß der Bürgerversammlung“ zur „Berathung

⁷¹ SB 54/ 3.3.1848, 231.

⁷² SB 56/ 5.3.1848, 240.

⁷³ Ghgl. Bad. Reg.bl. X/ 1.3.1848, 39.

⁷⁴ SB 55/ 4.3.1848, 238.

⁷⁵ SB 57/ 7.3.1848, 246.

⁷⁶ SB 57/ 7.3.1848, 246.

vaterländischer Angelegenheiten“⁷⁷ verstand. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehörte die Leitung der „wöchentlichen Volksversammlungen“, „Mitteilungen“ zu machen, und schließlich als Hauptaufgabe, für die „Ruhe, Ordnung der Stadt und Sicherheit des Eigentums“ Sorge zu tragen.⁷⁸ Da die Sicherheit der Stadt vor überstürzter Gewaltsamkeit von innen sowie vor reaktionären Eingriffen von außen geschützt werden sollte, bildete man später innerhalb des Komitees einen Bewaffnungsausschuß (am 21. März 1848), der die Volksbewaffnung in der Bürgerwehr vornehmen sollte.

Bei der Konstanzer „improvisierten Behörde“⁷⁹ handelte es sich um ein revolutionäres, da außerordentliches Gemeindegremium, das in Konkurrenz zu den offiziellen Behörden geschaffen worden war, um schnell auf die revolutionären Ereignisse reagieren zu können. Dennoch ist der Konstanzer Ausschuß nicht als eine willkürlich handelnde Gruppe von Revolutionären aufzufassen, sondern vielmehr als ein neugeschaffenes kooperatives politisches Gremium. Der gemäßigt liberale Abgeordnete der Stadt Konstanz in der badischen Zweiten Kammer, Karl Mathy, kritisierte die „Doppelgewalt“, die in Konstanz durch das Komitee geschaffen worden sei.⁸⁰ Obwohl sie improvisiert war, schenkte man dieser Revolutionsbehörde dennoch viel Vertrauen, da man sie für fähig hielt, in den Revolutionswirren die gesetzliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. So schrieb auch Bekk, daß in den Ausschüssen anfangs „da die Regierungsgewalt gebrochen oder gelähmt war, von vielen ein Gewinn für die Sicherheit der Person und des Eigentums erkannt“⁸¹ wurde.

Das Konstanzer Komitee stand zwar in Konkurrenz zu den offiziellen Gemeindegremien, wie dem Gemeinderat und Bürgerausschuß, wurde aber überwiegend von denselben Männern getragen, die sonst auch in Konstanz die Politik mitbestimmten. Die Autorität des liberalen Bürgermeisters Huetlin blieb während der gesamten Revolution unangefochten. Huetlin war seit 1832

⁷⁷ STAK. S II 8323: Verhandlungen des Ausschusses der Bürgerversammlung in Konstanz, März 1848 - April 1848.

⁷⁸ SB 57/ 7.3.1848, 246.

⁷⁹ Mathy, Nachlaß, 136f.

⁸⁰ STAK SII 8324: Schriftwechsel über die politische Bewegung 1848.

⁸¹ Bekk, Bewegung, 123.

Konstanzer Bürgermeister und hatte 1832 am Hambacher Fest teilgenommen, dem größten politischen Fest der Vormärzliberalen.⁸²

Revolutionäre Ausschüsse wie das Konstanzer Komitee, hatten sich auch in anderen Städten, vor allem im Seekreis und in Mannheim, spontan gebildet. Die Ausschüsse wurden nach dem Heckerputsch zusammen mit den Vereinen verboten.⁸³

III.1.2.1. Die Zusammensetzung des Komitees

In das Bürgerkomitee wurden am 5. März angesehene Konstanzer Persönlichkeiten gewählt: Der Präsident des Komitees war Dekan Kuenzer, welcher Abgeordneter der Zweiten badischen Kammer war.⁸⁴ Kuenzer wurde wie sein Stellvertreter im Komitee, Obergerichtsadvokat Würth, der Vorstand des „Bürgermuseums“ war⁸⁵, vom Siebener-Ausschuß als Abgeordneter ins Vorparlament nach Frankfurt eingeladen.⁸⁶ Der Konstanzer Gemeinderat Zogelmann wurde zum Sekretär des Komitees benannt. Zogelmann war den Konstanzern insbesondere durch sein gesellschaftspolitisches und soziales Engagement bekannt.⁸⁷ Weitere Ausschußmitglieder waren der Kaufmann Katzenmayer⁸⁸, welcher auch Mitglied des großen Bürgerausschusses war, der

⁸² Im April 1848 hatte sich Huetlin gegen den Heckerzug ausgesprochen und damit eine massive Beteiligung von Konstanzern verhindert. Im Juli 1849 wurde er vom Amt suspendiert und kurz darauf inhaftiert. Nach seinem Freispruch im Oktober 1849 trat er dann unter Verzicht auf seine Pension von seinem Amt zurück.

⁸³ Verbot der „Volksausschüsse (Comité's)“ und Vereine am 4. Mai 1848, in: Ghgl. Bad. Reg.bl. XXXI/ 5.5.1848, 143.

⁸⁴ Pfarrer Dominikus Vinzenz Kuenzer konnte zwar aufgrund der Urlaubsverweigerung von kirchlicher Seite die Sitzungen ab 1842 nicht mehr besuchen, wurde aber trotzdem bis 1848 wiedergewählt. Im Juni 1848 kam er über den Achener Wahlkreis in die Frankfurter Nationalversammlung.

Die Urlaubsverweigerungstaktik wurde gegen mißliebige, liberale Abgeordnete, wie auch den späteren Regierungsdirektor der Seekreisregierung Ignatz Peter, angewandt. Die Verweigerung von konservativer Seite führte zu Protesten und zur sogenannten Urlaubsdebatte 1842, die wiederum eine ungewollte Politisierung der Bevölkerung zu Folge hatte.

⁸⁵ Vgl. KNZ 11-Beilage/ 26.1.1848, 72.

⁸⁶ Anwalt Würth war Mitunterzeichner des Wahlaufrufs des Demokratischen Zentralkomitees vom 4.4.1848 (Vgl. SB 88/ 12.4.1848, 381.), sprach sich aber im April 1848 gegen den Heckerputsch aus.

⁸⁷ Kaufmann Zogelmann war Verfechter der Judenemanzipation und hatte des öfteren zur Unterstützung der hungernden Schlesier aufgerufen. Zogelmann wurde 1848 zum Hauptmann der Bürgerwehr gewählt, war am Aprilaufstand beteiligt und 1849 im Vorstand des Konstanzer Volksvereins.

⁸⁸ Nepomuk Katzenmayer war Mitglied des Bürgermuseums, Bürgerwehr-Hauptmann und am Aprilaufstand 1848 beteiligt. 1849 wurde Zogelmann zum Vorsitzenden des Konstanzer Volksvereins gewählt und von der revolutionären Regierung zum Zivilkommissar für Konstanz ernannt.

Arzt und Archivar Mamor⁸⁹, der Arzt Vanotti⁹⁰, Braumeister Hager, Weinhändler und Gemeinderat Schmid und Advokat Merk.⁹¹

Der Ausschuß wurde mehrmals erweitert: Während in der Urbesetzung vom 5. März noch die städtischen, liberalen Honoratioren dominierten, wurden im Laufe der bewegten Märztage immer mehr republikanisch gesinnte Konstanzer in das Gremium gewählt. Auf einer Bürgerversammlung am 13. März⁹² wurde der Ausschuß, nachdem „mehrere Mitbürger“ in den *Seebblättern*⁹³ und der *Konstanzer Zeitung*⁹⁴ einen Vorschlag zur Verstärkung des Ausschusses gemacht hatten, um zwölf Mitglieder erweitert. Unter den neuen Mitgliedern befanden sich so entschiedene Republikaner wie der Redakteur Fickler⁹⁵, Literat Kaiser⁹⁶, Gerichtsadvokat Stephani⁹⁷ und der deutschkatholische Pfarrer und Redakteur der *Seebblätter* Früh.

Die *Seebblätter* kritisierten am 14. März, daß „der Handwerks- und Landwirtschaftsstand in dem Komité zu wenig vertreten“⁹⁸ sei, und drängten das Komitee außerdem dazu, das Volk darüber aufzuklären, was Republik bedeutet: „Sagt ihnen auch, daß bei der Errichtung der Republik die Gesetze nicht aufgelöst werden.“⁹⁹ Die von den *Seebblättern* geforderte politische Aufklärung sollte zum einen der weitverbreiteten „Begriffsverwirrung“¹⁰⁰ entgegentreten und richtete sich zum anderen gegen die Propaganda der

⁸⁹ Der Arzt und spätere Stadtchronist Johann Mamor hatte 1834 die Gründung des politisch-geselligen „Bürgermuseums“ initiiert, 1845 zusammen mit dem Bierbrauer und Stadtrat Aug. Schmidt den Exil-Verlag Belle-Vue übernommen und sich unter anderem im 1847 gegründeten Konstanzer Hilfsverein engagiert.

⁹⁰ Eduard Vanotti, Bruder des Anwalts und Verlegers Ignatz Vanotti, war Bürgerwehr-Hauptmann und am Aprilaufstand 1848 beteiligt. 1849 war er Präsident des Konstanzer Volksvereins und wurde im Mai von der revolutionären Regierung zum Wahlkommissar (für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung) ernannt.

⁹¹ Vgl. SB 57/ 7.3.1848, 246; KNZ 31/ 13.3.1848.

⁹² Vgl. TH 75/ 15.3.1848, 303; SB 63/ 14.3.1848, 273; SB 64/ 15.3.1848

⁹³ SB 61/ 11.3.1848, 266.

⁹⁴ KNZ 31/ 13.3.1848, 210.

⁹⁵ Fickler, der Herausgeber und Redakteur der radikaldemokratischen *Seebblätter*, war Mitglied der badischen Zweiten Kammer und zählte zu den führenden Mitgliedern des Konstanzer Bürgerausschusses. Seine Verhaftung durch Karl Mathy am 8. April 1848 gab den letzten Anstoß für den Hecker-Putsch. Nach seinem Freispruch im Mai 1849 war er führendes Mitglied der revolutionären Regierung bis zu seiner Verhaftung am 2. Juni 1849 (auf Agitationsreise in Württemberg).

⁹⁶ Der Anwalt und Literat Karl Kaiser war 1848 am Aprilaufstand beteiligt, 1849 Kreiskommandant der revolutionären Regierung für den Seekreis

⁹⁷ Ludwig Stephani war Mitherausgeber der republikanischen „Volkshalle“, 1848 am Aprilaufstand beteiligt und stellte sich auch 1849 wieder der revolutionären Regierung zur Verfügung.

⁹⁸ SB 64/ 15.3.1848, 280.

⁹⁹ SB 65/ 16.3.1848, 284.

konservativen Presse, die die Republik als Pöbelherrschaft diffamierte und mit Anarchie gleichsetzte.

Auf einer Bürgerversammlung am 16. März wurden sechs weitere Mitglieder ins Komitee gewählt, worunter sich nun auch verstärkt Handwerker befanden. Der Ausschuß zählte nun 27 Mitglieder.¹⁰¹

Hinsichtlich der Berufsstruktur dominierten die Kauf- und Handelsleute, Advokaten und freien Berufe. Die Handwerker stellten ungefähr ein Drittel des Ausschusses, waren also im Vergleich zum Bevölkerungsanteil unterrepräsentiert. Zudem handelte es sich bei den im Ausschuß vertretenen Handwerkern überwiegend um wohlhabende Meister, so daß die unteren Schichten in diesem Gremium überhaupt nicht vertreten waren.¹⁰²

Insgesamt betrachtet setzte sich das Konstanzer Komitee überwiegend aus politisch aktiven und angesehenen Bürgern zusammen, das heißt aus liberalen Bürgern, die vorher schon in Gemeindegremien vertreten waren und zu großen Teilen auch im fortschrittlich gesinnten „Bürgermuseum“ aktiv waren. Die republikanisch gesinnten Bürger überwogen die gemäßigten Liberalen und auch Konservative wie der Kaufmann Volderauer¹⁰³ waren in dem revolutionären Gremium vertreten.

III.2. Konzessionen der großherzoglichen Regierung

III.2.1. Amtsenthebungen

In ganz Baden war die Stimmung in solch einem Maße gegen die Reaktion gerichtet, daß im Volk verhaßte Beamte pensioniert und durch Liberale ersetzt wurden. So wurde etwa der reaktionäre von Blittersdorf in den „Pensionsstand“ versetzt und an seiner Stelle der berühmte liberale Staatstheoretiker Karl Theodor Welcker zum Bundesgesandten benannt.¹⁰⁴

Der unbeliebte konservative Regierungsdirektor des Seekreises von Vogel, gegen den auf der Konstanzer Gemeindeversammlung am 4. März ein

¹⁰⁰ Huetlin an Mathy am 15. März 1848, in: Mathy, Nachlaß, 132; Bekk, Bewegung, 76. Vgl. Wirtz, Begriffsverwirrung.

¹⁰¹ TH 78/ 18.3.1848, 315.

¹⁰² Vgl. Reith, Aprilaufstand, 29.

¹⁰³ August Volderauer gehörte zu den Initiatoren des 1849 in Konstanz gegründeten konstitutionell-liberalen vaterländischen Vereins. Nach dem Scheitern der Revolution 1849 wurde Volderauer von der reaktionären Regierung zum provisorischen Gemeinderat ernannt.

¹⁰⁴ Ghgl. Bad. Reg.bl. XIII/ 15.3.1848, 48.

„Mißtrauensvotum“ ausgesprochen worden war, floh am 10. März angesichts der revolutionär-angespannten Lage aus Konstanz.¹⁰⁵ Auch in anderen Orten ergriffen Beamte die Flucht, so etwa der Amtmann Klein in Radolfzell.¹⁰⁶

Am 14. März wurde Vogel offiziell durch den Liberalen Ignatz Peter ersetzt.¹⁰⁷ Die Ernennung des linken Kammerabgeordneten Peter wurde in Konstanz freudig aufgenommen, denn er galt als „ein ausgezeichnete liberaler Mann“¹⁰⁸. Die *Seebblätter* werteten die „Ernennung dieses schwerverfolgten Mannes der äußersten Kammerlinken“ als Zeichen der „gänzlichen Abgenutztheit aller dienstbaren Regierungskreaturen“.¹⁰⁹ Sein Vorgänger, Regierungsdirektor von Vogel, wurde „auf sein unterthänigstes Ansuchen (...) in den Ruhestand“ versetzt.¹¹⁰

Die Flucht des Verwaltungsbeamten Vogels sowie das Einlenken des Großherzogs verdeutlicht, wie ernst und bedrohlich die Lage in Konstanz beziehungsweise in ganz Baden gewesen sein muß, wenn sich der Großherzog zu solchen Konzessionen genötigt sah, einen ehemals verfolgten Linksliberalen an die Spitze der Seekreisverwaltung zu stellen.

III.2.2. Märzerrungenschaften

Am 7. März verkündete der *Tagesherold*, daß die Regierung auf alle Anträge der Zweiten Kammer eingegangen sei.¹¹¹ Der Großherzog bestätigte seine Zustimmung zu den Wünschen der Zweiten Kammer in einer Erklärung am 15. März¹¹² und betonte dabei insbesondere, daß der Gesetzesentwurf über die Abschaffung der Feudalrechte den Ständen schon vorgelegt wurde. Der Schluß der Erklärung enthält einen Appell an die Badener, die Gesetze und Ordnung zu achten, „da nur mit der Ordnung die Freiheit, nur mit dem Festhalten an dem Gesetze die Ordnung“ bestehe. Die *Seebblätter* veröffentlichten am 7. März ein Schreiben des Präsidenten des Mdl, Bekk, an den Präsidenten der Zweiten Kammer, Mittermaier, vom 4. März 1848. In dieser „im höchsten Auftrage

¹⁰⁵ GLA 76/ 8098: Bericht von Vogel vom 31.5.1848. Zit. nach: Eibach, Gerüchte, 258.

¹⁰⁶ SB 61/ 11.3.1848, 266.

¹⁰⁷ Ghgl. Bad Reg.bl. XIII/ 15.3.1848, 48.

¹⁰⁸ Blos, Sigel, 22.

¹⁰⁹ SB 66/ 17.3.1848, 287.

¹¹⁰ Ghgl. Bad. Reg.bl. XIII/ 15.3.1848, 48.

¹¹¹ TH 68/ 7.3.1848, 276.

¹¹² Ghgl. Bad. Reg.bl. XIV./ 16.3.1848, 51f.

abgegebenen Erklärung über sämtliche von der Zweiten Kammer ausgesprochenen Wünsche“, wird die Motivation des konzessionsbereiten Großherzogs auf den Punkt gebracht : All die Zugeständnisse erfolgten unter dem Aspekt oder vielmehr in der Hoffnung, „die Gemüter zu beruhigen“.¹¹³

Hintergrund für die zunehmende Beunruhigung auf offizieller Ebene waren unter anderem die „abscheulichsten Greuelszenen“ der Bauern, insbesondere die Bauernunruhen im Odenwald¹¹⁴ sowie Ausschreitungen gegen Juden¹¹⁵. Am 8. März 1848 richtete sich ein gemeinsamer Aufruf radikaler und gemäßigter Liberale gegen die „schmähliche(n) Exzesse“ gegenüber der jüdischen Bevölkerung.¹¹⁶

Im Zusammenhang mit den Märzunruhen ist auch ein am 1. April 1848 erlassenes Gesetz zu betrachten, das die „Entschädigungspflicht der Gemeindeangehörigen wegen der in den Gemeinden bei Zusammenrottungen verübten Verbrechen“ regelte und rückwirkend ab 12. März wirksam sein sollte.¹¹⁷ Das Gesetz sollte weiteren „Exzessen“ vorbeugen, denn es bestimmte, daß im Falle von Unruhen in den Gemeinden, offener Gewaltausübung gegen Personen und insbesondere bei Übergriffen auf das Eigentum, die gesamte Gemeinde haftbar gemacht werden sollte. Um die Bauern ruhig zu stellen, wurde am 10. April 1848 das Gesetz zur „Aufhebung der Feudalrechte“¹¹⁸ erlassen. Damit war zwar ein Hauptanliegen der Bauern erfüllt und weiteren Aufständen von Seiten der Landbevölkerung vorerst Einhalt geboten worden. Das Verhalten der Bauern im Aprilaufstand zeigt aber, daß damit deren revolutionärer Eifer nicht erloschen war.¹¹⁹

¹¹³ SB-Beilage 58/ 7.3.1848, 249f.

¹¹⁴ Vgl. SB 66/ 17.3.1848, 286.

¹¹⁵ Vgl. SB 59/ 9.3.1848, 256.

¹¹⁶ TH 73/ 13.3.1848, 295.

¹¹⁷ Ghgl. Bad. Reg.bl. XXI/ 5.4.1848, 90f.; TH 74/ 14.3.1848, 301.

¹¹⁸ Ghgl. Bad. Reg.bl. XXIII/ 11.4.1848, 107f.

¹¹⁹ Vgl. dazu z.B.: W. Höpken: Die Agrarfrage in der Revolution in Südosteuropa 1848/49, in: Dowe/ Haupt/ Langewiesche (Hg.), 589. Wolfgang J. Mommsen etwa vertritt in seiner jüngst erschienenen Revolutionsgeschichte („1848 - Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849“ (1998)) weiterhin die These, daß die „Bereitschaft der Bauern zu revolutionären Aktivitäten schnell auf den Nullpunkt“ sank, nachdem ihren Forderungen nachgegeben worden war. Zit. nach der Rezension von Hartmann Wunderer, in: Das Parlament 13/ 20.3.1998, I.

III.2.3. Beschwichtigungsreden und-reisen

Die Stimmung in den Volksversammlungen tendierte immer deutlicher in Richtung Republik.¹²⁰ Auf der zahlreich besuchten Volksversammlung in Stockach, auf der sich ungefähr 6. 000 Männer aus dem Seekreis versammelt hatten, war offen für die Einführung der Republik plädiert worden.¹²¹ Am 10. März war in der Volksversammlung im Stadthaus ebenfalls „dafür gesprochen worden, die ‘deutsche Republik’ zu proklamieren“.¹²² Der *Tagesherold* nahm das zum Anlaß, „alle guten Bürger“ aufzufordern, „bei der Versammlung (am 13. März) zeitig zu erscheinen, um gegen einen solchen Antrag zu stimmen“.¹²³ Im gleichen Artikel wurde vehement die „constitutionelle Staatsform“ verteidigt und die Republik als Demagogenherrschaft diffamiert, die nur Ausdruck des ‘Pöbelwillens’, also der Unterschichten, sei: „Der ganze Mittelstand und alle Gebildeten Deutschlands wollen keine Republik. Man will nur ein deutsches Parlament, das die Garantien bietet für die so eben erlangte Volksfreiheit“. Die *Seebblätter* sprachen der Regierung zur gleichen Zeit eine „Unfähigkeitserklärung“¹²⁴ zu und schürten weiterhin das revolutionäre Feuer. Daß die Aufregung im Seekreis groß gewesen sein muß, belegen auch die zahlreichen Beschwichtigungsreden und -reisen: Der Konstanzer Amtmann Fieser dankte am 13. März den Bewohnern des Amtsbezirkes Konstanz dafür, daß „weder in Konstanz noch in dem Landbezirke die geringsten Excesse vorgefallen“ seien.¹²⁵ Auf der Bürgerversammlung am 13. März¹²⁶ verlas Bürgermeister Huetlin „erst ein Handschreiben des Großherzogs“¹²⁷, in dem der Großherzog „über die gesetzliche Haltung der Stadt Konstanz seine Zufriedenheit ausspricht“¹²⁸. Darüber hinaus verlas Huetlin ein Schreiben des Konstanzer Abgeordneten Mathy. In diesem warnte Mathy vor der Idee, eine Republik einführen zu wollen, da diese „Deutschland in einen blutigen Bürgerkrieg stürzen würde“. Um die Konstanzer zu besänftigen, sprach Mathy

¹²⁰ SB 61/ 11.3.1848, 266.

¹²¹ Wie Hans-Günther Bäurer behauptet, hat Fickler hier „erstmal in aller Öffentlichkeit (...) die Deutsche Republik proklamiert“. In: Arbeitsgemeinschaft, *Revolution*, 592.

¹²² TH 72/ 12.3.1848, 291. Tags zuvor, auf der zahlreich besuchten Volksversammlung in Stockach, warb Fickler eifrig für die Einführung der Republik.

¹²³ TH 72/ 12.3.1848, 291.

¹²⁴ SB 61/ 11.3.1848, 264.

¹²⁵ SB 63/ 14.3.1848, 276.

¹²⁶ Vgl. TH 75/ 15.3.1848, 303; SB 63/ 14.3.1848, 273; SB 64/ 15.3.1848.

¹²⁷ STAK 8324: Schriftwechsel zur politischen Entwicklung 1848, darin enthalten: Schreiben des Großherzogs Leopold vom 8.3.1848.

¹²⁸ Zit. nach: TH 75/ 15.3.1848, 303.

„die zuverlässige Hoffnung aus, daß die Kinzigalbahn doch gebaut werden würde.“¹²⁹

Am selben Tag (13. März) 1848 schrieb Staatsrat Bekk an das Mdl, daß die Abgeordneten Mathy, Straub und Welte in den Seekreis reisen würden, „um die dortige Aufregung zu beschwichtigen“.¹³⁰ Die Abgeordneten gaben in Berichten an Bekk Auskunft über ihre „Sendung im Seekreis“, das heißt, sie berichteten über die Stimmung in den Ortschaften, die sie bereisten. Während die Stimmung in und um Offenburg „vorherrschend für die Republik“¹³¹ gewesen war, war sie in Villingen schon „verschieden, doch nirgends Neigung zu Excessen“.¹³² Konstanz dagegen bereitete Mathy schon mehr Probleme, da er davon unterrichtet war, wie Fickler „von Versammlung zu Versammlung reist und eifrigst für die Republik wirbt“¹³³. Der Konstanzer Bürgermeister Huetlin hatte Mathy zuvor von der republikanischen Agitation Ficklers berichtet: „Auf der Stockacher Volksversammlung am 9.d.M. kam der Schrei nach ‘deutscher Republik’ zur Welt, er scholl bis hierher, und seither sind Fickler, Stephani u.a. einheimische und fremde Stimmführer die heftigsten Apostel dieses Schlachtrufes.“¹³⁴ Die „Aufregung der Gemüter“ in der Stadt sei zwar groß, doch das „Begehren der Republik eher ein Anliegen der Unterschichten, wobei hier „über den Begriff der ‘Republik’ noch große Unklarheit, zuvörderst beim Landvolke“ herrsche.¹³⁵ Abschließend betonte Huetlin, daß Kuenzer und er (auf der Bürgerversammlung am 13. März), Ficklers „beehrte und unbedingte Instruktion“, auf der Offenburger Versammlung für die Republik zu stimmen, vereitelt hätten.¹³⁶

Mathy erwähnte in seinem Bericht vom 16. März an Innenminister Bekk, daß es Fickler offensichtlich nicht gefalle, daß die Abgeordneten seinen Plänen entgegenarbeiten würden. Die Ernennung Peters zum Regierungsdirektor lobte er, da diese offenbar zur Beruhigung der Gemüter beigetragen habe und „keine

¹²⁹ TH 75/ 15.3.1848, 303.

¹³⁰ Mathy, Nachlaß, 127f.

¹³¹ Mathy, Nachlaß, 128f.

¹³² Mathy, Nachlaß, 129f.

¹³³ Mathy, Nachlaß, 133f.

¹³⁴ Mathy, Nachlaß, 132f.

¹³⁵ Huetlin an Mathy am 15. März 1848, in: Mathy, Nachlaß, 132. Zur vielzitierten „Begriffsverwirrung“ vgl. Ficklers Antrag an das Komitee, in: SB 65/ 16.3.1848, 284 (Kap. III.1.2.1.); Bekk, Bewegung, 76 und Wirtz, Begriffsverwirrung.

¹³⁶ Mathy, Nachlaß, 132.

Excesse vorgefallen“ seien.¹³⁷ Abschließend hob Mathy hervor, daß die Republik zwar viele Anhänger habe, aber niemand Bürgerkrieg wolle: „Der Gedanke daß dieser die notwendige Folge der Republik sei, tut Wirkung“¹³⁸. Hier wird wieder deutlich, mit welchen Mitteln von konservativer Seite Propaganda gegen die Republik gemacht wurde.

Am 17. März legte Mathy Bakk Rechenschaft über die Versammlung des Konstanzer Komitees vom Vortag ab. Auf dieser Versammlung habe Hüetlin erklärt, daß „der Kern der Bürgerschaft“ keine Republik wolle und Ficklers Anhang nur im Proletariat zu sein scheine.¹³⁹ Interessant ist in dem Bericht auch Mathys Appell an Bakk, daß man nun in der „Eisenbahnfrage“ etwas unternehmen solle, da die Versammlung „mit Ernst auf die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Seekreises, besonders hinsichtlich der Eisenbahn“ drang.¹⁴⁰ Die Regierung war sich also des Ernstes der Lage bewußt und schien zu allen möglichen Konzessionen bereit, um nur das Schreckgespenst der Republik zu verhindern.

Der ebenfalls in der Versammlung erschienene neue Regierungsdirektor Peter verlas eine Proklamation an die Einwohner des Seekreises, in der er als „Volksfreund“ um Vertrauen für die öffentliche Verwaltung warb (an deren Spitze er ja nun stand) und zur Besonnenheit aufrief: „Es lebe die Freiheit, es lebe Ordnung und Gesetz!“¹⁴¹ Mathy räumte zwar ein, daß die Rede Peters stellenweise dem Großherzog mißfallen werde, was er aber wohl oder übel tolerieren müsse, denn „allein nur diese Sprache kann im Seekreis Vertrauen herstellen und der Bewegung ein geregelttes Bett anweisen“.¹⁴² Die Proklamation Peters erschien auch in allen Konstanzer Tageszeitungen.¹⁴³

Ob es schließlich die Beschwichtigungsreden und -reisen waren, die die Seekreis-Bewohner mäßigten, ist letztlich nicht eindeutig nachzuweisen, aber doch zu vermuten. Daß der Besuch der „hohen Herren“ bei den Konstanzern Eindruck geschunden haben muß, belegt zum Beispiel eine kleine Anekdote

¹³⁷ Mathy, Nachlaß, 134f.

¹³⁸ Mathy, Nachlaß, 135.

¹³⁹ Mathy, Nachlaß, 136ff.

¹⁴⁰ Mathy, Nachlaß, 137.

¹⁴¹ Mathy, Nachlaß, 137.

¹⁴² Mathy, Nachlaß, 137.

¹⁴³ SB 68/ 19.3.1848, 292; TH 78/ 18.3.1848, 315f.; KNZ 33/ 17.3.1848, 219f.

Mathys. Demnach sei „ein Bürger in den ‘badischen Hof’¹⁴⁴ gestürzt und habe der dortigen Gesellschaft freudig zugerufen: ‘Peter, Mathy und Straub sind da, jetzt ist es mit dem Fickler und seiner Republik vorbei!’“.¹⁴⁵ Die Anekdote unterstreicht zudem die Bedeutung Ficklers und legitimiert damit nachträglich die Verhaftung Ficklers durch Mathy.¹⁴⁶

III.3. Gerüchte forcieren die Volksbewaffnung

III.3.1. Das Gerücht vom Bündnis der reaktionären Großmächte

Während es Anfang März „noch ruhig“¹⁴⁷ in Konstanz war, änderte sich die Stimmung schlagartig, nachdem ein Gerücht in Umlauf gekommen war.

Am 6. März verbreitete sich die „Nachricht vom Bündnis der drei Nordischen Großmächte“¹⁴⁸ in Konstanz. Gemeint war damit „die Kunde, daß Rußland, Preußen und Österreich ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen (hätten), um gemeinschaftlich die Reformbewegungen der Italiener und Deutschen zu unterdrücken“¹⁴⁹. Es entstand eine „furchtbare Aufregung, die, ohne die kräftige Vermittlung des Bürgermeisters Huetlin, zu den bedauerlichsten Auftritten von Seite des Proletariats hätte Veranlassung geben können“¹⁵⁰. Die Folge dieser Hiobsbotschaft, die sich später als Falschmeldung entpuppte, war schließlich, daß dadurch die Volksbewaffnung, eine der vorrangigen Märzforderungen, forciert wurde, noch bevor sie gesetzlich verankert worden war.¹⁵¹ „Das Komitee

¹⁴⁴ Das Wirtshaus „Badischer Hof“ war ein beliebter Treffpunkt der liberalen Konstanzer Bürgerschaft. Zeitweise fanden hier Veranstaltungen des Konstanzer Bürgermuseums statt. In der Revolution 1848/49 war das Gasthaus „Kommunikationszentrum“ der Republikaner. Im April 1848 war der „Badische Hof“ Quartier und Lokal der angekommenen Revolutionäre Hecker, Struve, Mögling u.a. In der Nacht vom 11. auf den 12. April erließ Hecker im „Badischen Hof“ einen Aufruf an das Volk, in dem er die Republik proklamierte. Der Wirt des „Badischen Hofes“, Andreas v. Kilian, war, wie der Eigentümer des Gasthauses, Augustin Schmidt (der Wirt des Republikaner-Treffpunkts „Haus zur Sonne“ war), aktiver Revolutionsteilnehmer. (A. v. Kilian war am Aprilaufstand beteiligt und wurde als Rädelsführer verfolgt. August Schmidt war Konstanzer Gemeinderat von 1844 bis zu seiner Amtsenthebung am 19. Juli 1849.)

¹⁴⁵ Mathy, Nachlaß, 138.

¹⁴⁶ Auf die folgenschwere Verhaftung Ficklers, die *mit* den entscheidenden Ausschlag für den Heckerzug gab, wird im Kapitel zum Aprilaufstand näher eingegangen werden.

¹⁴⁷ Brief des Amtsvorstandes an J.B. Bekk, 2.3.1848; GLA 52/2. Zit. nach: Nolte, Gemeindebürgertum, 482.

¹⁴⁸ TH, 68/ 8.3.1848, 276.

¹⁴⁹ SB 58/ 8.3.1848, 252.

¹⁵⁰ TH, 68/ 8.3.1848, 276.

¹⁵¹ Das Gesetz zur Einrichtung von Bürgerwehren wurde erst am 1. April verkündet, in: Ghgl. Bad. Reg.bl.XX/ 3.4.1848, 73-87.

versammelte sich noch am gleichen Abend und beschloß, eine Liste anzulegen, behufs der Bürgerbewaffnung“.¹⁵²

Am nächsten Tag, dem 7. März, „eilten Bürger, Staatsbeamte und staatsbürgerliche Einwohner aufs Stadthaus, um sich in die ausgelegte Liste als Wehrmänner einzuzeichnen“¹⁵³. Die Resonanz auf den Volksbewaffnungsbeschluß war sehr groß, was auch der *Tagesherold* begrüßte. „Die ‘Wehrmännerliste’ war in wenigen Stunden mit 500 Unterschriften bedeckt, was immerhin von bedeutendem Enthusiasmus zeugt, da Konstanz kaum 8000 Seelen zählt.“¹⁵⁴ Für den Nachmittag hatte man eine große Bürgerversammlung einberufen. Die Stimmung dort war kaum beruhigter als am Vortag. Bürgermeister Huetlin und Mitglieder des Komitees konnten die Versammelten nur „durch geeignete und patriotische Reden (...) zur Ruhe und Ordnung ermahnen“¹⁵⁵. Das Komitee verlas auf der Versammlung zwei Schreiben, wovon eines an Karl Mathy, den Abgeordneten von Konstanz, gerichtet war, mit der Bitte um „offizielle Nachricht“ über das fragliche Bündnis. Außerdem wollten die Konstanzer wissen, wie sich Badens Regierung nun verhalten werde. Das andere Schreiben ging an den Präsidenten des Innenministeriums, mit der Bitte, „er möge dafür sorgen, daß schleunigst Waffen geschickt würden, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und das Eigenthum zu schützen“¹⁵⁶. Die Konstanzer mußten sehr besorgt gewesen sein, denn „vollständig bewaffnete Bürger“ wachten nun „allnächtlich über die Ruhe und Sicherheit der Stadt“.¹⁵⁷

Wie sich später herausstellte, war das Gerücht von Konstanzer Handwerkern, die sich am 6. März im Wirtshaus „Zur Sonne“¹⁵⁸ versammelt hatten, verbreitet worden. Dieses Gerücht erzeugte wiederum das Gerücht, daß die aufgebrachte Masse aus Wut „das Regierungsgebäude stürmen“ wolle, womit der

¹⁵² TH 68/ 7.3.1848, 280.

¹⁵³ SB 58/ 8.3.1848, 252.

¹⁵⁴ TH 68/ 7.3.1848, 280.

¹⁵⁵ SB 58/ 8.3.1848, 253.

¹⁵⁶ TH, 68/ 8.3.1848, 276.

¹⁵⁷ SB 58/ 8.3.1848, 252.

¹⁵⁸ Das Wirtshaus „Zur Sonne“ war, wie bereits erwähnt, beliebter Treffpunkt der republikanisch gesinnten Konstanzer. Der Wirt des Gasthauses, der Konstanzer Gemeinderat Augustin Schmidt, war aktiver Revolutionsteilnehmer und wurde nach der Revolution seines Amtes enthoben.

konservative Regierungsdirektor Vogel seine Flucht aus Konstanz am 10. März nachträglich rechtfertigte.¹⁵⁹

Die beschwichtigende Haltung des Bürgermeisters und des Komitees sowie die Bürgerwachen zeigen, daß die durch das Gerücht entstandene „furchtbare Aufregung“ Anlaß zur Sorge um die Ruhe und Sicherheit der Stadt gab. Unbegründet waren die Sorgen keineswegs. Am 12. März veröffentlichten die *Seebblätter* eine „Aufforderung“ der Wehrmänner Futterer, Maier und Schedler vom 11. März, in der zum Beitritt in ein von ihnen konstituiertes „bewaffnetes Korps“ aufgerufen wird, „um den Beschlüssen der hiesigen Volksversammlung wirksamen Nachdruck zu verleihen“.¹⁶⁰

Da solche privaten Initiativen in dieser wirren Zeit nicht unüblich waren, sah sich Innenminister Bekk veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß „die Bewaffnung und Organisierung eines Korps nur unter Mitwirkung und Leitung der Staats- und Gemeindebehörden geschehen darf“.¹⁶¹ Die *Seebblätter* nahmen diesen Hinweis zum Anlaß, den Entwurf des Bürgerwehrgesetzes im voraus als „schmachvolles Machwerk“ zu kritisieren, dem wie zuvor der „knotenmäßige Bevormundungs- und Polizeigeist“ anhafte.¹⁶²

III.3.2. Der „blinde Franzosenlärm“

In der Nacht auf den 25. März kam „durch Estafete von Tuttlingen“ der amtliche Bericht nach Konstanz, „daß ein Haufe bewaffneter und unbewaffneter und unbewaffneter Leute von 20-40.000 Mann von Frankreich bei uns eingebrochen“ sei.¹⁶³ Der Berichterstattung des konservativen *Tagesherold* nach waren es nicht einfach „Leute“, die „aus dem Elsaß in Baden eingefallen“ seien, sondern „Fabrikarbeiter“¹⁶⁴, die Offenburg und Wolfach angezündet hätten, mordeten, raubten usw. „Deutsche Arbeiter seien mit beteiligt ...“¹⁶⁵. Das Gerücht verbreitete sich in Windeseile, mit der Folge, daß im Seekreis „dadurch eine ungeheure Bewegung veranlaßt“ wurde, „jedoch unmittelbar in

¹⁵⁹ GLA 76/ 8098: Bericht von Vogel, 31.5.1848. Zit. nach: Eibach, Gerüchte, 258.

¹⁶⁰ SB 62/ 12.3.1848, 270.

¹⁶¹ SB 76/ 29.3.1848, 332.

¹⁶² SB 76/ 29.3.1848, 332.

¹⁶³ SB 73/ 25.3.1848, 312.

¹⁶⁴ TH 86/ 26.3.1848, 347.

¹⁶⁵ TH 86/ 26.3.1848, 347.

Richtung gegen die Eindringlinge, weil der Lärm dahin ging, daß sie plündern und brennen.“¹⁶⁶

Diese Schreckensmeldung wurde von offiziellen Stellen über Baden hinaus verbreitet. Sie basierte auf Nachrichten aus Paris, wonach die dortigen deutschen Arbeiter und Emigranten die Aufstellung einer Legion planten, um in Deutschland die Republik zu erkämpfen.¹⁶⁷

Einen Tag später verkündete der *Tagesherold*, daß der „gestrige Lärm“ sich als ein „blinder“ erwiesen habe, hob aber die Auswirkungen des Gerüchts als positiv hervor: „Das Gute hat der blinde Lärm gehabt, daß es auf einmal mehr Ernst mit der Volksbewaffnung wurde. Gegen 4-500 meistens mit Doppelflinten bewaffnete Männer stellten sich gestern nachmittag auf dem Rathause zur Einzeichnung mit ihren Waffen ein ...“.¹⁶⁸ Da Stunden nach Eintreffen des Gerüchts immer noch keine offizielle Klärung der Meldung nach Konstanz gekommen war, machte der Ausschuß mobil. Fünf „Abgeordnete des hiesigen Komités, die Herren Kaufleute Schrof und Katzenmayer, Redakteur Fickler und die Advokaten Würth und Merk“ zogen von Konstanz aus los, „um theils die Bewaffnung und den Widerstand im Hegau, Baar und Schwarzwald planmäßig zu ordnen, theils nöthigenfalls dem Heerhaufen selbst entgegenzugehen“.¹⁶⁹

Die *Seebblätter* reagierten empört auf die „amtliche Verbreitung“ des Gerüchts, das Stimmung gegen „ein edles großes Nachbarvolk“ machte, insbesondere gegen die deutschen Demokraten in Frankreich.¹⁷⁰ Dies war vermutlich auch die Absicht, die sich hinter der Verbreitung des Gerüchts von offizieller Seite her verbarg, nämlich innere Solidarität gegen äußere Feinde zu erzeugen, um damit von inneren Mißständen abzulenken und gleichzeitig jegliche Verbrüderung Aufständischer mit fremden Legionen zu unterbinden.

Wieder war es ein Gerücht gewesen, das in den Revolutionswirren zuerst Panik auslöste und schließlich dazu führte, daß die Volksbewaffnung intensiver vorangetrieben wurde. In der folgenden Zeit wurde immer mehr „der Mangel an

¹⁶⁶ Bekk, *Bewegung*, S. 128.

¹⁶⁷ Eibach, *Gerüchte*, 259. Vgl. dazu: Bekk, *Bewegung*, 125 und den Brief von Georg Herwegh vom 21.3.1848, in: TH 94/ 3.4.1848, 379. Herwegh hatte in einem „Manifest“ vom 21. März 1848 die Unterstützung der revolutionären Bewegung in Deutschland durch die „deutsche demokratische Gesellschaft“ in Paris angeboten.

¹⁶⁸ TH 87/ 27.3.1848, 351.

¹⁶⁹ SB 73/ 25.3.1848, 312.

¹⁷⁰ SB 74/ 26.3.1848, 316f.

Waffen“¹⁷¹ kritisiert. Der Volksausschuß hatte bereits am 14. März das Amt eines leitenden Organisators für die Volksbewaffnung geschaffen, das dem Braumeister Hager übertragen worden war.¹⁷² Am 21. März bildete man innerhalb des Komitees einen Bewaffnungsausschuß, dem Hager, Schroff, Katzenmayer, Knaus und Zogelmann angehörten. Dieser Unterausschuß des Komitees sollte die Volksbewaffnung in Konstanz organisieren.

Ernsthaften Auftrieb bekam die Organisation der Volksbewaffnung, insbesondere was die Beschaffung von Waffen betrifft, erst infolge des „Franzosenlärms“. Auf einer Volksversammlung am 25. März verkündete Zogelmann, Mitglied des Ausschusses der Volksbewaffnung und Bürgerwehr-Hauptmann, den Beschluß, „daß die hiesigen Bürger und Einwohner ihre nicht selbst benötigten Waffen zur Verfügung des Ausschusses stellen, und daß späterhin vom Mitgliede Zogelmann eine strenge Haussuchung nach nicht abgelieferten Waffen gehalten werden solle“.¹⁷³ Die *Seebblätter* kritisierten diesen Beschluß heftig und prangerten ihn als gewaltsame „Verletzung der persönlichen Freiheit“ an.

Der Beschluß des Bewaffnungsausschusses verdeutlicht zum einen, daß bei der Bürgerwehr ein Mangel an Waffen bestand und zum anderen, daß das Komitee ein Entgleiten der Volksbewaffnung aus ihrer Gewalt und Einflußsphäre verhindern wollte. Nicht jeder sollte nach freiem Belieben über Waffen verfügen können, schon gar nicht Kinder. Der Waffenenthusiasmus ging so weit, daß Bürgermeister Huetlin das „Aufsichtspersonal“ von Kindern öffentlich aufforderte, den „dahier bestehende(n) Unfug, daß Buben an öffentlichen Orten mit Feuerwaffen spielen, und mit solchen in- und außerhalb der Stadt schießen“, zu unterbinden.¹⁷⁴ Die Volksbewaffnung sollte unter der Kontrolle des Bürgerausschusses bleiben.¹⁷⁵

Auch ein Beschluß der großen Stockacher Volksversammlung vom 9. März¹⁷⁶, auf der das Konstanzer Komitee gut vertreten war, zeigt, daß ‘Volksbewaffnung’ nicht mit Revolution und Umsturz gleichzusetzen ist. Die

¹⁷¹ SB 77/ 30.3.1848, 331.

¹⁷² Vgl. Protokoll des „Ausschusses der Bürgerversammlung“ vom 14.3.1848, in: STAK S II 8323.

¹⁷³ SB 75/ 28.3.1848, 323f.

¹⁷⁴ SB 83/ 6.4.1848, 360.

¹⁷⁵ Vgl. STAK S II 8322 (Beschlüsse des Bewaffnungsausschusses: Auflistung von Waffen-Übungen und Strafbestimmungen bei Nichteinaltung der Übungen etc.).

¹⁷⁶ SB 62/ 12.3.1848, 268f.

Bewaffnung sollte vorerst dem Schutze der Personen, des Eigentums und der revolutionären Errungenschaften dienen und war nicht als Mittel zum Zwecke einer republikanischen Erhebung gegen die reaktionäre Obrigkeit gedacht.¹⁷⁷ Die unteren Schichten, den sogenannten 'Pöbel', wollte man aus der Bürgerwehr möglichst fernhalten¹⁷⁸: „So wird nur Jenen eine Waffe gegeben, und darf nur Jener eine solche tragen, dem ein unbescholtener Leumund zur Seite steht, worüber die Gemeinderäthe zu erkennen haben“¹⁷⁹. Auch Waffenübungen sollten nur auf „Aufforderung eines Komités“ stattfinden.

III.3.3. Organisation und Aufgaben der Bürgerwehr

Am 1. April wurde das Gesetz zur „Errichtung der Bürgerwehr im Großherzogtum“ erlassen.¹⁸⁰ Mit der Gewährung der Bürgerbewaffnung war auf eine der zentralen Märzforderungen, nämlich die „Volksbewaffnung“, eingegangen worden. „Volksbewaffnung, die Einrichtung der Bürgerwehr wurde gleichsam als das Palladium aller übrigen Freiheiten betrachtet“, wie Pröve die Bedeutung dieses großherzoglichen Zugeständnisses für die Bevölkerung beschreibt. Zu beachten gilt hierbei, daß Bürgerbewaffnung 1848 längst nicht Volksbewaffnung bedeutete. „Unterbürgerliche Schichten“ blieben „tendenziell ausgeschlossen“.¹⁸¹ Die Hauptaufgabe der Bürgerwehr wurde insbesondere von offizieller Seite darin gesehen, für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen und die weitere Radikalisierung der Revolution zu verhindern.¹⁸² Der Artikel 2 des Gesetzes bestimmte als Zweck und Hauptaufgabe der Bürgerwehr „die Vertheidigung des Landes, der Verfassung und der durch die Gesetze gesicherten Rechte und Freiheit gegen innern und äußern Feind“. Die Mitglieder der Bürgerwehr mußten sich durch Treueeid gegenüber dem Großherzog zu diesem Zweck verpflichten (Art. 10). Vorbestrafte sollten von der Bürgerwehr ausgeschlossen bleiben, wodurch man verhindern wollte, daß der 'Pöbel' in die Volksbewaffnung miteinbezogen wurde.¹⁸³ Die Organisation der Bürgerwehr wurde dem Gemeinderat, der Wehrmannlisten anfertigen sollte

¹⁷⁷ Was durch die Zurückhaltung der Konstanzer Bürgerwehr beim Heckerzug belegt wird.

¹⁷⁸ Vgl. Pröve, Bürgerwehren, 906; 911.

¹⁷⁹ SB 62/ 12.3.1848, 269.

¹⁸⁰ Ghgl. Bad. Reg.bl.XX/ 3.4.1848, 73-87.

¹⁸¹ Vgl. Pröve, Bürgerwehren, 906.

¹⁸² Vgl. Pröve, Bürgerwehren, 908f.

(Art. 3) und dem Bürgermeister, der Versammlungen für die eingezeichneten Wehrmänner abhalten sollte, zugeordnet (Art. 8).

In Konstanz wurde die Volksbewaffnung durch das Bürgerkomitee vorangetrieben und vom Bewaffnungsausschuß desselben organisiert. Auf der Offenburger Versammlung am 19. März 1848 hatten die republikanisch gesinnten Konstanzer Abgesandten den jungen Offizier Franz Sigel aufgefordert, „den Seekreis militärisch zu organisieren“.¹⁸⁴ Ende März übernahm Sigel die militärische Organisation und Ausbildung der in den Wehrlisten der Bürgerwehr eingezeichneten Männer.¹⁸⁵

Dieter Langewiesche betont in seinem Forschungsbericht von 1991, daß die Bürgerwehren „kein Gegengewicht gegen das reguläre Militär“ bildeten, denn „dazu waren sie nicht geeignet und auch nicht gedacht.“¹⁸⁶ Ihre Hauptaufgabe war der Schutz der öffentlichen Ordnung, also die Sicherheit der Stadt vor Zugriffen von ‘unten’ (durch den ‘Pöbel’), zu gewährleisten und schließlich auch der Schutz der Revolution vor reaktionären Eingriffen von ‘oben’ (wie etwa durch reaktionäre Truppeninterventionen). Daß die Bürgerwehren auch von staatlicher Seite nicht als Konkurrenz zum offiziellen Heer betrachtet wurden, verdeutlicht Mathys Schreiben an seine Frau vom 16. März 1848: „Der Seekreis hat eine schöne Haltung. Überall bewaffnet sich das Volk mit Gewehren, gerade geschmiedeten Sensen u.s.w.“¹⁸⁷.

III.4. Die Offenburger Versammlung vom 19. März 1848

III.4.1. Vorbereitungen in Konstanz

Auf einer Bürgerversammlung am 13. März wurden sechs Abgeordnete für die Offenburger Versammlung gewählt, die von den *Seeblättern* zu Recht als „entschieden republikanisch gesinnt“¹⁸⁸ eingestuft wurden: Redakteur Fickler,

¹⁸³ Vgl. Art. 4, S. 74.

¹⁸⁴ Blos, Sigel, 18.

¹⁸⁵ Sigel hatte im März 1848 das erste Freicorps in Mannheim organisiert. Beim Heckerzug im April 1848 stand Sigel an der Spitze des Aufgebotes des Seekreises. Nach dem Heckerzug floh er nach Frankreich. Im Mai 1849 wurde er vom revolutionären Landesausschuß nach Karlsruhe berufen und beauftragt, die Reorganisation der Armee voranzutreiben. Nach der Niederlage der Revolution zog er am 11. Juli 1849 mit dem Rest der badischen Revolutionsarmee über Konstanz in die Schweiz.

¹⁸⁶ Langewiesche, Forschungsstand II (1991), 380.

¹⁸⁷ Mathy, Nachlaß, S. 133.

¹⁸⁸ SB 63/ 14.3.1848, 273.

Arzt Vanotti, die Advokaten Kaiser, Stephani, Würth und Kaufmann Katzenmayer. Der durch Krankheit verhinderte Kaufmann Katzenmayer wurde nach einer Ersatzwahl auf einer Bürgerversammlung am 16. März durch den ebenfalls republikanisch gesinnten Advokaten Ignatz Vanotti ersetzt.¹⁸⁹ Trotzdem konnte sich Fickler auf der Bürgerversammlung vom 13. März mit seiner „unbedingten Instruktion“, daß die Abgeordneten auf der Offenburger Versammlung für die Republik zu stimmen haben, nicht durchsetzen.¹⁹⁰ Das Scheitern Ficklers mit diesem Antrag zeigt, daß der Kern der Bürgerschaft tatsächlich nicht so radikal gesonnen war wie Fickler, sondern besonnen den Verlauf der Offenburger Versammlung abwarten wollte.

III.4.2. Auswirkungen der Offenburger Versammlung in Konstanz

Auf der Offenburger Versammlung vom 19. März 1848 wurde heftige Kritik an beiden badischen Kammern geübt und denselben das Vertrauen des Volles abgesprochen.¹⁹¹ Aus diesem Grunde wurde von der Versammlung beschlossen, daß „in jeder Gemeinde des badischen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volkes, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte zu sorgen“, gebildet werden sollte. Die Absicht war, gezielt Vereine als organisatorische Basis zur Durchsetzung der Volksinteressen zu gründen. Dem Aufruf zur Vereinsgründung folgte die Bestimmung über die Organisationsstruktur der Vereinsorganisation, die sich am staatlichen Verwaltungsaufbau orientierte: „Sämtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein“. Die restlichen Beschlüsse waren weitgehend identisch mit den radikaldemokratischen Forderungen des Offenburger Programms von 1847.

Der Konstanzer Arzt Vanotti und Advokat Würth wurden auf der Offenburger Versammlung als Vertreter des Seekreises in den Zentralausschuß der vaterländischen Vereine gewählt, dessen Obmann Friedrich Hecker war.¹⁹² Der

¹⁸⁹ SB 66/ 17.3.1848, 287.; TH 78/ 18.3.1848, 315.

¹⁹⁰ TH 75/ 15.3.1848, 303.

¹⁹¹ SB 70/ 22.3.1848, 300f.

¹⁹² SB 70/ 22.3.1848, 300f.

Zentralausschuß des Landesvereins setzte sich aus den Vorsitzenden der vier Kreisorganisationen zusammen.

In Konstanz wartete man gespannt auf die Rückkehr der Abgesandten aus Offenburg. Da man nicht wußte, wie auf der Versammlung entschieden würde und mit allem rechnete, hatte man vorsorglich das Bürgermilitär mobilisiert und Bürgerwachen aufgestellt. Die wichtigste Nachricht war für die konstitutionell-liberal gesinnte *Konstanzer Zeitung*, daß „von der aus 25.000 Männern bestehenden Offenburger Versammlung einstimmig beschlossen wurde, nicht jetzt gleich eine Republik auszurufen, sondern die weiteren Reformen Deutschlands einem in Frankfurt zu versammelnden deutschen Parlamente anheim zu stellen“.¹⁹³

Infolge der Volksversammlung in Offenburg kam es in Baden zu zahlreichen lokalen Volksversammlungen und Initiativen zur Bildung von vaterländischen Vereinen.

In Engen wurde am 29. März eine „Kreisversammlung“ abgehalten, auf der „12 Abgeordnete ans Parlament in Frankfurt ernannt wurden, welche für die Einführung einer deutschen Republik zu stimmen haben“.¹⁹⁴ Zu den eigenmächtig gewählten Abgeordneten gehörten Redakteur Fickler und Dekan Kuenzer.¹⁹⁵

Am 2. April kam es zu einer Versammlung des Mittelrheinkreises in Achern, auf der auch Fickler anwesend war und dazu aufrief, „die Republik in Deutschland und vorerst in Baden einzuführen“.¹⁹⁶

In Konstanz lud der Ausschuß der Bürgerversammlung am 4. April zur Volksversammlung für den 5. April ins Stadthaus, „zum Behufe der Wahl- und Ortskomités im Sinne der Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung“¹⁹⁷. Was aus dieser Initiative wurde ist unklar, die Zeitungen berichten nichts über eine Volksversammlung vom 5. April. In den Quellen findet sich auch kein Hinweis, daß sich in Konstanz 1848 ein Vaterländischer Verein gebildet hätte.

¹⁹³ KNZ 36/ 22.3.1848, 234.

¹⁹⁴ SB 77/ 30.3.1848, 331.

¹⁹⁵ SB79/ 1.4.1848, 340. Die Volksversammlung war aus Empörung über das Einladungsverfahren zum Frankfurter Vorparlament einberufen worden. Offizielle Abgeordnete (vom Siebener Ausschuß eingeladen) waren Dekan Kuenzer und Advokat Würth, die dem Konstanzer Komitee vorstanden.

¹⁹⁶ Zit. nach: Vollmer, Freiheit, 101. Vgl. SB 81/ 3.4.1848, 350.

¹⁹⁷ SB 81/ 4.4.1848, 352.

Dafür kommt es Ende März zur Gründung eines Turnvereins und kurze Zeit später zur Gründung eines Arbeitervereins.

III.5. Vereinsgründungen 1848

III.5.1. Der Turnverein

Am 23. März kritisierten die *Seebblätter*, daß es in Konstanz noch keinen kämpferischen Turnverein gäbe und forderten die „Konstanzer Jugend“ auf, sich in der „Volkssache“ zu engagieren. Deshalb sollte ein Turnverein gebildet werden, der „der Jugend aller Stände offen steht, der alle Glieder unserer zerissenen Gesellschaft verschmilzt in dem einen gemeinsamen Zweck, der Befreiung des deutschen Volkes, und der in diesem Augenblicke vor allen die Aufgabe hat, durch gemeinsame körperliche Übungen die Volksbewaffnung zu unterstützen“¹⁹⁸. Die Initiative zur Gründung des Vereins war von Fickler ausgegangen, denn eine Woche später hatte sich der Turnverein unter „provisorischer Leitung des Redakteurs Fickler“ konstituiert und zu diesem Zeitpunkt bereits 40 Mitglieder.¹⁹⁹ Hinter der Gründungsinitiative Fickers verbarg sich unübersehbar die Absicht, nach dem Vorbild anderer Städte, auch in Konstanz eine Kampftruppe zu bilden, die den Zwecken der Radikaldemokraten dienen sollte. Wenige Tage später (am 2./3. April 1848) bildete sich in Hanau der „Deutsche Turnerbund“, der ebenfalls nationale Zwecke verfolgte.²⁰⁰

III. 5.2. Der Arbeiterverein

Anfang April konstituierte sich in Konstanz ein Arbeiterverein²⁰¹, dessen „Tendenz“²⁰² in dieselbe (nationale) Zielrichtung verwies, wie die des kurz zuvor gegründeten Turnvereins. Da man der Gründung eines Arbeitervereins selbst von Seiten der liberalen Gemeindeführung recht skeptisch gegenüber gestanden haben muß und um Vorurteilen entgegenzuwirken, sah sich der Verein gezwungen, seine „Tendenz“ in einer Erklärung vor Mitgliedern des

¹⁹⁸ SB 71/ 23.3.1848, 306.

¹⁹⁹ SB 78/ 31.3.1848, 338.

²⁰⁰ Vgl. Langewiesche, Turner, 50.

²⁰¹ SB 81-Vorläufer/ 3.4.1848, 347.

Komitees und Hütlin darzulegen. Die Erklärung hinsichtlich der politischen Richtung des Vereins wurde von Vorstandsmitglied Student Lender ausgearbeitet und in den Tageszeitungen veröffentlicht. Demnach verstand sich der Arbeiterverein als „ein bewaffnetes freies Korps, keineswegs jedoch, um eine Spaltung der übrigen Bürger gegenüber zu bewerkstelligen“.²⁰³ Seine „Tendenz“ definierte der Arbeiterverein als „thatkräftige Theilnahme an den Angelegenheiten des Vaterlandes, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, sowohl der Personen als des Eigenthums, sowie geistiger und moralischer Entwicklung und Bildung des Handwerkerstandes“.

Die Zielrichtung beider 1848 gegründeten Vereine, des Turn- sowie des Arbeitervereines, deutet darauf hin, daß sie in erster Linie gegründet wurden, um die Konstanzer Volksbewaffnung zu unterstützen, die nach dem ‘Franzosengerücht’ forciert vorangetrieben wurde. Die Vereinsgründungen können also nicht als unmittelbare Auswirkung oder Umsetzung der Offenburger Beschlüsse gewertet werden, sondern sind vielmehr im Kontext der Forderung nach Volksbewaffnung zu sehen (die wiederum -nach den Offenburger Beschlüssen- von den (vaterländischen) Vereinen durchgesetzt werden sollte).

²⁰² SB 82/ 5.4.48, S. 355; KNZ 49/ 6.4.1848, S. 289.

²⁰³ SB 82/ 5.4.48, S. 355; KNZ 49/ 6.4.1848, S. 289.

IV. APRILAUFGSTAND

IV.1. Vorgeschichte

IV.1.1. Truppenzusammenziehung an der badischen Grenze

Am 6. April verbreitete sich in Konstanz die Nachricht, daß „3 bis 4. 000 Mann württembergischer und bayrischer Truppen im Begriffe seien, die badischen Grenzen zu überschreiten“.²⁰⁴ Da niemand von der Truppenzusammenziehung unterrichtet worden war, verbreitete sich sofort eine ungeheure Aufregung, die schließlich dazu führte, daß einen Tag später „der erste und zweite Zug der Konstanzer Wehrmänner“ zur Sicherung der badischen Grenze aufbrach. Die *Seebblätter* nahmen die aufgebrachte Stimmung zum Anlaß, an die Meister und Arbeitgeber zu appellieren, „von ihrer Seite das kleine Opfer (...) für die große vaterländische Sache“ nicht zu scheuen, und den Arbeitern die Arbeitszeit um eine Stunde zu kürzen. Dadurch sollte den Arbeitern die Teilnahme an den „abendlichen Exerzierübungen“ ermöglicht werden, die angesichts der bedrohlichen Lage intensiver denn je betrieben werden sollten.²⁰⁵

Die „Militärhilfe“ der nichtbadischen Truppen schien für den badischen Innenminister Bekk „unentbehrlich“, angesichts der Organisation der deutschen Legionen in der Schweiz und in Frankreich sowie der radikalen Agitation Ficklers, Heckers und Struves: „...am 5. April 1848 übergaben Struve und Fickler in Frankfurt dem Großh. Bundestagsgesandten ein Promemoria, worin sie (ganz ernsthaft) vorschlugen, die Großh. Regierung soll in allen Gemeinden abstimmen lassen, ob sie die konstitutionelle Monarchie oder Republik haben wolle.“²⁰⁶ Bekk sah die „gesetzliche Autorität (...) durch Aufregung und Agitation fast überall gelähmt“, denn „in den *Seebblättern* hatte Fickler zur offenen Gewalt, zur Verjagung der Fürsten aufgefordert“.²⁰⁷ Mathy verteidigte die Truppenaufstellung in einer Sitzung der Zweiten Kammer (am 7. April) mit dem Argument, „Unfug zu verhüten“, was bedeutete, daß man damit einem republikanischen Aufstand entgegenzuwirken trachtete.²⁰⁸

²⁰⁴ SB 84/ 7.4.1848, 362.

²⁰⁵ SB 84/ 7.4.1848, 362.

²⁰⁶ Bekk, *Bewegung*, 132.

²⁰⁷ Bekk, *Bewegung*, 132f.

²⁰⁸ Vgl. Vollmer, *Freiheit*, 103.

Regierungsdirektor Peter erließ am 7. April Schreiben an die beiden Truppenkommandanten, in welchen er ihnen nahelegte, die Truppen von der Grenze zurückzuziehen, da die politische Aufregung im Seekreis „auf das Äußerste“ gestiegen sei und nur durch den Truppenabzug „großes Blutvergießen verhindert werden“ könne.²⁰⁹ Um die Bevölkerung des Seekreises über den Zweck und die Notwendigkeit des Einmarsches aufzuklären und zu beruhigen, wurde am 10. April eine großherzogliche Proklamation erlassen.²¹⁰ Der Großherzog rechtfertigte die Zusammenziehung der Truppen mit der allgemeinen „Gesetzlosigkeit“ und insbesondere mit dem drohenden bewaffneten Überfall „von deutschen Arbeitern (in Verbindung mit französischen Proletariern) aus Frankreich und der Schweiz“.²¹¹ Abgesehen davon, daß die Organisation republikanischer Freischaren in Frankreich und insbesondere in der Schweiz schon in vollem Gange waren²¹² und tatsächlich Anlaß zur Sorge boten, verschärfte die Truppenzusammenziehung gleichzeitig den Druck der Reaktion auf die republikanische Bewegung.

Nebenbei wird auch deutlich, welche Funktion der „Franzosenlärm“ für die großherzogliche Regierung erfüllte. Der Großherzog konnte sich in seiner Rechtfertigung auf den Haß in der Bevölkerung gegen die vermeintlichen Eindringlinge stützen, den das Gerücht geschürt hatte.²¹³

IV.1.2. Heckers Scheitern im Vorparlament

Gleich zu Beginn des Vorparlaments versuchte die äußerste Linke, mit dem radikaldemokratischen Antrag Struves²¹⁴ weitreichende Beschlüsse über die zukünftige staatliche und gesellschaftliche Ordnung Deutschlands durchzusetzen.²¹⁵

Die Mehrheit des Vorparlaments wollte aber die Beendigung, nicht die Fortführung der Revolution. Neben der Ablehnung des radikalen Programms von Struve scheiterte Hecker mit seinem Antrag auf Permanenz des

²⁰⁹ SB 86-Beilage/ 9.4.1848, 373.

²¹⁰ Vgl. Bekk, Bewegung, 144.

²¹¹ Ghgl. Bad. Reg.bl. XXIII/ 11.4.1848, 105f.

²¹² Vgl. hierzu die Aktenstücke des Bieler Zentralausschusses der Schweizer Legion (Mathy, Nachlaß, 151-158; 172-174; SB 79-Beilage/ 1.4.1848, 343f.) und Herweghs Schreiben vom 21.3.1848 (TH 94/ 3.4.1848, 397; Vgl. SB 79/ 1.4.1848, 340f.).

²¹³ Vgl. Bekk, Bewegung, 128.

²¹⁴ In: Huber, Dokumente, Bd. I, 269ff.

Vorparlaments. Die überwiegende Mehrheit stimmte dagegen, die Versammlung zum obersten Organ des revolutionären Volkes zu machen. Statt sich für permanent zu erklären, setzte das Vorparlament einen Fünziger-Ausschuß ein, der die Wahlen zur Nationalversammlung überwachen und bis zu deren Konstituierung als Notparlament dienen sollte. Bei der Wahl hierzu wurden Hecker und Struve mit dem ganzen äußersten Flügel der Linken übergangen. Hecker wurde nur als Ersatzmann in den Fünziger-Ausschuß gewählt.²¹⁶ Nachdem die entschiedene Linke mit dem Versuch gescheitert war, das Vorparlament für ihr sozialrevolutionäres Programm zu gewinnen und insbesondere Hecker mit seinem Antrag auf Permanenz des Vorparlaments keinen Erfolg gehabt hatte, beschloß jener schließlich, die Revolution vom deutschen Südwesten her zu beginnen: „Jetzt war es Zeit, an die Stelle nutzloser Reden die That zu setzen.“²¹⁷ Enttäuscht vom parlamentarischen Weg verließen Hecker und Struve das Vorparlament, mit der Losung: „Hier in Frankfurt ist nichts zu machen, es gilt, in Baden loszuschlagen!“²¹⁸

Neben der Niederlage im Vorparlament gab die Verhaftung Joseph Fickers, des radikalen Chefredakteurs der Konstanzer *Seebblätter*, den entscheidenden Anstoß für Heckers revolutionäres Unternehmen im Seekreis. Hecker sah sich durch die Reaktion in die Enge getrieben. Verstärkt wurde sein Eindruck durch die „Truppenzusammenziehung gegen einen nicht vorhandenen Feind“²¹⁹.

IV.1.3. Die Verhaftung des Konstanzer Redakteurs Fickler

Am 8. April 1848 entdeckte der Abgeordnete der Stadt Konstanz, Karl Mathy, Joseph Fickler auf dem Karlsruher Bahnhof und ließ ihn verhaften. In einer Sitzung der Zweiten Kammer vom 22. März hatte Mathy in einer „Erklärung, hinsichtlich seiner berühmten Apostelreise nach dem Seekreis“ verkündet, „daß Einzelne im Seekreis den Gedanken hegten, Baden könne, wie in Anderem, so auch mit dem Beispiele der Republik dem übrigen Deutschland vorangehen“.²²⁰ Fickler hatte darauf entgegnet, daß es wohl bekannt sei, daß er der

²¹⁵ Vgl. Botzenhart, Baden, 70.

²¹⁶ Vgl. Vollmer, Freiheit, 103.

²¹⁷ Hecker, Erhebung, 25.

²¹⁸ Zit. nach: Vollmer, Revolution, 49.

²¹⁹ Hecker, Erhebung, 257.

²²⁰ SB 74/ 26.3.1848, 317.

„Hauptwortführer für die republikanische Idee in den Volksversammlungen des Seekreises“ sei und er weiterhin behaupten würde, „daß, wenn Baden vorangieng sich zuerst als Theil der deutschen Republik zu erklären, der größte Theil des deutschen Volkes ihm folgen würde“.²²¹

Fickler mußte dem gemäßigte liberalen Mathy ein Dorn im Auge sein, da er „einer der entschiedensten republikanischen Wortführer“ und Agitator Badens war, und „für den Seekreis die zentrale Vertrauens- und Schlüsselfigur, bei der alle offenen und geheimen Verbindungsfäden der Demokraten im Bodenseegebiet zusammenliefen“.²²² Fickler propagierte in den *Seebältern* sowie auf Volksversammlungen die Vorzüge der republikanischen Staatsform und übte heftige Kritik an der Reaktion.

Nachdem er am 9. März 1848 wieder in Konstanz eingetroffen war, forderte er in Wort und Schrift die „deutsche Republik“, welche notfalls mit Waffengewalt erreicht werden sollte: „Unser gemeinsamer Ruf aber sei: Zu den Waffen, zu den Waffen“.²²³ Auf der großen Volksversammlung in Stockach vom 9. März, auf der auch fünf Mitglieder des Komitees das Wort ergriffen, forderte er offen die Republik.²²⁴ Am 2. April rief er in Achern auf einer Volksversammlung dazu auf, „die Republik in Deutschland und vorerst in Baden einzuführen“.²²⁵ Am selben Tag hatte er in den *Seebältern* das Volk zum direkten Kampf gegen die Fürstentherrschaft aufgefordert.²²⁶

IV.1.4. Warum wählte Hecker Konstanz als Ausgangspunkt?

Hecker hatte ursprünglich den Plan gehabt, mit einer Art Volksarmee in die Residenzstadt Karlsruhe zu marschieren und letztlich für ganz Deutschland die Republik zu proklamieren. Doch, warum begann er seinen republikanischen Aufstand gerade von Konstanz aus? Heckers Wahl fiel auf Konstanz, weil er hier nicht nur mit einer breiten Zustimmung für seinen republikanischen Volksaufstand rechnete, sondern vor allem die Beteiligung der Bevölkerung an seinem Umsturzversuch überschätzte. In seinen Erinnerungen betont Hecker,

²²¹ SB 74/ 26.3.1848, 317.

²²² Vollmer, Revolution, 49.

²²³ SB 61/ 11.3.1848, 266.

²²⁴ Vgl.: Mathy, Nachlaß, 132f.; SB 62/ 12. 3.1848, 268f.; TH 72/ 12.3.1848; 291f.; TH 76/ 16.3.1848, 307.

²²⁵ Vollmer, Freiheit, 101; Vgl. SB 81/ 3.4.1848, 350.

daß er die „Stimmung in Constanz, nach den öffentlichen Blättern“ zu urteilen, begeisterter erwartet habe.²²⁷ Sigel berichtete in seinen Memoiren, daß Hecker „‘mündliche und schriftliche Mittheilungen und Aufforderungen erhalten habe, nach dem Seekreise zu kommen und die Fahne der Republik aufzupflanzen’, und Struve gab an, daß 40-80.000 Mann im Seekreise dazu bereit wären, allein jedenfalls kam diese Aufforderung nicht von den Männern, welche den Seekreis damals in politischer Beziehung repräsentierten.“²²⁸ Sigel begründet diese Behauptung zum einen mit der überraschten Haltung der Konstanzer angesichts Heckers Ankunft in Konstanz und zum anderen mit der ablehnenden und beschwichtigenden Haltung der politischen Führung der Stadt.²²⁹ Die Konstanzer waren zwar empört über die Verhaftung ihres republikanischen Redakteurs und radikalen Agitators Ficklers, und auch der Gemeinderat hatte sich geschlossen hinter Fickler gestellt, wie die Eingabe der Konstanzer um Freilassung Ficklers vom 9. April 1848 eindrücklich belegt. Das bedeutete aber noch lange nicht, daß man den bewaffneten Kampf für die Republik befürwortete oder gar unterstützte.

Die lokale Führung gab Hecker zu verstehen, daß sie sein Unternehmen für aussichtslos hielten, da an den Grenzen des Landes bereits Bundestruppen stünden, die nur auf den Befehl zum intervenieren warteten. Die bürgerlichen Honoratioren ließen Hecker wissen, daß man Waffengewalt zur Abwehr äußerer Feinde befürworte, aber keinen gewaltsamen Aufstand im Land anzetteln wolle.

Für Hecker aber schien es nach seiner Niederlage im Vorparlament und Ficklers Verhaftung „keine andere Wahl mehr“ zu geben, „als entweder ins Exil zu gehen“, oder den republikanischen Umsturz von Baden aus zu unternehmen, da er hier die optimale Ausgangslage vermutete.²³⁰ Zum einen schien die Stimmung in der Bevölkerung nicht zuletzt durch die radikale Agitation des republikanischen Redakteurs der *Seebblätter*, Fickler, geschürt. Entscheidender für die gereizte Stimmung im Seekreis und schließlich ausschlaggebend für Heckers Entschluß, von Konstanz aus den republikanischen Aufstand zu wagen, war Ficklers Verhaftung durch Mathy am

²²⁶ SB 80/ 2.4.1848, 345.

²²⁷ Hecker, Erhebung, 30.

²²⁸ Bloss, Sigel, 23.

²²⁹ Gemeint ist das Komitee und Bürgermeister Huetlin.

8. April. Auch die Eingabe des Konstanzer Volksausschusses und Gemeinderats vom 9. April 1848 an das Mdl bestätigt, daß „diese Kunde in der hiesigen Stadt die bedrohlichste Stimmung hervorgerufen“ habe, da Hecker in der „heutigen Volksbewegung“ eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukomme.²³¹ Die Konstanzer sprechen in der Eingabe nicht nur ihre Solidarität mit Fickler aus. Sie betonen außerdem, daß „Tausende der Männer aus dem Volke , namentlich aus der Masse der Landsleute, allerwärts im Seekreise und auch in anderen Teilen des Landes, all dasjenige gegen sich selbst gerichtet betrachten, was in irgend einer Weise von der Staatsregierung gegen Josef Fickler gerichtet werden möchte“. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, warnen sie die Regierung schließlich davor, „daß die Gefangenhaltung dieser Männer allein in unserem Lande eine Volksbewegung hervorrufen kann“ und „bitten auf das dringlichste, die geschehene Verhaftung aufzuheben“. Die Eingabe, die den großen Einfluß Fickers im Seekreis verdeutlicht, wurde nicht berücksichtigt.

Wie sehr die Verhaftung Fickers die Bevölkerung empört und radikalisiert hatte, zeigt auch die Aktion der Sensenmänner, die am 10. April ein Bild von Mathy auf dem Marktplatz verbrannten²³², sowie die Reaktionen der Presse. Daß die Fickerschen *Seebblätter* mit endlosen Haßtiraden gegen Mathy gefüllt waren, war zu erwarten, doch auch die gemäßigt liberale *Konstanzer Zeitung* empörte sich über die „unglaubliche Verhaftung“, berichtete aber sachlich und zurückhaltend über den Hergang.²³³

IV.2. Legionen aus der Schweiz und Frankreich

Eine nicht unbedeutende Rolle, hinsichtlich der völlig überschätzten Beteiligung an Heckers Unternehmen spielt wohl auch die Aussicht auf die Legionen aus der Schweiz und Frankreich.

Am 26. März fand in Biel unter der Leitung Johann Philipp Beckers²³⁴ die Versammlung der deutschen Exilrepublikaner statt, auf der „die Errichtung einer

²³⁰ Bloss, Sigel, 28.

²³¹ Zit. nach: Lautenschlager, Volksstaat, 99-101.

²³² SB 88/ 12.4.1848, 382.

²³³ KNZ 54/ 12.4.1848, 319.

²³⁴ Der „Berufsrevolutionär“ Becker trat bereits auf dem Hambacher Fest 1832 durch eine radikale Rede hervor und war am Schweizer Sonderbundskrieg beteiligt. 1848 stellte er eine

deutschen Legion in der Schweiz zum Kampfe für Deutschlands Wiedergeburt beschlossen²³⁵ wurde. Zur gleichen Zeit organisierte der deutsche Dichter Georg Herwegh in Paris eine Legion deutscher Freiheitskämpfer. Herwegh, der dem „Komité der demokratischen Gesellschaft“ in Paris vorstand, hatte über Kuriere und Briefe Kontakt mit Becker in Biel und mit Gesinnungsfreunden in Baden aufgenommen, so auch mit Fickler.²³⁶

Die *Seebblätter* veröffentlichten am 1. April einen Brief von Georg Herwegh, der dem „Komité der demokratischen Gesellschaft“ in Frankreich vorstand.²³⁷ In diesem Schreiben bürgt Herwegh für die guten Absichten der Legion, die durch das falsche Gerücht vom Einfall französischer Arbeiterhorden, den „blinden Franzosenlärm“, in Mißkredit geraten waren, und bietet die Hilfe der deutschen Republikaner aus Paris an. In der Beilage derselben Ausgabe wurden Beckers Pläne zur Organisation der deutschen Legion in der Schweiz veröffentlicht.²³⁸ Einen Tag später, am 2. April, versuchte Fickler erneut in einem Artikel um Sympathie für die deutschen Exildemokraten zu werben.²³⁹

Daß sich in Frankreich sowie in der Schweiz Legionen zur Unterstützung der republikanischen Bewegung in Deutschland gebildet hatten, war durchaus keine geheime Sache, im Gegenteil. Nicht nur die Presse, auch das Innenministerium wurde von der Organisation der Exildemokraten ganz offiziell benachrichtigt: So berichtete etwa Innenminister Bekk in seinen Memoiren, daß im März 1848 „offizielle Nachrichten aus Paris an uns, so wie nach öffentlichen Blättern“ kamen, wonach sich „in Paris aus deutschen Arbeitern (...) deutsche Legionen bilden.“²⁴⁰ „Ende März kamen auch Nachrichten aus der Schweiz, wonach sich dort ebenfalls Legionen deutscher Arbeiter zum Einfall in Baden bildeten und bewaffneten.“²⁴¹

In vertrauensvollem und werbendem Ton benachrichtigte Becker am 28. März seinen ehemaligen Exilgenossen und Dutzfreund Mathy von den republikanischen Zielen der deutschen Legionen in der Schweiz und ließ ihm

Freischar auf, um den Heckeraufstand zu unterstützen. In der badischen Mairevolution 1849 organisierte er die „Deutsche Flüchtlingslegion“, auch „Schweizerlegion“ genannt und war Kommandant der badischen Volkswehr.

²³⁵ SB 79/ 1.4.1848, 341.

²³⁶ Vgl. TH 94/ 3.4.1848, 397.

²³⁷ SB 79-Beilage/ 1.4.1848, 340f.

²³⁸ SB 79-Beilage/ 1.4.1848, S. 343f.

²³⁹ SB 80/ 2.4.1848, 345.

²⁴⁰ Bekk, Bewegung, 125.

²⁴¹ Bekk, Bewegung, Bewegung 131.

auch gleich die Aktenstücke des Zentralausschusses zukommen, aus denen die straffe Organisation der deutschen Legionäre in der Schweiz hervorging sowie deren Zusammenarbeit mit den Exildemokraten in Frankreich.²⁴² Daß aus dem ehemaligen Gesinnungsgenossen Mathy²⁴³ ein konstitutionell gesinnter Liberaler geworden war (der die konstitutionelle Monarchie jedem republikanischem Umsturz vorzog), scheint dem Republikaner Becker entgangen zu sein, das heißt er ignorierte es vielmehr. Am 6. April versuchte er wiederholt den Abgeordneten Mathy vom Kampf für die Republik zu überzeugen: „Über das Ziel sind wir, lieber Freund, ganz einig, nur die Mittel und Wege betreffend habe ich eine andere Überzeugung.(...) Um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein, wird die deutsche Legion sich sofort rüsten und organisieren“.²⁴⁴

IV.2.1. Zur Konspiration Ficklers

Der später der Konspiration bezichtigte Agitator Fickler pflegte regen Kontakt zu den deutschen Demokraten in der Schweiz und in Frankreich. Während er die Exildemokraten damit ermutigte, „das Volk im Seekreise sei entschlossen und bewaffnet“ und „vom badischen Militär werde schwerlich ein Schuß auf das Volk fallen“²⁴⁵, versprach er auf Volksversammlungen, wie in Achern am 2. April, „es seien 5000 wohlbewaffnete Deutsche aus Frankreich, und ebenso viele aus der Schweiz im Anzuge“²⁴⁶.

Am 2. April veröffentlichte Fickler einen Artikel, der später seiner Anklage zugrunde gelegt wurde. Fickler versuchte in diesem Artikel zum einen von der Glaubwürdigkeit der Legionäre zu überzeugen und rief außerdem zum offenen Kampf gegen die „Tirannei“ auf:

„Überall regen sich unsere deutschen Mitbrüder in Frankreich wie in der Schweiz, und sind bereit, für die heilige Sache der Freiheit Gut, Blut und Leben auf den Altar des Vaterlandes zum Opfer zu bringen“.

²⁴² Vgl. Mathy, Nachlaß, 151-158; 172-174.

²⁴³ Karl Mathy war, wie Becker, Teilnehmer am Hambacher Fest 1832 und verbrachte ebenfalls viele Jahre im Schweizer Exil. In den vierziger Jahren kehrte Mathy wieder nach Baden zurück und wurde 1842 von den Konstanzern in die badische Zweite Kammer gewählt.

²⁴⁴ Vgl. Mathy, Nachlaß, 172-174.

²⁴⁵ Bekk, Bewegung, 129

²⁴⁶ Bekk, Bewegung, 130.

Fickler verwies dabei auf eine Adresse der „deutschen Brüder in Lausanne“ an die Frankfurter Versammlung, „in der sie erklären, daß sie für die einzige und alleinige Regierungsform, die Republik anerkennen“. Von aggressivem Pathos war schließlich Ficklers Appell, der die Kampfbereitschaft der Massen mobilisieren sollte:

„Schüttelt ab das Joch der Knechtschaft, der Tirannei (...) zersprengt die Fesseln und Ketten, welche eure Würger, mit hartem Eisen geschmiedet, euch angelegt, stürzt herab von den entweihten, von mörderischen Händen bejubelten Thronen die Verräther des Volkes, die euch alle zustehenden Rechte geraubt ...“.²⁴⁷

Mathy berief sich in seiner „Erklärung“ für Ficklers Verhaftung auf „urkundliche Beweise (...), welche dartun, daß Herr Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Diese Handlung ist Landesverrat ...“.²⁴⁸ In einem Brief an Mittermaier vom 10. April schildert Mathy als Motiv, daß es ihm bei der Verhaftung auch darum gegangen sei, „die öffentlichen Autoritäten wieder zur Geltung zu bringen“.²⁴⁹ Ein Schuß, der, wie sich bald herausstellen sollte, nach hinten losgegangen war, denn jetzt war das Maß für die Radikalen voll.

Daß die Verhaftung Ficklers nicht unbedenklich sein würde, war offiziell bekannt, da man im Innenministerium „nach einem Berichte des Amtvorstandes in Konstanz vom 24. März“²⁵⁰ vor einer Verhaftung gewarnt worden war. Nach den Berichten des Amtvorstands „sowie nach einer dem Amtvorstands abgegebenen Erklärung des dortigen Bürgermeisters“ war man davon unterrichtet worden, „daß ein solcher Schritt das Signal zum Aufstand gewesen wäre, zu dessen Unterdrückung damals noch keine Macht vorhanden war“²⁵¹. In ihrer Eingabe an das Innenministerium nach Ficklers Verhaftung sprachen die Konstanzer wiederholt solche Warnungen aus.²⁵²

²⁴⁷ SB 80/ 2.4.1848, 345.

²⁴⁸ Mathy, Nachlaß, 183.

²⁴⁹ Mathy, Nachlaß, 184.

²⁵⁰ Bekk, Bewegung, 133.

²⁵¹ Bekk, Bewegung, 133.

²⁵² Demnach blieb die Eingabe der Konstanzer vom 9. April 1848 schon deshalb unberücksichtigt, weil man sich nun militärisch besser gegen einen möglichen republikanischen Aufstand gewappnet fühlte. Es ist auch kaum anzunehmen, daß man davon ausging, man könne der radikalen Bewegung dadurch Einhalt gebieten, indem man einen ihrer entschiedensten Wortführer und populären Agitatoren aus dem Verkehr zog.

IV.3. Der Hecker-Putsch

IV.3.1. Heckers Agitation in Konstanz

Am 11. April traf Hecker in Konstanz ein²⁵³, und noch in derselben Nacht erließ er im Gasthaus „Zum Badischen Hof“ einen Aufruf an das Volk, in dem er die Republik proklamierte. Am 12. April schickte er „Ausschreiben“ an die umliegenden Gemeinden, die „Aufforderungen zum bewaffneten Zuzug“²⁵⁴ enthielten.

Vormittags fand eine Besprechung mit dem Bürgerkomitee statt, mittags eine Volksversammlung mit Hecker. Nicht nur der befreundete Regierungsdirektor Peter riet ihm von seinem Unternehmen ab, auch die Mehrzahl der Konstanzer Mitglieder des Komitees und Bürgermeister Huetlin versuchten ihn zu beschwichtigen und von seinem Vorhaben abzubringen. Advokat Würth lud Hecker zu sich in sein Haus ein, wo jener eine „politisch-moralische Abmahnungskonferenz“²⁵⁵ über sich ergehen lassen mußte. „Kuenzer, Würth, Katzenmayer, Zogelmann, Arzt Vanotti, Huetlin, wetteiferten darin“ ihn von seinem Unternehmen abbringen zu wollen, „selbst Sigel schien schwankend zu werden“²⁵⁶. Nach der Volksversammlung im Stadthaus, die Hecker für denselben Tag hatte ausschreiben lassen, hatte er wieder Zuversicht geschöpft, da die Versammlung „in der eminenten Mehrheit“ ihre „Sympathien für die Republik“ kund getan hatte.²⁵⁷ Hecker entwickelte in dieser „außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung (...) in glänzender Rede seine republikanischen Grundsätze“²⁵⁸. Dennoch stand die Mehrzahl der Anwesenden auf Seite des beschwichtigenden Huetlins samt der Mitglieder des Komitees.

Die *Seebblätter* waren über die unentschiedene Haltung der Bürgerschaft in der Versammlung enttäuscht und empörten sich insbesondere über Huetlins „Erklärung (à la Mathy)“, daß auch er ein „armer Proletarier, resp. Republikaner sei“. Diesem „Hohn“ entgegneten sie schlagkräftig, wenn es „lauter solche

²⁵³ Laut Bericht des Konstanzer Bezirksamtmanns Fieser vom 8. Mai 1848 an das Justizministerium kam Struve am 11. April, Hecker erst am 12. April nach Konstanz. In: Reith, Aprilaufstand, 17.

²⁵⁴ Zit. nach: Dreßen, Bürgerkrieg, 40.

²⁵⁵ Hecker, Erhebung, 30f.

²⁵⁶ Hecker, Erhebung, 30f.; Bloss, Sigel, 24; KNZ 55/ 13.4.1848, 328.

²⁵⁷ Hecker, Erhebung, 31.

²⁵⁸ KNZ 55/ 13.4.1848, 328.

Proletarier“ gebe, „die Sozialisten ruhig schlafen könnten“.²⁵⁹ Zwei Tage später beklagen die *Seebblätter*, wie schändlich Hecker auf der Versammlung vom „Herren- und Beamtingesindel sammt Anhang“ behandelt worden sei.²⁶⁰

Am 13. April gab Sigel morgens um fünf Uhr den Befehl, Generalmarsch zu schlagen, obwohl Huetlin ihm in einem Schreiben erklärt hatte, „daß der politische Auschuß der Stadt Konstanz und die Gemeindebehörde beschlossen hätten, die Wehrmannschaften (Aufgebote) sollten in der Stadt zurückbleiben“.²⁶¹ Sigel wollte den Befehl zum Generalmarsch aber nicht mehr zurücknehmen und wies in seinem Antwortschreiben an Huetlin darauf hin, daß Hecker „nur Freiwillige aufgerufen“²⁶² habe und es den Mannschaften freistünde, ihm zu folgen. Da Sigel als Führer der Bürgerwehr den Beschluß hätte befolgen und ausführen müssen, zog er die Konsequenz und legte seine „Stelle als Kommandant und Instruktor der Volkswehren des Seekreises nieder“.

Von den 150 erschienenen Männern des Ersten und Zweiten Aufgebotes erklärten sich dann aber doch „nur 55 Mann, meistens zu den Schützen gehörend (...) und und 3 Freiwillige bereit, den Zug mitzumachen“²⁶³. Die Schützen, die das „Elitecorps“ des Freischarenzuges bildeten, wurden von den Konstanzer Hauptmännern Ludwig Stephani und Eduard Vanotti angeführt; Nepomuk Katzenmayer führte „das erste Banner der Musketiere“²⁶⁴.

Da „die Sache“ aufgrund der geringen Beteiligung „sehr zweifelhaft“ aussah, kehrte Sigel am 14. April „auf dringende Vorstellungen Heckers hin nach Konstanz“ zurück, „um die dortige Volkswehr zu unserer Unterstützung zu veranlassen“²⁶⁵. Dort war es morgens zu einer ernsthaften Konfrontation gekommen, als sich Heckeranhänger vor der Stadtkanzlei versammelten, und Geld, Munition und Wagen vom Bürgermeister verlangten. Nachdem Huetlin den Aufständischen Munition versprochen hatte, fünf Gemeinderäte ihre Wagen zur Verfügung gestellt hatten und schließlich „eine große Zahl

²⁵⁹ SB 90/ 14.4.1848, 389.

²⁶⁰ SB 91/ 15.4.1848, 393.

²⁶¹ Bloss, Sigel, 26.

²⁶² Bloss, Sigel, 26.

²⁶³ Bloss, Sigel, 26

²⁶⁴ Bloss, Sigel, 39. Die eben genannten Hauptmänner gehörten zu jenen Konstanzer Persönlichkeiten, die noch am Vortag Hecker von seinem Unternehmen abringen wollten. Vgl. KNZ 55/ 13.4.1848, 328.

²⁶⁵ Bloss, Sigel, 27.

bewaffneter Einwohner vor dem Stadthause“ erschienen war, „zogen auch die Freiwilligen und die mit Sensen bewaffneten Arbeiter davon“²⁶⁶.

Mittags wurde auf der Volksversammlung ein Schreiben Heckers „von Stockach datiert“ verlesen, in der er sich als „Obmann der provisorischen Regierung“ bezeichnete, „sämtliche Regierungsbehörden in Konstanz“ für abgesetzt erklärte und Regierungsdirektor Peter zum „Statthalter“ von ernannte.²⁶⁷

Zur gleichen Zeit drangen Gerüchte von aufgebracht Bauern aus der Gegend von Stockach, Engen, Pfullendorf, die sich für den Heckerzug entschieden hatten, nach Konstanz.²⁶⁸ Am 17. April sahen die *Seebblätter* die „offene Revolution“ ausgebrochen: „Von 16 bis 17 Dorfgemeinden waren die Vorsteher“ nach Konstanz gekommen und drohten den Konstanzern, daß „etliche tausend bewaffnete Bauern“ die Stadt notfalls mit Gewalt dazu zwingen würden, Peter als Statthalter einzusetzen.²⁶⁹ Peter trat schließlich am 17. April aufgrund des Drucks der revolutionären Bauernscharen aus den Landgemeinden von der Seekreisregierung zurück und nahm „physisch und moralisch gezwungen“²⁷⁰ die Statthalterstelle an.²⁷¹

Die Hecker-Kolonnen, deren Zug über Radolfzell, Stockach und Engen bis Kandern ging, war letztlich „nahezu 800 Mann stark“, doch ihr standen am 20. April in Kandern 2000 hessische und bayrische Soldaten gegenüber.²⁷²

Die „Schar von Herwegh“²⁷³, ungefähr 650 gutbewaffnete Emigranten, die Georg Herwegh aus Frankreich herangeführt hatte, um den Heckerzug zu unterstützen, kam erst am 23. April über den Rhein, zu spät, um Hecker zu unterstützen, und wurde am 27. April bei Dossenbach, nahe der Schweizer Grenze auseinandergetrieben.²⁷⁴ Auch die deutsche Freischarenlegion, die Becker bei Basel gesammelt hatte, konnte die Niederlage der Revolutionäre nicht mehr verhindern.

²⁶⁶ KNZ 57/ 15.4.1848, 337.

²⁶⁷ SB 92/ 16.4.1848, 395.; SB 93/ 18.4.1848, 400.

²⁶⁸ Wie bereits erwähnt, war der revolutionäre Eifer der Bauern noch nicht -wie so oft behauptet- mit der Aufhebung der Feudalrechte am 10. April 1848 erloschen.

²⁶⁹ SB 93/ 18.4.1848, 402.; Vgl. KNZ 57/ 15.4.1848, 337.

²⁷⁰ STAK Ai 35 und STAK S II 8322: „Denkschrift der Stadtgemeinde Konstanz“ (vom 10. Juli 1848 zu Gunsten Peters), 19.

²⁷¹ Vgl. KNZ 59/ 18.4.1848, 345.

²⁷² Blos, Sigel, 27.

²⁷³ Blos, Sigel, 31.

²⁷⁴ Hug, Geschichte, 252.

IV.3.2. Zur Beteiligung der Konstanzer am Heckerzug

Am ersten Tag brach Hecker mit ungefähr 50 Mann in Konstanz auf. Nach anfänglichem Zögern folgten Hecker in den nächsten Tagen in mehreren Nachzügen doch noch mehrere Gruppen, zum Teil auch die Konstanzer Bürgerwehr, die mit ihren bürgerlichen Führern Zogelmann, Katzenmayer, Vanotti, Stephani und anderen am 13. April zurückgeblieben war. Insgesamt wurden in Konstanz nachträglich 120 Teilnehmer am Heckerzug namhaft gemacht.²⁷⁵ Eine Minderheit der Konstanzer Teilnehmer kam aus gutbürgerlichen, eher vermögenden Kreisen, wie die Mitglieder des Komitees: Arzt Eduard Vanotti, die Advokaten Ignatz Vanotti und Stephani, Literat Kaiser, die Kaufmänner Katzenmayer und Zogelmann. Bei diesen Beteiligten aus dem „bürgerlichen Lager“ handelt es sich um politisch aktive Bürger, die zum Teil im „Bürgermuseum“ und auch in Gemeindegremien, wie etwa dem revolutionären Bürgerausschuß, vertreten waren.

Das Motiv dürfte bei den beteiligten Ausschußmitgliedern ähnlich wie bei Sigel, ein politisches gewesen sein: „Ich selbst schloß mich aus prinzipiellen Gründen der Sache an, denn ich war republikanisch gesinnt, wollte Hecker nicht im Stiche lassen ...“²⁷⁶. Die Mehrheit der beteiligten Konstanzer waren verarmte oder zumindest verschuldete Handwerker. Der Anteil der Handwerkerschaft betrug ungefähr 60 Prozent an der Gesamtbeteiligung.²⁷⁷ Die Handwerker waren von der Teuerungskrise (infolge der Agrar- und Wirtschaftskrise) am meisten betroffen und wurden wahrscheinlich hauptsächlich aus ihrer materiellen Not heraus zur Beteiligung motiviert wie Reinhold Reith nachwies.²⁷⁸ Es fanden sich aber nicht nur verarmte Handwerker unter den beteiligten Konstanzern, auch der verschuldete Fabrikant Zuber gehörte zu den Freischärlern.²⁷⁹

Da keine vollständige Mitglieder-Liste des Arbeitervereins vorliegt, kann nicht gesagt werden, wie groß dessen republikanisches Engagement war. Nach den Ergebnissen von Reith zu urteilen, muß die Beteiligung der Mitglieder des Arbeitervereins erwartungsgemäß recht hoch gewesen sein.²⁸⁰ Auch Mitglieder

²⁷⁵ Vollmer, Freiheit, 117. Vgl. Reith, Aprilaufstand.

²⁷⁶ Bloss, Sigel, 25.

²⁷⁷ Vgl. Reith, Aprilaufstand, 24.

²⁷⁸ Vgl. Reith, Aprilaufstand; ders., „Hochverrath“, 44; Vollmer, Freiheit, 117.

²⁷⁹ Vgl. Reith, Aprilaufstand, 118.

²⁸⁰ Wie Reith nachwies, gehörten etwa die beteiligten Gesellen aus den Schreinerhandwerk allesamt dem Arbeiterverein an. In: Reith, Aprilaufstand, 73.

des engeren Ausschusses des Arbeitervereins, wie der Student Lender, der Schustergeselle Sauter und der Porzellanmaler Fischer, waren dabei.

Die insgesamt geringe Beteiligung der Konstanzer am Heckerzug kann zwar einerseits auf den Ausfall des Agitators Ficklers zurückgeführt werden, andererseits hätte aber gerade die Enttäuschung über die Verhaftung des populären Republikaners eine größere Beteiligung hervorrufen können. Plausibler scheint hier, die Zurückhaltung der Konstanzer Bürger auf die Autorität des liberalen Bürgermeisters Huetlin und anderer städtischer Honoratioren, wie Advokat Würth und Dekan Kuenzer, zurückzuführen, die vom Heckerzug abrieten. Entscheidend waren letztendlich wohl auch die von konservativer Seite geschürten Ängste vor einer Republik, die mit 'Pöbelherrschaft', Gesetzlosigkeit und Bürgerkrieg gleichgestellt wurde.

IV.3.3. Folgen des Aprilaufstands

Am 23. April erklärte der Großherzog den „Kriegszustand“ für den Seekreis und den Oberrheinkreis.²⁸¹ Einen Tag später, am 24. April, rückten die ersten Besatzungstruppen, „1100 Mann bayrische Truppen“²⁸² in Konstanz ein. Damit begann für die Konstanzer die Besatzungszeit, die sich bis zum 3. März 1849 hinziehen sollte.²⁸³

Viele der Konstanzer Revolutionäre flohen ins Ausland, insbesondere ins benachbarte Schweizer Exil, um der Verhaftung zu entgehen. Einige kehrten 1849 wieder nach Konstanz zurück, um die Mairevolution zu unterstützen.

Regierungsdirektor Ignatz Peter²⁸⁴, der „physisch und moralisch gezwungen“²⁸⁵ unter dem Druck der revolutionären Bauernschaften die Statthalterschaft angenommen hatte, wurde am 19. April 1848 vom Amt suspendiert und am 30. April vor Gericht gestellt. Der Untersuchungshaft entging er nur, weil er inzwischen in Überlingen als Abgeordneter in die Frankfurter

²⁸¹ Ghgl. Bad. Reg.bl. XXVII./ 24.4.1848, 125ff.

²⁸² KNZ 64/ 21.4.1848, 372.

²⁸³ Vgl. SB 52/ 3.3.1849, 231f.

²⁸⁴ Ghgl. Bad. Reg.bl. L/ 23.7.1848, 273f.

²⁸⁵ STAK Ai 35 und STAK S II 8322: „Denkschrift der Stadtgemeinde Konstanz“ (vom 10. Juli 1848), 19.

Nationalversammlung gewählt worden war.²⁸⁶ Überlingen war der Wahlort für den Amtsbezirk Konstanz.²⁸⁷

Eine weitere Folge des Hecker-Putsches war das Verbot der „Volksausschüsse (Comité's)“ und Vereine am 4. Mai 1848.²⁸⁸ Da sich die Demokraten trotz Vereinsverbots erneut zu organisieren begannen und Kongresse abhielten, wurden die demokratischen Vereine durch eine Großherzogliche Verordnung am 22. Juli 1848 verboten, weil als deren staatsfeindlicher „Zweck“ die „Erringung einer ‘democratischen Republik’“ galt.²⁸⁹

²⁸⁶ Vgl. Arbeitsgruppe, *Revolution*, 45f. In der Nationalversammlung gehörte Peter der äußersten Linken an und war 1849 Mitglied der revolutionären Regierung.

²⁸⁷ Übersicht der Wahlbezirke, in: Ghgl. Bad. Reg.bl. XXVIII./ 27.4.1848, 130ff.

²⁸⁸ Ghgl. Bad. Reg.bl. XXXI/ 5.5.143f.

²⁸⁹ Ghgl. Bad. Reg.bl. L/ 23.7.1848, 273f.

V. DIE REVOLUTION 1849

V.1.Vorgeschichte

Nach der ruhigen Revolutionsphase des Sommers 1848 spitzte sich die politische Entwicklung im Herbst erneut zu. Die Annahme des von Preußen eigenmächtig geschlossenen Waffenstillstands von Malmö im August 1848 offenbarte den Autoritäts- und Machtverfall des Paulskirchenparlaments, in dem die konstitutionellen Liberalen die Mehrheit bildeten.²⁹⁰ Obwohl sich die Mehrheit der Nationalversammlung zunächst gegen die Annahme des Waffenstillstands ausgesprochen hatte, wurde er in einer zweiten Abstimmung dann doch angenommen. Da der Vertrag von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt wurde, geriet die Nationalversammlung in eine Vertrauenskrise. Es kam zu Unruhen, insbesondere in Frankfurt, und aufständischen Aktionen wie dem Struve-Putsch. Gustav Struve kehrte aus seinem Schweizer Exil zurück und proklamierte am 21. September in Lörrach „eine deutsche Republik“. Am 24. September wurde er samt seiner Freischaren in Staufen geschlagen und verhaftet.

Die Nationalversammlung beschleunigte nun ihre Anstrengungen, die Reichsverfassung zu vollenden. Als im Dezember 1848 die Verkündung der Grundrechte durch die Paulskirche die Vereinsfreiheit garantierte, konnte das demokratische Vereinsleben neu organisiert werden.²⁹¹

Am 6. Januar 1849 wurde der Mannheimer Kreisausschuß der Demokratischen Vereine in einen „provisorischen Landesausschuß“ der badischen Volksvereine umgewandelt. Die Initialzündung für die landesweite und zentral koordinierte Gründung der Volksvereine ging vor allem von Amand Goegg und Lorenz Brentano aus. Der Landesausschuß appellierte in öffentlichen Aufrufen zur Gründung von Volksvereinen²⁹² und verschickte „Cirkularschreiben“ an bekannte Demokraten, in denen zur Gründungsinitiative aufgerufen wurde.²⁹³

Die Agitation war so erfolgreich, daß die demokratische Volksvereinsorganisation im Frühjahr schon „über 400 Volksvereine mit

²⁹⁰ Von den 20 badischen Abgeordneten in der Paulskirche waren 14 den Republikanern zuzurechnen, darunter auch der Konstanzer Dekan Kuenzer und Regierungsdirektor Peter. Insgesamt blieben die Demokraten in der Paulskirche in der Minderheit. Vgl. Botzenhart, Baden, 73; Hug, Geschichte, 252.

²⁹¹ Ghgl. Bad. Reg.bl. II/ 18.1.1849, 13-23, hier: 18.

²⁹² SB 36-Beilage/ 13.2.1849, 165.

ungefähr 35.000 Mitgliedern“ zählen konnte.²⁹⁴ Nach neueren Forschungsergebnissen von Kurt Hochstuhl und Regine Schneider lag die Mitgliederzahl der Volksvereine im April 1849 bei mindestens 23.000 Mitgliedern.²⁹⁵ Paul Nolte schätzt die Mitgliederzahl für Mai 1849 auf 35.000 bis 50.000.²⁹⁶

Die regierungstreuen, konstitutionell-liberalen Vereine, die als Gegengewicht zu den Volksvereinen gegründet wurden, konnten im April 1849 nur etwa 32 Vereine mit ca. 4.000 Mitgliedern zählen, im Mai 1849 knapp 50 Vereine mit etwa 7.000 Mitgliedern.²⁹⁷ Auch wenn die Zahlenangaben schwanken: Die Mitgliederzahlen der Volksvereine verweisen auf einen hohen Partizipationsgrad in der Bevölkerung und verdeutlichen damit die breite Basis der demokratischen Bewegung.

V.1.1. Die Petitionskampagne für eine badische Verfassungsreform

Während die Liberalen erst die Reichsverfassung abwarten wollten, entfachten die Demokraten eine Petitionskampagne für eine badische Verfassungsreform, da sie die Legitimation der badischen Kammern anzweifelten.²⁹⁸ Die Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung mit den Verfassungsstrukturen des Großherzogtums führte zu einer enormen politischen Mobilisierung der Bevölkerung, die hauptsächlich von den demokratisch gesinnten Volksvereinen und der republikanischen Presse getragen wurde. Es kam zur Neugründung von Vereinen und organisierten Massenpetitionen. In den Petitionen wurde gleichzeitig die Auflösung beider Kammern und die Wahl der „Konstituierenden Versammlung“ gefordert. Paul Nolte hat nachgewiesen, daß bis zum 10. Februar „bereits 461 Petitionen mit über 38.000 Unterschriften für Kammerauflösung und Konstituierende Versammlung eingegangen“ waren. „Damit hatte sich etwa jeder achte

²⁹³ Die „Cirkularschreiben“ sind abgedruckt in: Bekk, Bewegung, 234-236.

²⁹⁴ Goegg, Aufschlüsse, 92.

²⁹⁵ Hochstuhl/ Schneider, Vereine; (Vorabdruck), erscheint in der ZGO 1998.

²⁹⁶ Nolte, Radikalisierung, 46.

²⁹⁷ Schneider, Vereine, 66; Hochstuhl/ Schneider, Vereine; (Vorabdruck), erscheint in der ZGO 1998.

²⁹⁸ Die „Revision der Verfassung“ wurde bereits in den Beschlüssen der Offenburger Versammlung vom 19. März 1848 gefordert. Vgl. SB 70/ 22.3.1848, 300.

männliche Erwachsene an der Petitionskampagne beteiligt“.²⁹⁹ Die lokale Organisation der Petitionen ging von den Gemeinderäten oder Vereinen aus.

²⁹⁹ Nolte, Radikalisierung, 44.

V.1.2. Die revolutionäre Agitation des Konstanzer Volksvereins

In Konstanz wurde schon am 10. Juli 1848 in einer Versammlung des großen Bürgerausschusses ein Antrag von Advokat Würth auf Auflösung der Kammer erhoben, da sie „unter der (...) Polizeiherrschaft“ berufen worden und deshalb „nicht der Ausdruck des Volkswillens“ sei.³⁰⁰ Der Antrag wurde „gegen 3 Stimmen zum Beschlusse erhoben“.

Im Januar 1849 wurde die Forderung nach Auflösung der Kammern vom Vaterländischen Verein wieder aufgenommen und zudem die „Berufung einer verfassungsmäßigen Landesversammlung mit freien Wahlen“ gefordert.³⁰¹ Die an die Zweite Kammer gerichtete Petition lag im Republikaner-Treff, dem Wirtshaus „Zur Sonne“, zur „Einsicht und Unterzeichnung“ aus.

Der Verein hatte sich erst im Dezember 1848 als „Hülfsverein“ konstituiert und dann, nachdem die Grundrechte die Vereinsfreiheit garantiert hatten, in einen „deutschen vaterländischen Verein“ umgewandelt.³⁰² Im Februar wechselte der demokratische Verein erneut seinen Namen und nannte sich nun „Volksverein“.³⁰³ Die Umbenennung des Konstanzer Vereins von „Vaterländischer Verein“ zu „Volksverein“ war nicht untypisch. „Die Bezeichnung ‘Vaterländischer Verein’, zuerst vor allem von den Radikalen in Anspruch genommen, ging seit dem Sommer 1848 immer mehr auf die konstitutionell-konservativen Vereine über.“³⁰⁴

Daß es Doppelmitgliedschaften in den verschiedenen demokratischen Vereinen gegeben hat, wird deutlich durch die Tatsache, daß der Konstanzer Volksverein „theils aus Rücksichten auf die Arbeiter- und anderer Vereine“ seine Versammlungen verschob.³⁰⁵

Am 11. Februar erklärte der Konstanzer Volksverein, daß er den Beschluß der Zweiten Kammer zur „Oberhauptsfrage“ (...) sowohl formal als materiell für ungültig ansehe“.³⁰⁶ Der Volksverein berief sich in seiner Erklärung explizit auf die Erklärung des Mannheimer Volksvereins vom 1. Februar 1848, die den Beschluß der Zweiten Kammer für ein erbliches Oberhaupt als „Verhöhnung

³⁰⁰ SB 168/ 15.7.1848, 706.

³⁰¹ SB 7/ 8.1.1849, 28.

³⁰² SB 15/ 17.1.1849, 63f.

³⁰³ SB 27-Beilage/ 2.2.1849, 118.

³⁰⁴ Nolte, Gemeindebürgertum, 363.

³⁰⁵ SB 33-Beilage/ 9.2.1849, 146.

³⁰⁶ SB 35/ 12.2.1849, 160.

des Volkswillens“ und „Privatmeinung der 28 Deputierten“ wertete, und deshalb für „ungültig“ erklärte.³⁰⁷

Des weiteren protestierte der Volksverein in einer Eingabe (vom 13. Februar) an die Nationalversammlung in Frankfurt gegen Anschuldigungen, „wonach im Seekreise ein neuer Putsch bevorstehe“³⁰⁸. Der Protest richtete sich gegen Diffamierungen von Seiten der konstitutionell-liberal gesinnten Vaterländischen Vereine, die den Volksvereinen Gesetzeslosigkeit vorwarfen. Außerdem bat der Verein in der Eingabe darum, „das badische Oberland von seiner schweren Bürde der Einquartierung der Reichstruppen zu erlösen“³⁰⁹.

Die Forderungen und Eingaben der Volksvereine wurden im Laufe des Frühjahrs immer radikaler und offenbarten zunehmend die republikanische Gesinnung der demokratischen Vereine. In einer Eingabe an die Zweite Kammer vom 1. März forderte der Konstanzer Verein nicht nur die Auflösung derselben, sondern zudem den Austritt der Linken aus der Kammer.³¹⁰ Der Landesausschuß verlangte am 6. März, dasselbe von „sämtlichen Abgeordneten der Volkspartei“.³¹¹ Mitte März schließlich erklärte der Konstanzer Volksverein die Zweite Kammer für (beschluß-) „unfähig“³¹².

Neben der badischen Verfassung bildete die „Reichsoberhauptsfrage“ den Kernpunkt der Kritik der republikanisch gesinnten Volksvereine: „Wir wollen keinen Kaiser, wir wollen keinen Reichsrath, wir wollen keinen Bundestag, wir wollen ein einiges Deutschland, frei wie seine Lüfte ...“³¹³.

In der Zwischenzeit hatte sich in Konstanz ein zweiter Volksverein gebildet, der „Volksverein Freiheit“³¹⁴. Am 4. April vereinigten sich die beiden Konstanzer Volksvereine unter dem Vorsitz des Konstanzer Kaufmanns (und Aprilaufständlers) Nepomuk Katzenmayer zu einem Gesamtverein. Im Vorstand des Volksvereins saßen außerdem die Freischärler Arzt Vanotti und Malermeister Eschbacher.³¹⁵ Katzenmayer war am 22. März auf einer Kreisversammlung der badischen Volksvereine in Stockach zum ersten Vorsitzenden des Kreisausschusses der Volksvereine gewählt worden, stand

³⁰⁷ SB 34/ 10.2.1849, 154.

³⁰⁸ SB 45-Beilage/ 23.2.1849, 166.

³⁰⁹ SB 45-Beilage/ 23.2.1849, 166.

³¹⁰ SB 54-Beilage/ 6.3.49, 244.

³¹¹ SB 59/ 12.3.1849, 261.

³¹² SB 72-Beilage/ 27.3.1849, 332.

³¹³ SB 60/ 13.3.1849, 267f.

³¹⁴ SB 51/ 2.3.1849, 228.

also bereits den Ortsvereinen des Kreises Konstanz vor.³¹⁶ Die Wahl des Kreisausschusses war kurz darauf für ungültig erklärt worden, weil sie nicht vom Landesausschuß geleitet worden war.³¹⁷ Auf dem Kreiskongreß der badischen Volksvereine vom 12. April wurde der Vorstand aber bestätigt.

Die Agitation der Volksvereine, insbesondere die Gründungsaufrufe des Landesausschusses, waren erfolgreich gewesen. Auf dem Kreiskongreß waren „72 Vereine zu 3600 Mitgliedern vertreten“³¹⁸ Allein schon der Bezirk Engen konnte 16 Ortsvereine mit 688 Mitgliedern vorweisen.³¹⁹ Die Mitgliederzahlen verdeutlichen, daß die demokratische Volksvereinbewegung auf große Resonanz in der Bevölkerung stieß und sich mit ihren revolutionären Forderungen auf eine breite Basis stützen konnte.

V.2. Der Vaterländische Verein in Konstanz

Weniger Resonanz als die demokratisch-republikanischen Volksvereine erfuhren, wie bereits erwähnt, die regierungstreuen, (neuen) Vaterländischen Vereine, die Organisation der konstitutionell-liberal Gesinnten.³²⁰ Die Regierung versuchte über die lokalen Beamten, die Bürger zur Gründung vaterländischer Vereine als politisches Gegengewicht zu den Volksvereinen in den Gemeinden zu ermuntern.³²¹

In Konstanz wurde erstmals im März 1849 zur Gründung eines „Vaterländischen Vereins“ aufgerufen.³²² Im Gründungsaufwurf wurde betont, daß (nur) diejenigen zum Beitritt eingeladen werden, die mit den „Satzungen des vaterländischen Landesvereins in Baden“³²³ einverstanden sind. Zweck des Vereins sei, „alle Kräfte des Bürgertums zu sammeln, zu vereinen, um die gesetzliche Freiheit zu befestigen“. Bezeichnend für die Konstitutionellen war das explizite Insistieren auf den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Weg, womit gleichzeitig die Absichten der gegnerischen Volksvereine diffamiert

³¹⁵ SB 79/ 4.4.1849, 362.

³¹⁶ SB 73/ 28.3.1849, 336.

³¹⁷ SB 74/ 28.3.1849, 340.

³¹⁸ SB 90/ 17.4.1849, 411f.

³¹⁹ SB 87/ 13.4.1849, 396.

³²⁰ Die konstitutionellen Liberalen bevorzugten (im Gegensatz zu den republikanisch gesinnten demokratischen Volksvereinen) die konstitutionelle Monarchie, deren Verfassung zwar bürgerliche Rechte enthalten sollte, dem Monarchen aber den Hauptanteil der Macht sicherte.

³²¹ Nolte, Gemeindebürgertum, 367.

³²² KNZ 69/ 21.3.1849,328.

wurden. Alle „Gleichgesinnten“, das bedeutete alle konstitutionell-liberal Gesinnten, „ohne Unterschied des Standes oder Berufes“ sollten zusammenhalten, um dem „gefährlichsten Gegner“ entgegenzutreten. Daß es sich bei diesem Gegner um die Republikaner und die demokratische Volksvereinsorganisation handelte, ergibt sich aus den „Statuten des vaterländischen Landesvereins in Konstanz“, die den Satzungen des vaterländischen Landesvereins entsprechen. Zu den obersten Grundsätzen der Vaterländischen Vereine, die sie zugleich von den Volksvereinen unterschieden, gehörte die „unbedingte Unterwerfung unter die Centralgewalt und die Reichsversammlung“³²⁴.

In der Generalversammlung des Konstanzer Vereins vom 11.4.1849 wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, in dem unter anderem die Gründungsmitglieder und Gemeinderäte von Hofer, Crämer und Stadler vertreten waren, und eine „Petition um Belassung des großh. Hofgerichts für den Seekreis“ beschlossen.³²⁵ In der Reichsverfassungskampagne engagierte sich der vaterländische Verein ebenfalls mit Adressen an die Nationalversammlung, in denen das Festhalten an der Reichsverfassung gefordert wurde.³²⁶

Die *Seebblätter* polemisierten heftig gegen die vaterländischen Vereine, die sie als „Sache der volksfeindlichen Beamten“ bezeichnete und in deren Mitgliedern sie überwiegend Beamte und insgesamt „unterthänige Kreaturen“ sah.³²⁷ Über die soziale Zusammensetzung der Konstanzer Vereine geht leider wenig aus den Quellen hervor. Doch kann aufgrund der (unvollständig) überlieferten Mitglieder davon ausgegangen werden, daß auch in Konstanz im vaterländischen Verein Beamte und gutsituierte Bürger eine wichtige Rolle spielten, während im Volksverein das Mittel- und Kleinbürgertum dominierte. Die Gründungsinitiative ging auch hier (wie gewöhnlich) von lokalen Honoratioren aus.³²⁸

³²³ KNZ 69-Beilage/ 21.3.1849.

³²⁴ KNZ 69/ 21.3.1849,328.

³²⁵ KNZ 94/ 19.4.1849, 457.

³²⁶ KNZ 114/ 12.5.1849, 560.

³²⁷ SB 77/ 2.4.1849, 353.

³²⁸ Vgl. Nolte, Gemeindeliberalismus, 84f; Wettengel, Parteibildung, 723f.

V.3. Die Rolle der Konstanzer Seeblätter

Am 28. Februar verkündeten die *Seeblätter* unter der Überschrift „Volksvereinsache“, daß der „Zentralausschuß der badischen Volksvereine“ sie, neben der *Mannheimer Abendzeitung*, „zu seinem Organ erklärt“ habe. Um einer Überlastung durch Meldungen diverser Volksvereine vorzubeugen, meldeten die *Seeblätter*, daß die Bekanntmachungen der Volksvereine nicht zu umfangreich sein dürften. Vollständig würden nur die Veröffentlichungen des Zentralausschusses, des Märzvereins und die Erklärungen der „äußersten Linken zu Frankfurt“ erscheinen. Bei den Märzvereinen fügten sie die Einschränkung hinzu, daß die Bekanntmachungen „die äußersten Folgerungen des republikanischen Grundsatzes, namentlich das Recht zur Revolution, nicht anfechten“ dürften.³²⁹

Die *Seeblätter* hatten den im November gegründeten Märzvereinen, der Vereinsorganisation der gemäßigten Demokraten, schon im Dezember 1848 „politische Kindlichkeit“ vorgeworfen. Die vom „Centralmärzverein“, dem Dachverband der nationalen Vereinsorganisation, erwartete Vollendung der Revolution allein durch Beschlüsse der Nationalversammlung, wertete das radikale Blatt als „läppische“ Hoffnung.³³⁰ Am 20. April 1849 schied die äußerste Linke der Nationalversammlung aus dem Märzverein aus. Sie trat stattdessen mit den demokratischen Zentralausschüssen in Verbindung, um eine wirksame „Zentralisierung aller Vereine, welche demokratisch-republikanische Ziele verfolgen“ zu erreichen.³³¹

In der Ausgabe vom 28. Februar veröffentlichten die *Seeblätter* außerdem einen „Aufruf zu Sturmpetitionen an die badische Kammer“, mit der Anmerkung, es seien „seit dem 10. Februar auf's Neue eine Masse von Petitionen um Kammerauflösung eingegangen“.³³²

Der Ton der republikanischen Presse wurde im Laufe des Frühjahrs immer aggressiver, die Agitation der demokratischen Vereine immer radikaler. Das Presse und Vereinswesen gingen Hand in Hand, „sie trugen und hielten sich gegenseitig“³³³. Die radikale Presse war neben den demokratischen Vereinen der Träger der Politisierung und Massenmobilisierung, die in der Mairevolution

³²⁹ SB 49/ 28.2.1849, 217.

³³⁰ SB 289/ 21.12.1848. Vgl. Langewiesche, Anfänge, 350f.

³³¹ SB 102/ 1.5.1849, 470.

³³² SB 49/ 28.2.1849, 217.

ihren Höhepunkt fand. Nach seinem Freispruch am 8. Mai kehrte Fickler wieder nach Konstanz zurück.³³⁴ Am 21. Mai wurden die *Seebblätter* von „Militär-Zivilkommissär“ Willmann zum Organ aller Erlasse seiner „amtlichen Wirksamkeit“ erklärt.³³⁵ Die *Seebblätter* waren hiermit zum offiziellen Organ der revolutionären Regierung ernannt.

V.4. Von der Reichsverfassungskampagne zur Mairevolution

Am 27. März 1849 nahm die Nationalversammlung die Reichsverfassung mit 267 gegen 263 Stimmen an. Einen Tag später wurde der preußische König Friedrich Wilhelm IV. von der Nationalversammlung mit 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen zum deutschen Kaiser gewählt. Nachdem der Preußenkönig am 3. April die Kaiserkrone abgewiesen hatte, und Preußen sowie andere deutsche Einzelstaaten die Reichsverfassung abgelehnt hatten, entfachte die revolutionäre Bewegung für die Reichsverfassung, die sogenannte Reichsverfassungskampagne.

Nur wenige Bundesstaaten hatten zugestimmt, der größte darunter war Baden. Baden stellt innerhalb der Reichsverfassungskampagne einen „Sonderfall“ dar, denn es entwickelte sich zur „Bastion der Bewegung“³³⁶, obwohl die Regierung am 11. April die Reichsverfassung anerkannt hatte.³³⁷ In Baden ging es nicht mehr um die bloße Anerkennung der Reichsverfassung, sondern vielmehr um den aktiven Kampf für die Realisierung der Reichsverfassung.

Die badischen Volksvereine gaben sich nicht damit zufrieden, daß der Großherzog die Reichsverfassung anerkannt hatte. Sie forderten weiterhin die Auflösung der undemokratischen, nach einem Wahlzensus gewählten Kammern, und die Wahl einer verfassungsgebenden Landesversammlung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht.

³³³ Häusser, Denkwürdigkeiten, 215.

³³⁴ SB 110/ 10.5.1849, 510.

³³⁵ SB 120/ 22.5.1849, 553.

³³⁶ Siemann, Revolution, 208.

³³⁷ Neben Baden kam es zu Aufständen in Sachsen im preußischen Rheinland und in der Rheinpfalz. Baden war aber der einzige Staat, in dem eine revolutionäre Regierung die Macht im Staat (Verwaltungsapparat und Militär) übernehmen konnte.

V.4.1. Die Reichsverfassungskampagne in Konstanz

Am 2. Mai rief der Konstanzer Volksvereins zu einer Volksversammlung für den 4. Mai auf, in der eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung beraten werden sollte. In den Beschlüssen, die der Volksverein in einer Versammlung am Vortag aufgestellt hatte, wurde gefordert, „daß man die Reichsverfassung als Gesetz anerkenne“ und „daß die Reichsversammlung jeden gegen das Reichsgesetz handelnden Fürsten in die Acht erkläre, auch gegen jede gegen die Reichsverfassung sich erhebende Gewalt das Volk zu den Waffen rufe“.³³⁸

Zur selben Zeit, am 3. Mai, lud der Gemeinderat Poinignon zur Versammlung des großen Bürgerausschusses für den 5. Mai ein.³³⁹ Die „Gegenstände der Tagesordnung“ sind exakt dieselben Punkte der Adresse des Volksvereins. Auf einer Volksversammlung am 4. Mai wurden die Beschlüsse des Volksvereins ergänzt. In einer zusätzlichen Adresse an das badische Staatsministerium wurde gefordert, daß die badische Regierung der Nationalversammlung „die ganze militärische Macht zur Verfügung stelle (...) zur Verteidigung der Reichsverfassung“.³⁴⁰ Daneben wurden Gewehre für die Bürgerwehr gefordert, um deren Reorganisation voranzutreiben.

Die Adressen des Volksvereins wurden am 5. Mai vom großen Bürgerausschuß „einstimmig“ angenommen,³⁴¹ was auf einen großen Rückhalt der revolutionären Bewegung in der Bürgerschaft schließen läßt. Die Volksvereine übten in vielen Orten die faktische Autorität aus und bildeten eine Art Gegenregierung zur amtlichen Obrigkeit.³⁴² Sie fungierten aber äußerst selten als „örtliche Gegenbehörden“³⁴³, sondern es kam oft, wie auch in Konstanz, zur Zusammenarbeit von Volksverein und Gemeindebehörden.³⁴⁴

³³⁸ SB 103/ 2.5.1849, 474.

³³⁹ SB 105/ 4.5.1849, 482.

³⁴⁰ SB 109-Beilage/ 9.5.1849, 503.

³⁴¹ SB 109-Beilage/ 9.5.1849, 503.

³⁴² Vgl. Hug, Geschichte, 253.

³⁴³ Deuchert, Hambacher Fest, 288.

³⁴⁴ Vgl. Nolte, Gemeindebürgertum, 375.

V.4.2. Die Reorganisation der Bürgerwehr

Die Volksvereine organisierten nicht nur Volksversammlungen, sondern auch die Volksbewaffnung. Bereits am 8. März 1849, kurz nachdem die Reichstruppen Konstanz geräumt hatten und die fast einjährige Besatzungszeit beendet war, rief der Konstanzer Kreisausschuß die Volksvereine dazu auf, die „Verschmelzung des stehenden Heeres“ und die Volksbewaffnung voranzutreiben.³⁴⁵

In der Konstanzer Adresse an das badische Staatsministerium vom 4. Mai war neben der Verteidigung der Reichsverfassung konkret die Bereitsstellung von Gewehren für die Bürgerwehr gefordert worden. Man war bereit, die Reichsverfassung mit Waffengewalt zu verteidigen und mußte deshalb so schnell wie möglich die Bürgerwehr reorganisieren, um die allgemeine Volksbewaffnung zu forcieren. Der Hauptzweck der Volksbewaffnung war der Schutz vor der Reaktion, die in Preußen schon wieder die Oberhand gewonnen hatte.

Wenige Tage zuvor, am 1. Mai, hatte der Landesausschuß der Volksvereine „angesichts der bedrohliche(n) Lage des Vaterlands“ zur beschleunigten „Durchführung der Volksbewaffnung“ aufgerufen und die „sofortige Organisation der Bürgerwehr“ nach dem Bürgerwehr-Gesetz vom 1. April 1848 gefordert.³⁴⁶ Die Vorstände der Volksvereine waren schon vorher von der Zentrale dazu angehalten worden, die „allgemeine Volksbewaffnung“ voranzutreiben.³⁴⁷

Die Lage war tatsächlich ernst. Der preußische König hatte nicht nur die Kaiserkrone abgelehnt, er hatte zudem am 4. Mai die preußischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung abberufen. Die Stärkung der Militärkraft stand fortan im Mittelpunkt der Politik des Landesausschusses, der nach der Flucht des Großherzogs am 13. Mai die Regierungsgewalt an sich riß. Die Reorganisation der Bürgerwehr wurde von der Volksvereinsorganisation verstärkt vorangetrieben.

Am 6. Mai, nach dem Einmarsch der Preußen in Rheinbayern, machten die Volksvereine mobil und riefen die Kreisausschüsse der Volksvereine dazu auf,

³⁴⁵ SB 57/ 9.3.1849, 256.

³⁴⁶ SB 105/ 4.5.1849, 479.

³⁴⁷ SB 90/ 17.4.1849, 412.

„in jeder Gemeinde Wehrausschüsse und durch diese Freikorps zu bilden“.³⁴⁸ Bürgermeister Huetlin erinnerte in Anzeigen daran, daß „nach Art. 3 des Bürgerwehrgesetzes“, „jeder Badener bürgerwehrpflichtig“ sei, „welcher das 21. Lebensjahr zurückgelegt“ habe.³⁴⁹ Gleichzeitig appellierte der Landesausschuß eindringlich und immer wieder an die Soldaten und Offiziere, die Revolution mitzuverteidigen. Als die Lage durch den Anmarsch preußischer Truppen immer bedrohlicher wurde, verkündete die Revolutionsregierung, daß „jeder Widerstand gegen die Durchführung der Volksbewaffnung (...) mit Exekutionstruppen bestraft“ werde.³⁵⁰

Am 26. Mai hatte der Landesausschuß die Mobilmachung des Ersten Aufgebots angeordnet.³⁵¹ Der Konstanzer Gemeinderat Poinignon erteilte den Bürgerwehrpflichtigen, die sich noch nicht zur „Wehrmannschaft“ angemeldet hatten, „eine letzte Frist“ von drei Tagen.³⁵² Am 6. Juni ordnete Huetlin die „Aufstellung des zweiten Aufgebots der Bürgerwehr“ an.³⁵³

Franz Sigel, der schon 1848 die Konstanzer Bürgerwehr anführte, war am 1. Juni wieder nach Konstanz gekommen, um das Erste Aufgebot des Seekreises zu organisieren. Wenige Tage zuvor (am 25. Mai) war er von der „Wehrkommission“, die mit unumschränkten Vollmachten ausgestattet war und aus Brentano, Peter, Struve und Sigel bestand, zum „Oberbefehlshaber der Neckararmee und sämtlicher badischer Truppen, sowohl der Volkswehr als des stehenden Heeres, mit unumschränkten Vollmachten ernannt“ worden.³⁵⁴ Kurz darauf, am 27. Mai, wurde sein Oberkommando auf „sämtliche Truppen der Linie und Volkswehr“³⁵⁵ ausgedehnt.

³⁴⁸ SB 110/ 10.5.1849, 505.

³⁴⁹ SB 122/ 24.5.1849, 570.

³⁵⁰ Bad. Reg.bl. XLIV. (15)/ 10.6.1849, 351.

³⁵¹ SB 126/ 29.5.1849, 587. In der badischen Revolution 1849 wurde die Bürgerwehr in drei Aufgebote reorganisiert, wobei das Erste Aufgebot die tauglichen unverheirateten Männer zwischen 18 und 30 Jahren umfaßte.

³⁵² SB 126/ 29.5.1849, 590.

³⁵³ SB 134/ 7.6.1849, 632.

³⁵⁴ SB 127/ 30.5.1849, 591.

³⁵⁵ ABSK 45/ 6.6.1849, 735.

V.4.3. Der Landesausschuß übernimmt die Regierungsgewalt

Am 4. Mai lud der Landesausschuß zum Landeskongreß der Volksvereine und zur Volksversammlung für den 12. und 13. Mai nach Offenburg.³⁵⁶ Auf der Landesversammlung der demokratischen Vereine mit etwa 30.000 bis 40.000 Teilnehmern wurde das radikalste Programm der Revolution verabschiedet. Die oberste Forderung war die Anerkennung und Verteidigung der Reichsverfassung durch die Regierung. Daneben verlangte die Landesversammlung unter anderem die Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums, die Auflösung der Ständekammern und die Berufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung, Volksbewaffnung, Amnestie der politischen Flüchtlinge, Abschaffung der alten „Verwaltungs-Bürokratie“ usw.³⁵⁷ Zur gleichen Zeit (am 12. Mai) kam es in der Festung Rastatt zu einer Meuterei der Soldaten. Am 13. Mai schlossen sich die Soldaten in Karlsruhe (der Meuterei) an. In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai verließ Großherzog Leopold die Residenzstadt. Nach der Flucht des Großherzogs übernahm der Landesausschuß der Volksvereine, mit dem populären Advokaten Lorenz Brentano an der Spitze, die Regierungsgewalt. Einen Tag später schon (am 14. Mai) zog der aus Mitgliedern der Volksvereine zusammengesetzte „regierende Landesausschuß“³⁵⁸ in Karlsruhe ein und benannte eine vierköpfige „Exekutivkommission“, die aus Brentano, Peter, Eichfeld und Goegg bestand. Am 17. Mai erklärte die Revolutionsregierung die „beiden Kammern Badens“ für aufgelöst und ordnete die Einberufung einer „constituierenden Versammlung“ an. Die Wahl wurde auf den 3. Juni festgesetzt, am 10. Juni sollte die Versammlung eröffnet werden.³⁵⁹ Die politischen Gefangenen wurden per Dekret vom 17. Mai freigelassen, die politischen Flüchtlinge zur Rückkehr ermutigt.

Am 1. Juni beschloß der Landesausschuß sich aufzulösen und aus seinen Reihen eine fünfköpfige provisorische Regierung zu wählen, „welche in sich die gesamte Gewalt des Landesausschusses und der Vollziehungsbehörde vereinigt“.³⁶⁰ Die am 3. Juni zu wählende Verfassungsgebende Versammlung sollte die Kontrolle über die Regierung ausüben. Josef Fickler war (neben

³⁵⁶ SB 107/ 7.5.1849, 489.

³⁵⁷ Boldt, Anfänge, 152ff.

³⁵⁸ Bad. Reg.bl. 1/ 16.5.1849,1.

³⁵⁹ Bad. Reg.bl. XXXI (2)/ 18.5.1849, 295.

Brentano, Peter, Goegg und Sigel) Mitglied der provisorischen Regierung und wurde auch am 3. Juni in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt. Er konnte sein Mandat aber nicht ausüben, weil er auf einer Agitationsreise in Württemberg am 2. Juni in Stuttgart verhaftet worden war. Fickler bekam von den Konstanzern fast doppelt so viele Stimmen wie Obergerichtsadvokat Würth.³⁶¹

Am 13. Juni wählte die Landesversammlung eine dreiköpfige „provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt“, die aus Brentano, Goegg und Werner bestand.³⁶² Zwei Tage später (am 15. Juni) wurde von den drei ‘Diktatoren’ für Baden der „Kriegszustand erklärt“ und das „Standrecht“ verkündet.³⁶³ Diese Maßnahme wurde laut Kaiser, der Kommandant des Seekreises war, „allenthalben mit Freuden und Jubel begrüßt“³⁶⁴.

V.4.4. Die Umsetzung der revolutionären Beschlüsse in Konstanz

Auf der Konstanzer Volksversammlung vom 15. Mai wurde Bericht erstattet über die zahlreich besuchte Offenburger Versammlung. Die Stimmung im Stadthaus war revolutionär geladen. Arzt Vanotti ermahnte die versammelte Menge, „sich während der Zeit, wo man gewissermaßen ohne Regierung sei, ruhig zu verhalten und Exzesse jeglicher Art zu vermeiden“. Der deutschkatholische Pfarrer Scheibel schlug vor, verdächtige Beamte verhaften zu lassen und als Geiseln zu nehmen, wogegen insbesondere Huetlin heftig protestierte und sogar seinen Rücktritt anbot.³⁶⁵ Die Versammlung beschloß schließlich, die Konstanzer Bürgerwehr auf die Reichsverfassung zu beeidigen. Der Konstanzer Arzt Vanotti, der schon am Aprilaufstand beteiligt gewesen war, sowie Bannerführer der Bürgerwehr und Präsident des Volksvereins war, vollzog diesen Beschluß am 17. Mai.³⁶⁶

Kurz darauf erhielt Konstanz eine revolutionäre Verwaltung. Eine Verordnung der Vollzugsbehörde vom 19. Mai ordnete an, daß für jeden Amtsbezirk ein Zivilkommissar ernannt werden sollte, der die Weisungen der

³⁶⁰ Bad. Reg.bl. XL (11)/ 2.6.1849, 335; SB 132/ 5.6.1849, 621.

³⁶¹ KNZ 134/ 5.6.1849, 668; SB 131/ 4.6.1849, 618.

³⁶² Bad. Reg.bl. XLVI(17)/ 20.6.1849, 370.

³⁶³ Bad. Reg.bl. XLVI(17)/ 20.6.1849, 370; SB 148/ 23.6.1849, 701.

³⁶⁴ KNZ 152/ 27.6.1849, 754; SB 150/ 26.6.1849, 713.

³⁶⁵ SB 115/ 16.5.1849, 528f.

Exekutivkommission durchzuführen habe. Für den Amtsbezirk Konstanz wurde der Kaufmann Nepomuk Katzenmayer, der bereits aktiv am Aprilaufstand beteiligt war, zum Zivilkommissar ernannt.³⁶⁷ Die Vereidigung der Beamten nahm in Konstanz aber nicht, wie in der Verordnung vorgesehen, der Zivilkommissar vor, sondern der aus Karlsruhe geschickte Landeskommis­sar Willmann, der Zivil- und Militärkommissar des Landesausschusses war.

Am 19. Mai leistete die Konstanzer Bürgerwehr sowie die Staats- und Gemeindebehörden, vor Willmann den Eid auf die Reichsverfassung und auf die Beschlüsse der provisorischen Regierung. Nur das Hofgericht verweigerte den Eid.³⁶⁸ Die Mitglieder der Seekreisregierung, die den neuen Eid geleistet hatten, legten aber am folgenden Tag ihre Ämter nieder.

Nach dem Rücktritt der Seekreisregierung am 20. Mai nahm „der Landeskommis­sar für den Seekreis (...) sofort die Regierungsgeschäfte in die Hand“³⁶⁹. Regierungsrat Fromherz³⁷⁰ wurde am 20. Mai aus dem Staatsdienst entlassen, der Konstanzer Oberamtmann Fieser einen Tag später.³⁷¹ „Volksfeindliche Beamte“ sollten auch weiterhin entfernt werden. Die „Volksbehörden, namentlich die Civilcommissäre“ wurden von der „Vollzugsbehörde“ dazu aufgefordert, „Anträge auf Entfernung von Beamten und zugleich Vorschläge behufs der Wiederbesetzung der Stellen zu machen“.³⁷²

Am 21. Mai gaben die Obergerichtsadvokaten Ludwig Stephani und Ignatz Vanotti, die am Heckerzug beteiligt gewesen waren, öffentlich bekannt, daß sie „in Folge der Verwendung des Landesausschuß“ wieder in ihren Wirkungskreis eingetreten seien³⁷³. Ignatz Vanotti wurde Ende Mai „zum provisorischen Vorstände des Amtes Überlingen ernannt“³⁷⁴. Sein Bruder, der Arzt Eduard

³⁶⁶ SB 116/ 17.5.1849, 531.

³⁶⁷ Bad. Reg.bl. XXXII. (3)/ 19.5.1849, 299ff.

³⁶⁸ SB 118/ 19.5.1849, 546.

³⁶⁹ ABSK 41/ 23.5.1849, S. 695; Bad. Reg.bl. XXXVI (7)/ 25.5.1849, 322; SB 119/ 21.5.1849, 550f.

³⁷⁰ Fromherz war am 8. Juni 1848 als Nachfolger Peters zum provisorischen Regierungsdirektor ernannt worden. Nach Fromherz' Entlassung wurde Oberamtmann Dreyer aus Blumenfeld zum provisorischen Direktor der Seekreisregierung ernannt.

³⁷¹ SB 120/ 22.5.1849, 553.

³⁷² Bad. Reg.bl. XXXV. (6)/ 24.5.1849, 312; SB 125/ 28.5.1849, 583.

³⁷³ ABSK 42/ 26.5.1849, 718.

³⁷⁴ ABSK 45/ 6.6.1849, 735.

Vanotti, war kurz davor zum Wahlkommissar für den Wahlbezirk Konstanz ernannt worden.³⁷⁵

Am 24. Mai verkündete die „Vollzugsbehörde“ ein „provisorisches Gesetz“, das die Neuwahl der Gemeinderäte sowie der Bürgermeister anordnete.³⁷⁶ Die angeordneten Bürgermeisterwahlen fanden in Konstanz am 18 Juni statt. Der liberale Huetlin, seit 1832 Bürgermeister, wurde in seinem Amt bestätigt.³⁷⁷ Huetlin gewann die Wahl gegen Fickler mit 515 zu 119 Stimmen.³⁷⁸ Das war auch zu erwarten, da Fickler der einzige Gegenkandidat war, aber bereits seit 2. Juni in Württemberg in Haft saß.

Insgesamt wurden bei den 164 festgestellten Bürgermeisterwahlen in Baden 81mal die bisherigen Bürgermeister wiedergewählt, woraus Regine Bauer den Schluß zog: „ein total revolutionärer Umschwung auf Gemeindeebene fand also nicht statt“³⁷⁹. Bauer geht fälschlicherweise davon aus, daß es nicht mehr zur Neuwahl der Gemeinderäte kam. Das entspricht zum einen nicht den Tatsachen und zum anderen gilt es zu bedenken, daß schon die Anordnung der Auflösung der bestehenden Gemeinderäte sowie die Neuwahlen der Bürgermeister ein revolutionärer Akt war, auch wenn es dadurch keinen totalen Umschwung in den Gemeinden gegeben hat. Revolutionär sind insbesondere die zahlreichen Amtsenthebungen sowie die Einsetzung von „Zivilkommissaren“, die die örtlichen Behörden überwachen, die Führung der Bürgerwehr übernehmen und für Sicherheit und Ordnung sorgen sollten.

In Konstanz fanden am 28. Juni die angeordneten Neuwahlen des Gemeinderats statt. Auch namhafte Vertreter des „Vaterländischen Vereins“ wurden in den neuen Gemeinderat gewählt, so Xaver von Hofer, Jakob Stadler (die beide schon seit 1847 im Gemeinderat saßen)³⁸⁰ und Karl Steiner.³⁸¹

Mitglieder des „Vaterländischen Vereins“ saßen auch im Komitee für „patriotische Beiträge“, obwohl dieses Komitee die revolutionäre Regierung unterstützte. Dies ist insofern nicht erstaunlich, da das Einschreiten der Reichstruppen von allen politischen Richtungen der Stadt abgelehnt wurde. Hinzu kamen Gerüchte über eine Intervention der reaktionären Österreicher,

³⁷⁵ Bad. Reg.bl. XXXIII. (4)/ 20.5.1849, 304.

³⁷⁶ Bad. Reg.bl. XXXVI (7)/ 25.5.1849, 315f.

³⁷⁷ SB 144/ 19.6.1849, 685.

³⁷⁸ KNZ 147/ 21.6.1849, 725.

³⁷⁹ Bauer, Versammlung, 135.

³⁸⁰ Vgl. Fetscher, Huetlin, 188.

die in Konstanz kursierten und vermutlich den entscheidenden Anstoß für das patriotische Engagement der 'Vaterländischen' gaben.³⁸²

Am 17. Mai hatte der Landesausschuß erstmals zu „patriotischen Gaben“ aufgefordert, um eine „wirksame Vertheidigung des Vaterlandes gewährleisten zu können“.³⁸³ Ende Mai erinnerte Huetlin an die „Aufforderung“ und rief zur „Einsammlung patriotischer Geldbeiträge zu Händen des Landesausschusses“ auf.³⁸⁴ Zur gleichen Zeit hatte der Landesausschuß die Mobilmachung des Ersten Aufgebotes angeordnet.³⁸⁵ Mitte Juni, nach dem Einmarsch der Preußen in Baden, bildete sich in Konstanz ein Komitee, das für die aufständischen Truppen „patriotische Beiträge“ in Form von Geld- oder Sachspenden (Waffen, Kleidung, Lebensmittel) sammelte.³⁸⁶ Nach der Niederlage von Waghäusel rief der Zivilkommissar insbesondere zur „Sammlung von Lebensmitteln“ für das „im Felde stehende Volksheer“ auf.³⁸⁷

V.4.5. Das Ende der Revolution

Die Mairevolution hatte mit dem Soldatenaufstand in Rastatt begonnen und endete in Rastatt am 23. Juli mit der schriftlichen Kapitulation der rund 6.000 eingeschlossenen Revolutionskämpfer. Die Niederlage der Revolution war jedoch spätestens mit der Schlacht bei Waghäusel am 21. Juni entschieden worden, da die badische Revolutionsarmee hier ihre entscheidende Niederlage erlitten hatte.

Die zahlenmäßige Übermacht der von Großherzog Leopold angeforderten Truppen ließ die Lage der vereinten badischen Volkswehren, Bürgerwehren und Linien Soldaten, die unter der Leitung des erfahrenen Freiheitskämpfers Ludwig von Mieroslawskis standen, aussichtslos werden.³⁸⁸ Mannheim war bereits am 15. Juni von preußischen Truppen besetzt worden, drei Tage später wurde das Rumpfparlament in Stuttgart aufgelöst. Am 25. Juni mußte die Verfassungsgebende Versammlung vor den anrückenden preußischen

³⁸¹ KNZ 154 vom 28.6.1848, 764.

³⁸² Vgl. Zang, Stadtgeschichte, 188.

³⁸³ Bad. Reg.bl. XXXII (3)/ 19.5.1849, 299.

³⁸⁴ SB 26.5.1849, 586.

³⁸⁵ SB 126/ 29.5.1849, 587.

³⁸⁶ SB 145-Beilage/ 20.6.1849, 692.

³⁸⁷ SB 147/ 22.6.1849, 700.

Truppen Karlsruhe verlassen.³⁸⁹ Ihr letzter Tagungsort war Freiburg, wo am 30. Juni die 14. und letzte Sitzung stattfand.

Am 11. Juni war das Erste Aufgebot der Konstanzer Bürgerwehr nach Stockach gezogen, um zusammen mit den Bürgerwehren anderer Orte die Truppenbewegungen der Württemberger und Hessen zu beobachten und gegen eine drohende Invasion gerüstet zu sein.³⁹⁰ Stockach war das militärische Hauptquartier; „Kreiskommandant des Seekreises“³⁹¹ war der Konstanzer Literat Kaiser, der schon am Heckerzug beteiligt gewesen war.

Nachdem die badische Revolutionsarmee am 21. Juni in der Schlacht bei Waghäusel ihre entscheidende Niederlage erlitten hatte, sollten nun auch die Angehörigen des Zweiten Aufgebots vor dem Stadthaus erscheinen.

Wie desolat die Situation nach der Niederlage in Waghäusel war, zeigt auch der Tagesbefehl aus dem Hauptquartier Stockach, vom 23. Juni, womit „alle durch die bisherigen kompetenten Behörden des Seekreises ausgesprochenen Befreiungen vom Wehrdienste für aufgehoben erklärt“ wurden, „insofern solche nicht auf körperliche Gebrechen, welche zu militärischen Strapazen unfähig machen, gestützt wurden“.³⁹² Am 26. Juni forderte Bürgermeister Huetlin, im Auftrage des „Schatzungsrathes“ der Revolutionsregierung, die Einwohner von Konstanz dazu auf, ihr Vermögen anzugeben, da Mitte des Monats per Gesetz³⁹³ die Erhebung von Zwangsanleihen beschlossen worden war.³⁹⁴ Ein letzter Versuch, die Abwehrfront zu stärken, war der „Aufruf an die Schweizer Scharfschützen“ und „jeden freien Schweizer zur Theilnahme“ am badischen Freiheitskampf.³⁹⁵

All diese letzten Anstrengungen nützten jedoch nichts mehr; die Bundestruppen nahten. In einem letzten Aufruf der Revolutionsregierung vom 6. Juli, wurden die Soldaten zum Durchhalten aufgefordert; ihnen wurde befohlen, sich ins Hauptquartier nach Donaueschingen zu begeben und „unter die Befehle des Obergenerals Sigels“ zu stellen.³⁹⁶

³⁸⁸ Die badische Armee war zuerst von Sigel, dann von dem polnischen General und Freiheitshelden Mieroslawski geführt worden.

³⁸⁹ Am 28. Juni hatte Brentano sein Amt niedergelegt.

³⁹⁰ SB 137/ 10.6.1849, 642.

³⁹¹ SB 136/ 9.6.1849, 640.

³⁹² SB 149/ 25.6.1849, 710; ABSK 51/ 27.6.1849, 787.

³⁹³ Bad. Reg.bl. XLVIII/ 19.6.1849.

³⁹⁴ SB 151/ 27.6.1849, 720.

³⁹⁵ SB 157/ 4.7.1849, 741.

³⁹⁶ SB 160/ 7.7.1849, 753.

Am selben Tag (6. Juli) kamen die Konstanzer Wehrmänner (angeführt vom Konstanzer Kreiskommandanten Kaiser) aus Stockach nach Konstanz, einen Tag später folgte die badische Artillerie.³⁹⁷ Finanzminister Goegg war ebenfalls nach Konstanz gekommen und appellierte an das Durchhaltevermögen der Wehrmänner. Das Scheitern der Revolution war jedoch längst besiegelt. Zwei Tage später, am 8. Juli, verlegte dann die „provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt ihren Sitz“ nach Konstanz.³⁹⁸ Die *Seebblätter* erschienen am 10. Juli zum letztenmal, und am selben Tag überschritt der Landesausschuß die Grenze zur Schweiz.³⁹⁹ Die Reste der badischen Revolutionsarmee traten am 11. Juli in die Schweiz über.⁴⁰⁰

Am gleichen Tag noch marschierten Reichstruppen in Konstanz ein. Zusammen mit den Truppen war der inzwischen zum außerordentlichen Landeskommisar ernannte Fromherz⁴⁰¹ in Konstanz eingetroffen, um die Behörden im Seekreis zu reorganisieren.⁴⁰²

Der gemäßigt liberale Bürgermeister Huetlin wurde gleich am 12. Juli suspendiert und der Gemeinderat neu zusammengesetzt. In den provisorischen Gemeinderat vom 19. Juli 1849 wurden überwiegend Mitglieder des vaterländischen Vereins ernannt. Die für das Bürgermeisteramt ausgesuchten Kandidaten waren ausschließlich Mitglieder des vaterländischen Vereins. Nachdem Volderauer und Steiner das Bürgermeisteramt abgelehnt hatten, wurde von Hofer für kurze Zeit zum Bürgermeisteramtsverweser ernannt und im August von Stadler abgelöst.⁴⁰³ Die republikanisch gesinnten Konstanzer Gemeinderäte Poinsignon, T. Schmid, A. Schmidt, Stitzenberger und Zogelmann wurden am 19. Juli 1849 ihres Amtes enthoben und stattdessen Konservative, wie die Mitglieder des vaterländischen Vereins Rieggert, Troll und Volderauer, provisorisch eingesetzt.⁴⁰⁴ Am 14. Juli war der gesamte Seekreis besetzt und die reguläre Seekreisregierung wieder am Ruder.

³⁹⁷ SB 160/ 7.7.1849, 754; KNZ 162/ 9.7.1849, 795.

³⁹⁸ SB 162/ 10.2.1849, 761.

³⁹⁹ Hochstuhl, Quellen, 105.

⁴⁰⁰ Schwarzmaier, Handbuch, 118.

⁴⁰¹ Regierungsrat Fromherz war am 8. Juni 1848 zum provisorischen Regierungsdirektor ernannt worden und am 21. Mai 1849 (zusammen mit dem Konstanzer Oberamtman Fieser) von der revolutionären Regierung seines Amtes enthoben worden. Vgl. Bad. Reg.bl. XXXVI (7)/ 25.5.1849, 322; SB 120/ 2.5.1849, 554.

⁴⁰² ABSK 56/ 14.7.1849, 831f.

⁴⁰³ Vgl. Zang, Konstanz, 191; Fetscher, Bürgermeister, 158.

⁴⁰⁴ STAK S II 7358; KNZ 174/ 23.7.1849, 854.

V.5. Die Aktivitäten der Konstanzer Frauen

Auch die Frauen nahmen 1848/49 aktiv am Revolutionsgeschehen teil, sie „beteiligten sich auf allen Handlungsebenen der beiden Hauptstränge der Revolution“⁴⁰⁵, der institutionalisierten (Vereine) Ebene und der spontanen (Proteste, Petitionen). Sie verfaßten Artikel für Zeitungen und Zeitschriften, schrieben Briefe an Abgeordnete und Zeitungen, verabschiedeten politische Petitionen und Erklärungen, die an die Nationalversammlung sowie den Landtag gingen.

In Konstanz richteten Frauen am 1. Juli 1848 eine Petition an Robert Blum, mit der Bitte, eine „Amnestie für alle wegen politischer Vergehen verbannten und verhafteten Deutschen“⁴⁰⁶ durchzusetzen. Die Petition, die von 327 Frauen unterschrieben worden war, enthielt ein Begleitschreiben, in dem es konkret um Amnestierung der Männer ging, die aufgrund „der Schildererhebung der badischen Republikaner“ verfolgt wurden.⁴⁰⁷ Blum antwortete am 19. Juli auf den „Hülferuf für Deutschlands rüstigste und edelste Männer“, und teilte den Frauen mit, daß die Linken schon dreimal einen diesbezüglichen Antrag an den Untersuchungsausschuß gerichtet hätten, was bis dahin ohne Erfolg gewesen sei.⁴⁰⁸

Das gesellschaftspolitische Engagement der Frauen ging während der Revolution 1849/49 erstmals über den traditionellen Bereich der sozialen Fürsorge und Wohltätigkeit hinaus.⁴⁰⁹ Frauen nahmen an den Vereins- und Volksversammlungen teil und waren manchmal so zahlreich vertreten, daß sie sich an manchen Orten, wie auch in Konstanz, die Kritik von Männern zuzogen.⁴¹⁰ Die Konstanzer Frauen nahmen trotz der öffentlichen Rüge des Bürgermeisters an den Versammlungen teil und protestierten sogar öffentlich gegen ihren Ausschluß: „Namentlich waren es die Frauen, die sich aufs Heftigste gegen ihre Ausscheidung aus der Versammlung verwahrten, indem sie bemerkten: es handle sich zunächst um das Schicksal ihrer Männer, ihrer

⁴⁰⁵ Langewiesche, Forschungsstand II (1991), 396ff.

⁴⁰⁶ SB 176/ 25.7.1848, 738f.

⁴⁰⁷ SB 177/ 26.7.1848, 741.

⁴⁰⁸ Der Abgeordnete Robert Blum war der profilierteste Vertreter der Demokraten in der Nationalversammlung und galt als „rühmlich bekannter Volksmann“. Am 9. November 1848 wurde Blum in Wien wegen seiner Teilnahme an den Barrikadenkämpfen standrechtlich erschossen.

⁴⁰⁹ Deshalb ist auch sinnvoll, den Beginn der organisierten politischen Frauenbewegung auf die Revolutionszeit und nicht auf die Organisationsgründungen der 60er Jahre zu datieren. Vgl. Langewiesche, Forschungsstand II (1991), 399.

Söhne“⁴¹¹ über das in den Versammlungen entschieden werde. Huetlin ließ „oft seinen Ärger über die Anwesenheit der Frauenspersonen aus, welche sich des ohngeachtet nicht entfernten“⁴¹².

Die radikal-demokratischen *Seebblätter* lobten das Engagement der Frauen nicht nur, sie lieferten auch gleich die Erklärung dafür, warum die Männer auf den Volksversammlungen keine Frauen dabei haben wollten:

„Man wirft dem weiblichen Geschlechte stets vor, anstatt zu handeln, zu händeln, anstatt mit Waffen, mit der Zunge sich zu verteidigen; doch siehe da, es ist hier in Konstanz das Gegenteil davon eingetreten: die Männer gebrauchten als Waffe ihre Zungen, denn vor lauter Händeln kommen sie nicht zum Handeln, während man in ein paar Stunden ein Regiment Weiber bekäme, um für das Vaterland zu kämpfen, zur ewigen Schande der Maulhelden. Wir wundern uns gar nicht mehr, daß man die Weiber bei den Versammlungen immer fortgejagt; die weiblichen Männer konnten deren Spott nicht ertragen, weil es die Wahrheit war.“⁴¹³

Von den radikalen Demokraten wurde die politische Aktivität der Frauen allzu gerne hervorgehoben, um damit die Masse der ‘unentschiedenen’ Männer bloßzustellen. So schrieb auch Hecker, daß die Frauen und Mädchen sich „muthiger und begeisterter als die Männer“ zeigten. Und manchen, der später zum Heckerzug gestoßen sei, hätten „die Frauen und Mädchen mit ihren Vorwürfen“ dazu getrieben.⁴¹⁴

Am 5. Mai 1849 gründeten Konstanzerinnen nach dem Mannheimer Vorbild einen „Frauen- und Jungfrauenverein“.⁴¹⁵ Im Vorstand des Vereins dominierten Frauen radikaler Demokraten, wie etwa Anna Letour, die erste Vorsitzende des Vereins und Ehefrau des Redakteurs der *Seebblätter*, und die Ehefrauen der Republikaner Kuenzer, Eschbacher und Bürsner.⁴¹⁶

Die Aktivitäten des Frauen und Jungfrauenvereins „Constantia“ zielten in erster Linie auf die „Unterstützung patriotischer Zwecke“⁴¹⁷ ab. In ihrem ersten Rechenschaftsbericht vom 1. Juni 1849 legten die Frauen exakt die Einnahmen ihrer „Kollekte“ dar, auf der Kleidung, Binden, Faden, Leintücher etc. für die Soldaten eingesammelt wurde.⁴¹⁸ Denselben Zweck wie der Frauenverein verfolgte der lockere Zusammenschluß von Konstanzer Dienstmädchen, die

⁴¹⁰ Vgl. dazu: Hummel-Haasis, *Schwester*; Kienitz, *Frauen*, 179; Lipp, *Weiber*.

⁴¹¹ SB 93/ 18.4.1848, 401.

⁴¹² „Mamor-Chronik“, 15.4.1848; zit. nach: Wirtz, *Revolution*, 120.

⁴¹³ SB 93-Vorläufer/ 17.4.1848, 399.

⁴¹⁴ Hecker, *Erhebung*, 34.

⁴¹⁵ SB 118/ 19.5.1849, 545f.

⁴¹⁶ SB 121/ 22.5.1849, 564.

⁴¹⁷ SB 130-Beilage/ 2.6.1849, 613; SB 157/ 5.7.1849, 747.

Sammlungen insbesondere „für hilfsbedürftige Patrioten aus dem Arbeiterstande“ organisierten.⁴¹⁹ Die patriotische Agitation der Frauen beschränkte sich aber nicht nur auf materielle Unterstützung. Vor dem Abmarsch des Ersten Aufgebots nach Stockach (am 11. Juni 1849) übergab „der Bannerführer Eduard Vanotti den jungen Kriegern „eine von hiesigen Frauen und Jungfrauen geweihte Fahne“.⁴²⁰

Die *Konstanzer Zeitung* ermutigte Mitte Juni in einem Aufruf (zur Bildung von Frauenvereinen) die Frauen der Umlandgemeinden, dem Vorbilde der Konstanzer Frauen Folge zu leisten, und „unsere Kämpfer mit allem Nöthigen auszurüsten, was ihnen den Kampf erleichtern“ könnte. Anleitung zur Führung eines Frauenvereins sollten die Volksvereine geben, oder auch der Konstanzer Frauenverein, der den Frauen „auch sonst in den Ankäufen und Arbeiten, die die Ausrüstung der ausziehenden Mannschaft nothwendig macht“ behilflich sein könne.⁴²¹

So sehr das patriotische Engagement der Frauen (als „würdiges Gegenstück zu den Volksvereinen“) auch gelobt wurde, selbst die radikaldemokratisch gesinnten *Seebblätter* wollten die Aktivitäten der Frauenvereine auf „das Feld der Wohltätigkeit“ beschränkt sehen. Zwar sei „auch das Weib (...) berufen, als Mensch an menschheitlichen Zwecken theilzunehmen“, die Frau solle sich aber gefälligst aus der „polemisierenden Männerpolitik fern halten“.⁴²²

⁴¹⁸ SB 130-Beilage/ 2.6.1849, 613.

⁴¹⁹ SB 133/ 6.6.1849, 627.

⁴²⁰ SB 137/ 10.6.1849, 642.

⁴²¹ KNZ 142/ 15.6.1849, 703f.

⁴²² SB 145/ 20.6.1849, 688.

VI. ZUSAMMENFASSUNG

Konstanz war im Vormärz (und in der Revolution von 1848/49) eine der politisch aktivsten und freisinnigsten Städte im Großherzogtum Baden.⁴²³ Führende Persönlichkeiten traten für den Liberalismus ein, richtungsweisende liberale aber auch radikale Presseorgane, wie die *Seebblätter* erschienen in Konstanz, und die im Vormärz gegründete bürgerliche Lesegesellschaft, das Konstanzer „Bürgermuseum“, war „in Wirklichkeit auch ein politischer Verein“⁴²⁴, dessen Mitglieder nicht nur im Vormärz, sondern schließlich auch in der Revolution das politische Geschehen der Stadt maßgeblich beeinflussten. Beim „Bürger-museum“ handelt es sich um einen 1834 gegründeten geselligen Verein mit politischer Ausrichtung, ein Sammelbecken der Konstanzer Liberalen, welche die Stadt in fortschrittlich-liberalem Sinne beeinflussen wollten. Das liberale „Bürgermuseum“ hatte bedeutenden Einfluß auf das liberale politische Klima der Stadt, was sich auch in der personellen Verflechtung zwischen der liberalen Gemeindeführung und dem Verein zeigt.

Während die Konstanzer Märzbewegung auf der lokalen, institutionalisierten Ebene hauptsächlich vom sog. „Ausschuß der Bürgerversammlung“ getragen wurde und somit von den Aktivitäten des „bürgerlichen Blocks“⁴²⁵ geprägt war, handelte es sich bei den am Aprilaufstand (spontane Ebene) beteiligten Konstanzern überwiegend um verarmte Handwerker. In der Mairevolution 1849 waren in Konstanz vorwiegend jene Bürger politisch aktiv, die schon 1848 den Verlauf der Revolution in der Stadt, insbesondere im Ausschuß, mitgeprägt hatten. Das Komitee nahm in der Märzbewegung eine dominierende Rolle im revolutionären Konstanzer Geschehen ein. Das außerordentliche Bürgerkomitee organisierte die Volksversammlungen sowie die Volksbewaffnung, stand aber - obwohl es ein illegales Gremium war - nicht in Konkurrenz zu den offiziellen Gemeindebehörden. Der Ausschuß setzte sich überwiegend aus der lokalen politischen Führungsschicht des Vormärz zusammen, war also schon personell mit der liberalen Gemeindeführung verflochten und kooperierte mit derselben. Zu den Hauptaufgaben des revolutionären Konstanzer Ausschusses gehörte

⁴²³ Vgl. Diesbach, Redakteure, 139.

⁴²⁴ Laible, Chronik, 64.

zum einen der Schutz der Revolution (vor reaktionären Eingriffen) und zum anderen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in der Stadt. Der Bewaffnungsausschuß, ein Unterausschuß des Komitees, sollte die Volksbewaffnung organisieren und kontrollieren.

Wie die relativ zurückhaltende Position der Konstanzer Bürgerwehr beim Heckerzug belegt, bedeutete 'Volksbewaffnung' auch in Konstanz 1848 noch lange nicht, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Revolution gegen die Reaktion zu schaffen.⁴²⁶ Die Hauptfunktion der Bürgerbewaffnung galt vorerst der Sicherung der Stadt, konkret der Sicherung des Eigentums vor plündernden Horden, dem 'Pöbel', und diente insofern als „Instrument (...) gegen einen befürchteten Aufstand unterbürgerlicher Schichten“.⁴²⁷ Wie die Reaktionen der Konstanzer auf das Gerücht vom reaktionären Bündnis gezeigt hat, diente die Volksbewaffnung insbesondere dem Schutz der Revolution vor der Reaktion.⁴²⁸ Insgesamt betrachtet sollte die Bürgerwehr die Sicherheit der Stadt vor inneren ('Pöbel') sowie äußeren Feinden (reaktionäre Truppeninterventionen) gewährleisten. Erst in der Revolution 1849, als die revolutionäre Regierung die Macht übernommen hatte und die Bürgerwehr zur Verteidigung der badischen Revolution benötigte, kam es zur offenen Zusammenarbeit von Bürgerwehr und badischem Militär gegen die Reaktion.⁴²⁹

Eine bedeutende Rolle in der Revolution von 1848/49 nahmen die republikanischen *Seebblätter ein*, und zwar nicht nur in Konstanz, sondern in ganz Baden. Schon vor der Revolution waren die *Seebblätter* wegen ihrer radikalen Berichterstattung in permanentem Konflikt mit der Zensur gewesen. „Während der Revolutionswirren schürte Fickler dann die Stimmung durch regelmäßige gezielte Angriffe auf das System und auf Personen ...“.⁴³⁰ Seine radikale Agitation war so erfolgreich, daß sich die Regierung zum Einschreiten gegen ihn gezwungen sah. Die Verhaftung Ficklers war letztlich mit ausschlaggebend für Heckers Entschluß, von Konstanz aus den

⁴²⁵ Vgl. Reith, Aprilaufstand, 29.

⁴²⁶ Langewiesche wertet die geringe Beteiligung am Hecker-Putsch als „eine Art stilles Plebiszit gegen eine zweite Revolution“. In: Langewiesche, Wege, 442.

⁴²⁷ Vgl. Arbeitsgemeinschaft, Revolution, 25.

⁴²⁸ Die beiden 1848 gegründeten Vereine, der Turnverein sowie der Arbeiterverein, wurden hauptsächlich unter dem Aspekt, „die Volksbewaffnung zu unterstützen“ konstituiert.

⁴²⁹ Die revolutionäre Regierung versuchte nicht nur eine konsequentere Durchführung der „allgemeinen Volksbewaffnung“ zu erreichen; sie rückte die Bewaffnung des Volkes in den Mittelpunkt ihrer politischen Bestrebungen, da die militärische Effizienz der „badischen Volkswehr“ für sie zur 'Überlebensfrage' (der Revolution) wurde.

republikanischen Marsch in die Residenzstadt Karlsruhe zu unternehmen. Joseph Fickler, der radikaldemokratische Agitator und Herausgeber des republikanischen Kampfblattes, gilt als einer der bedeutendsten Wortführer der badischen Radikalen, der mit seiner Agitation den Verlauf der Revolution maßgeblich beeinflusste. Obwohl Anfang 1849 bedeutende Redakteure der *Seebblätter* wie Fickler, Egenter und Letour noch inhaftiert waren, nahm die Zeitung insbesondere in der Revolution 1849 eine führende Stellung in der republikanischen badischen Presse ein.⁴³¹ Die radikale Presse war neben den demokratischen Vereinen der Träger der Politisierung und Massenmobilisierung, die in der Mairevolution ihren Höhepunkt fand.

Im Unterschied zur Märzrevolution wurde die Mairevolution durch das weitentwickelte politische Vereinswesen, vor allem durch die Volksvereine, vorangetrieben und koordiniert. Die demokratische Vereinsorganisation Badens stellte den Kern der revolutionären Bewegung Badens 1849 dar; ihre Führungsspitze übernahm die Regierungsgewalt. Die Volksvereinsbewegung spielte nicht nur auf überregionaler Ebene eine bedeutende Rolle hinsichtlich der Politisierung und Massenmobilisierung, sondern bildete auch in den Gemeinden eine wichtige „institutionelle Plattform und Aktionsbasis der Revolution“⁴³² und damit letztlich die organisatorische Basis der badischen Revolution 1849. Die Volksvereine organisierten in der Revolution 1849 die Volksversammlungen und auch die Volksbewaffnung. Der Konstanzer Volksverein konnte sich mit seiner revolutionären Agitation auf den Rückhalt der gewählten Gemeindeführung (wie etwa den großen Bürgerausschuß) stützen, und das nicht nur, weil er schon personell mit derselben verflochten war, sondern insbesondere deshalb, weil die Forderungen des demokratischen Vereins in großen Teilen der Bevölkerung Anklang fanden.⁴³³ In der Führungsspitze des republikanischen Volksvereins (auch im Vorstand des konstitutionellen Vaterländischen Vereins) waren dieselben lokalen Honoratioren vertreten, die bereits 1848 im revolutionären Komitee („Ausschuß

⁴³⁰ Fetscher, Bürgermeister, 144f.

⁴³¹ Die *Seebblätter* wurden im Februar 1849 neben der MAZ zum publizistischen Organ des „Zentralausschusses der badischen Volksvereine“ ernannt und im Mai 1849 zum offiziellen Blatt der revolutionären Regierung.

⁴³² Nolte, Gemeindeliberalismus, 83.

⁴³³ Die Mitgliederzahl der Volksvereine verweist auf den großen Rückhalt der revolutionären Bewegung in der Bevölkerung.

der Bürgerversammlung“) das politische Geschehen der Stadt maßgeblich beeinflusst hatten.⁴³⁴

Nach zwei gescheiterten republikanischen Erhebungen gelang es 1849 einzig in Baden, daß die gesamte Staatsgewalt durch eine Revolutionsregierung übernommen wurde. Während der Aprilaufstand noch mangels Unterstützung von Seiten der Bevölkerung scheiterte, war die Revolution von 1849 nicht zuletzt durch die Agitation der Volksvereine und des Militärs erfolgreich, jedenfalls so lange bis die Reichstruppen sie zum Fall brachte. Die Mairevolution konnte sich (im Gegensatz zum Hecker-Putsch) auf den Rückhalt im öffentlichen Raum stützen, insbesondere auf das badische Militär und die Volksvereine. Insgesamt entschied die Haltung des badischen Militärs wesentlich über den Erfolg der revolutionären Bewegung 1849. Mit der übergelaufenen badischen Armee verfügte die Revolutionsregierung über ein Machtinstrument, ohne welches die sechswöchige (provisorische) Republik von vornherein gescheitert wäre. Fast das gesamte badische Heer (eine Anzahl Offiziere ausgenommen) unterstellte sich der neuen Regierung. So war Baden das einzige Land in Deutschland, in dem während der Revolution von 1848/49 eine revolutionäre Regierung die Leitung des gesamten Staatsapparates übernehmen konnte. Außerdem kam es nur in Baden dazu, daß zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine konstituierende Versammlung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewählt wurde.⁴³⁵ Es war das freieste und demokratischste Wahlrecht, das es bis dahin in einem deutschen Staat gegeben hatte.⁴³⁶ Insgesamt betrachtet, scheiterte die deutsche Revolution von 1848/49 an der politischen Polarisierung der Paulskirchenabgeordneten und der Bevölkerung. Aus Angst vor einer „roten Republik“ und „Anarchie“ war die Mehrheit lieber zum Kompromiß mit den alten Gewalten bereit. Die badische Revolution wurde schließlich durch die militärische Übermacht der Invasionstruppen der Reaktion unter preußischer Führung niedergeschlagen.

⁴³⁴ Es ist also zu keinem Generationenwechsel gekommen.

⁴³⁵ Jeder (Mann), der das 21. Lebensjahr erreicht hatte, war ohne Einschränkung von Konfession, Vermögen und Einkommen wahlberechtigt.

⁴³⁶ Vgl. Frei/ Hochstuhl, Wegbereiter, 125.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

1.1. Stadtarchiv Konstanz (STAK):

- S II 8322** Verwaltungssachen zur Revolution 1848
- S II 8323** Verhandlungen des Ausschusses der Bürgerversammlung in Konstanz (März 1848 - April 1848)
- S II 8324** Schriftwechsel über die politische Entwicklung 1848
- S II 661** Bürgerwehr, Errichtung und Organisation
- S II 7358** Reorganisation der Gemeindebehörden in Konstanz 1849-50

2. Gedruckte Quellen

2.1. Zeitungen

- * Konstanzer Zeitung 1848/49
- * Seeblätter 1848/49
- * Tagesherold 1848 (ersch. bis 10.4.1848)
- * Großherzoglich Badisches Regierungsblatt, 1848/ 1849
- * Badisches Regierungsblatt 1849, Nr. 1-19 (16.5.1849 - 23.6.1849)
- * Großherzoglich Badisches Anzeigenblatt für den Seekreis 1848/49
- * Großherzoglich Badisches Verordnungsblatt für den Seekreis 1848/49
- * Verkündigungsblatt für Konstanz 1848

2.2. Memoiren

Bekk, Johann Baptist: Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte Mai 1849, Mannheim 1850.

Blos, Wilhelm (Hg.): Denkwürdigkeiten des Generals Franz Sigel, aus den Jahren 1848 und 1849, Mannheim 1902.

Goegg, Amand: Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf, Zürich 1876.

Goegg, Amand: Rückblick auf die badische Revolution unter Hinweisung auf die gegenwärtige Lage Deutschlands, Paris 1850.

Häusser, Ludwig: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution, Heidelberg 1851.

Hecker, Friedrich: Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848.

Mathy, Ludwig: Aus dem Nachlaß von Karl Mathy. Briefe aus den Jahren 1846-48, Leipzig 1898.

2.3. Sonstige

STAK Ai 37 Aufruf zur Gründung eines Hilfsvereins

STAK Ai 35 Denkschrift der Stadtgemeinde Konstanz

3. Sekundärliteratur

Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.): Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden und Württemberg, Karlsruhe 1997.

150 Jahre Deutsche Revolution. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993, bearbeitet von Hans-Joachim Fliedner, Michael Friedmann und Wolfgang M. Gall, Offenburg, Februar 1994.

Bauer, Sonja-Maria: Die Verfassungsgebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849, Düsseldorf 1991.

Bergmann, Jürgen: Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848. Zur Krise von 1845-1848 in Deutschland, in: GG, Sh. 2 (1976), 254-87.

- Boldt**, Werner: Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Darstellung und Dokumentation: Fraktionen, Politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848, Paderborn 1971.
- Borst**, Otto (Hg.): Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815-48 in Baden und Württemberg, Stuttgart 1992.
- Borst**, Otto (Hg.): Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie, Tübingen 1997.
- Botzenhart**, Manfred: Baden in der deutschen Revolution 1848/49, in: Oberrheinische Studien, Bd.2, hg. v. Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973, 61-91.
- Botzenhart**, Manfred: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-50, Düsseldorf 1977.
- Dannenmann**, Bettina Katharina: Die evangelische Landeskirche in Baden im Vormärz und während der Revolution 1848/49, Frankfurt a.M. 1996.
- Deuchert**, Norbert: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832-1848/49, Stuttgart 1983.
- Diesbach**, Alfred: Das Konstanzer Wochenblatt 1832-1833. Das Portrait einer kämpferischen Zeitung, in: Hegau 20, Heft 2 (1965), 243-275.
- Diesbach**, Alfred: „Das ist unser Feuer“ - Eine Konstanzer Episode aus dem Revolutionsjahr 1848, in: Konstanzer Almanach 14 (1968), 57-61.
- Diesbach**, Alfred: Konstanz während der zweiten badischen Volkserhebung im September 1848, in: Hegau 27/28 (1970/71), 453-458.
- Diesbach**, Alfred: Die deutsch-katholische Gemeinde Konstanz 1845-1849, Mannheim 1971.
- Diesbach**, Alfred: Der *Tagesherold* und seine Redakteure. Eine Konstanzer Tageszeitung des 19. Jahrhunderts, in: Konstanzer Almanach 18 (1972), 59-67.
- Diesbach**, Alfred: Konstanz im Revolutionsjahr 1848, in: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 11 (1973), H. 40, 93-109.
- Diesbach**, Alfred: Josef Ficklers Rolle in der dritten badischen Volkserhebung, in: Badische Heimat 54 (1974), 193-220.
- Diesbach**, Alfred: Friedrich Hecker verkündete am 12. April 1848 vom Balkon des Stadthauses Konstanz aus die deutsche Republik - Wahrheit oder Legende?, in: Konstanzer Almanach 20 (1974), 39-46.

- Diesbach**, Alfred: Die Engener Volksversammlung vom 29. März 1848 und ihre Folgen, in: Hegau 23 (1978), 223-225.
- Diesbach**, Alfred: Redakteure, Mitarbeiter und Förderer des Konstanzer *Seeblätter* um 1848, in: Hegau 27 (1982), 139-153.
- Diesbach**, Alfred: Die *Seeblätter* von 1848 und 1849 umgehen in genialer Weise die Pressegesetze, in: Hegau 26 (1981), 113-120.
- Dorneich**, Julius: Die Tätigkeit des Regierungskommissärs Johann Nepomuk Fromherz während des Heckerzugs im April 1848, in: Hegau 23 (1978), 63-83.
- Dowe**, Dieter/ **Haupt**, Heinz-Gerhard/ **Langewiesche**, Dieter (Hg.): Europa 1848: Revolution und Reform, Bonn 1998. (= Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 48)
- Dreßen**, Wolfgang (Hg.): 1848-1849. Bürgerkrieg in Baden. Chronik einer verlorenen Revolution, Berlin 1975.
- Düding**, Dieter: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984.
- Eibach**, Joachim: Gerüchte im Vormärz und März 1848 in Baden, in: Historische Anthropologie, Kultur, Gesellschaft, Alltag 2 (1994), 245-65.
- Fenske**, Hans: Vormärz und Revolution 1840-1849, Darmstadt 1991².
- Fetscher**, Elmar B.: Der Konstanzer Bürgermeister Karl Huetlin und seine Zeit (1832-1849), Konstanz 1988.
- Frei**, Alfred Georg/ **Hochstuhl**, Kurt: Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution von 1848/49. Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997.
- Gailus**, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in der deutschen Revolution 1848/49, Göttingen 1990.
- Gall**, Lothar: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220 (1975), 324-356.
- Gall**, Lothar: Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart; hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, 11-36.

Hardtwig, Wolfgang: Politische Gesellschaft und Verein im aufgeklärten Absolutismus und der Grundrechtserklärung der Frankfurter Paulskirche, in: Birtsch (Hg.): Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte, Göttingen 1981, 336-358.

Hardtwig, Wolfgang: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: O. Dann (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, 11-50.

Hettling, Manfred: Bürgertum und Revolution 1848 - ein Widerspruch, in: H.-J. Puhle (Hg.): Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit, Göttingen 1991, 210-222.

Hochstuhl, Kurt / **Schneider**, Regine: Politische Vereine in Baden 1847-1849. (Vorabdruck), erscheint in der ZGO 1998.

Hochstuhl, Kurt: Quellen zur Geschichte der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert im GLA Karlsruhe. Quellenkundliches Rundgespräch - Dritte gemeinsame Arbeitssitzung des 61. Deutschen Archivtags, Karlsruhe 1990, in: Der Archivar, H. 1, (1991), Sp. 103-105.

Hochstuhl, Kurt: Aktenfund zu „1849“. Neue Materialien zur Geschichte der badischen Revolution im Frühsommer 1849 im GLA, in: Blick in die Geschichte. Karlsruher stadthistorische Beiträge, Karlsruhe 1994, 111-115.

Huber, Ernst-Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1: Reform und Restauration 1789-1830, Stuttgart 1975; Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830-1850, Stuttgart 1968.

Huber, Ernst-Rudolf (Hg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd.1, Stuttgart 1978³.

Hug, Wolfgang: Geschichte Badens, Stuttgart 1992.

Hummel-Haasis, Gerlinde (Hg.): Schwestern zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49, München 1982.

Keller, Hans Gustav: Die politischen Verlagsanstalten und Druckereien in der Schweiz, 1840-1848, ihre Bedeutung für die Vorgeschichte der deutschen Revolution von 1848, Bern/ Leipzig 1935.

Kern, Klaus: Konstanz und die politischen Ereignisse in Baden. Vom Ausbruch der Februarrevolution bis zum Beginn des Heckerzuges. Wissenschaftliche

Arbeit für die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an Realschulen,
Weingarten/ Reichenau 1974.

Kienitz, Sabine: Frauen in der Revolution von 1848/49. Handlungsspielräume und Geschlechtersymbolik, in: Otto Borst (Hg.): Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie, Tübingen 1997, 166-184.

Klenk, Albert: Aus der Geschichte des Oratienchores, in: Konstanzer Almanach 13 (1967), 95-97.

Klessmann, Christoph: Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, in: HZ 218 (1974), 283-337.

Lahnstein, Peter: Die unvollendete Revolution 1848-1849. Badener und Württemberger in der Paulskirche, Stuttgart 1982.

Laible, Joseph: Chronik des Bürgermuseums Konstanz von 1834-1884, Konstanz 1884.

Laible, Joseph: Geschichte der Stadt Konstanz und ihrer nächsten Umgebung, Konstanz 1921.

Langewiesche, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in GG 4 (1978), 324-361.

Langewiesche, Dieter: Republik, konstitutionelle Monarchie und „soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ 230 (1980), 529-548.

Langewiesche, Dieter: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil I und II, in: AfS 21 (1981), 458-98 und AfS 31 (1991), 331-443.

Langewiesche, Dieter (Hg.): Die Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983.

Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.

Langewiesche, Dieter: Die Agrarbewegungen in den europäischen Revolutionen von 1848, in: J. Heideking u.a. (Hg.): Wege in die Zeitgeschichte. Fs. G. Schulz, Berlin 1989, 275-289.

Langewiesche, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849 (= Oldenburg Grundriß der Geschichte, Band 13), München 1989².

Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Revolution in Deutschland 1789-1871, in: Liberalismus und Revolution. 2. Raststatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 16./17. 9. 1989, hg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, St. Augustin 1989, 25-40.

- Langewiesche**, Dieter: Wege zur Revolution, in: Otto Borst (Hg.): Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815-48 in Baden und Württemberg, Stuttgart 1992.
- Langewiesche**, Dieter: „...für Volk und Vaterland kräftig zu wirken“. Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: Ommo Grupe (Hg.): Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, 22-66.
- Lautenschlager**, Friedrich: Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente zur badischen Revolution 1848/49, Konstanz 1920.
- Leuenberger**, Martin: „Die letzte Republik in Europa“. Die Schweiz und die Revolution von 1848/49 in Europa, in: Otto Borst (Hg.): Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie, Tübingen 1997, 185-202.
- Lipp**, Carola: Frauen und Öffentlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Bühl 1986, in: dies. (Hg.): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, 270-307
- Maurer**, Helmut: Freisinn, Fortschritt, Geselligkeit. Aus der frühen Geschichte des „Bürgermuseums“ und der „Sängerrunde Boden“, in: Konstanzer Oratienchor/ Gisela Auchter, 150 Jahre Konstanzer Oratienchor, Konstanz 1984, 16-43.
- Meyer**, Sonja-Maria: Die Verfassungsgebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849, in: Jahrbuch 1 Demokratie und Arbeitergeschichte. Geschichtsschreibung-Medienkritik-Unterrichtsmaterialien, hg. von Franz-Mehring-Gesellschaft Stuttgart, Stuttgart 1980, 74-81.
- Mohr**, Alexander: Die Stadt Durlach in der Badischen Revolution von 1848/49, Karlsruhe 1993.
- Müller**, Thomas Christian: Die Schweiz 1847-49. Das vorläufige, erfolgreiche Ende der „demokratischen Revolution“?, in: Dowe, Dieter/ Haupt, Heinz-Gerhard/ Langewiesche Dieter (Hg.): Europa 1848: Revolution und Reform, Bonn 1998, 283-326.
- Nägele**, Leo: Bodenständiges Kulturschaffen. 125 Jahre Chorvereinigung Bodan-Badenia, in: Konstanzer Almanach 6 (1960), 59-63.
- Nipperdey**, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, 6. Aufl., München 1983, 595-670.

- Nipperdey**, Thomas: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Modernisierung I, in: ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, 174-205.
- Nolte**, Paul: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), 57-93.
- Nolte**, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850, Göttingen 1994 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 102).
- Nolte**, Paul, Radikalisierung und Republik: Die Revolution in Baden 1847-1849, in: Hans-Georg Wehling/ Angelika Hauser-Hauswirth (Hg.): Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, Stuttgart 1998, 34-52.
- Pröve**, Ralf: Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, in: Dowe, Dieter/ Haupt, Heinz-Gerhard/ Langewiesche Dieter (Hg.): Europa 1848: Revolution und Reform, Bonn 1998, 901-914.
- Real**, Willy: Die Revolution in Baden 1848/49, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1983.
- Reith**, Reinhold: Der Aprilaufstand von 1848 in Konstanz. Zur biographischen Dimension von „Hochverrath“ und „Aufruhr“. Versuch einer historischen Protestanalyse, Sigmaringen 1982 (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, Band XXVIII, hrsg. vom Stadtarchiv Konstanz).
- Reith**, Reinhold: „Hochverrath und Aufruhr“. Handwerker und Unterschichten in den Aprilunruhen 1848 in Konstanz, in: Allmende, Heft 2,1 (1981), 33-45.
- Revellio**, Paul: Die Revolution der Jahre 1848/49 in den Amtsstädtchen Villingen, Donaueschingen und Hüfingen, in: ders. (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen, 368-436.
- Richter**, Günther: Revolution und Gegenrevolution in Baden 1849, in: ZGO, N.F. 80 (=119), 1971, 387-425.
- Schneider**, Regine: Die Rolle der politischen Vereine für den Ausbruch der badischen Revolution von 1849, in: Jahrbuch 1 Demokratie und Arbeitergeschichte. Geschichtsschreibung-Medienkritik-Unterrichtsmaterialien, hg. von Franz-Mehring-Gesellschaft Stuttgart, Stuttgart 1980, 63-73.

- Schneider**, Regine: Politische Vereine in Baden. Oktober 1848 - Mai 1849. Wissenschaftliche Arbeit für die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an Gymnasien, Universität Stuttgart 1976.
- Schwarzmaier**, Hansmartin (Hg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1992.
- Siemann**, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985.
- Tauschwitz**, Hanno: Presse und Revolution in Baden, Heidelberg 1981.
- Valentin**, Veit: Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, 2 Bde., Berlin 1930-31.
- Venedey**, Hermann M.: Belle-Vue bei Konstanz. Gesicht eines politischen Verlares im Vormärz 1840-1848, Konstanz 1973.
- Vollmer**, Franz X.: Die 48er Revolution in Baden, in: Badische Geschichte, Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart; hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, 37-65.
- Vollmer**, Franz X.: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen (= Modelle zur Landesgeschichte), Frankfurt a.M. 1979.
- Vollmer**, Franz X.: Der Traum der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern, Stuttgart 1983.
- Wehler**, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2, Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/49, München 1987.
- Wehling**, Hans-Georg/ **Hauser-Hauswirth**, Angelika (Hg.): Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, Stuttgart 1998.
- Wettengel**, Michael: Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/ Haupt, Heinz-Gerhard/ Langewiesche Dieter (Hg.): Europa 1848: Revolution und Reform, Bonn 1998, 701-738.
- Wettengel**, Michael: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag, Wiesbaden 1989.
- Wettengel**, Michael: Liberale und demokratische Parteibildungen und politische Öffentlichkeit in der Revolution von 1848/49, in: Liberalismus und Revolution. 2. Raststatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 16./17. 9. 1989, hg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, St. Augustin 1989, 75-82.

Wirtz, Rainer: Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848. Odenwälder „Excesse“ und Sinsheimer „republikanische Schildererhebung“, in: D. Puls/ E.P. Thompson u.a. (Hg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979, 81-104.

Wirtz, Rainer: „Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815-1848, Frankfurt a.M./ Berlin/ Wien 1981.

Wirtz, Rainer: Bemerkungen zum sozialen Protest in Baden 1815-1848. Determinanten, Motive und Verhaltensmuster, in: H. Volkmann u. J. Bergmann (Hg.): Sozialer Protest, Opladen 1984, 355-39.

Wirtz, Rainer: Die Revolution im Seekreis 1848/49, in: D. Schott u. W. Trapp (Hg.): Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten 1984, 103-127.

Wunder, Bernd: Die badische Beamtenschaft während der Revolution 1848, in: ZGO 135 (1987), 273-290.

Zang, Gert: Konstanz in der großherzoglichen Zeit. Teil 1: Restauration - Revolution - Liberale Ära, 1806-1870, Konstanz 1994 (= Geschichte der Stadt Konstanz 4.1).

Abkürzungsverzeichnis

ABSK	Großherzoglich Badisches Anzeigenblatt für den Seekreis
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
Ghgl. Bad.	Großherzoglich Badisches
Reg.bl.	Regierungsblatt
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
GG	Geschichte und Gesellschaft
HZ	Historische Zeitschrift
KNZ	Konstanzer Zeitung
MAZ	Mannheimer Abendzeitung
Mdl	Ministerium des Innern
STAK	Stadtarchiv Konstanz
SB	Seebblätter
TH	Tagesherold
VBSK	Großherzoglich Badisches Verordnungsblatt für den Seekreis
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins